Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Hans Heinz Holz
Intelligenz und Mitbestimmung

Prof. D. Dr. Dr. Ernst Wolf
Zum 80. Geburtstag des „Politikers" Karl Barth

Kurt Steinhaus
Zur Vietnampolitik der USA und der BRD

Dr. Wilfried Daim
Fazit des Konzils

Wortlaut des Briefwechsels SPD—SED

Einzelpreis 3,- DM XI. Jahrgang April 4 1966

G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats März 1966 257

Kommentare und Berichte

Nach der großen Wachablösung (Klaus Ehrler) 260

Deutsche schreiben sich (Dr. Felix Rexhausen) 263

Österreichs Wahlen (W. D., Wien) 267

Nachbemerkungen zum Leibbrand-Prozeß (Günther Anders) 269

Paul Neuhöffer, Was folgt auf die NATO? 274

Hans Heinz Holz, Intelligenz und Mitbestimmung 278

Prof. D. Dr. Dr. Ernst Wolf, „Politischer Gottesdienst" — Zum 80. Geburtstag des „Politikers" Karl Barth 289

Kurt Steinhaus, Zur Vietnampolitik der USA und der BRD (im Anhang: ‚Schlußerklärung der Genfer Ostasienkonferenz über Indochina' und ‚Einschränkende Sondererklärung der USA' 301

Dr. Wilfried Daim, Fazit des Konzils 312

Anmerkungen Glossen Zuschriften

Vom Werkschutz zur Betriebskampfgruppe? (Karl Heinz Roth) 320

„Jedenfalls ist Berlin ein Prüfstein . . ." (Bernward Vesper-Triangel) 321

„Mitbestimmung am Arbeitsplatz" (Herbert Weidlich) 322

Bücher

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 323

Fernseh-Spalte

Unterschiedliche Grenzen der Zumutbarkeit (E. H. Wahl) 325

Dokumente zum Zeitgeschehen

Brief der SED an die SPD vom 7. Februar 1966 326

Antwort der SPD an die SED vom 18. März 1966 333

Zweiter Brief der SED an die SPD vom 26. März 1966 337

Professoren appellieren erneut an die Gewerkschaften 345

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XI. Jahrgang | April 1966 | Heft 4

Chronik des Monats März 1966

1. 3. — U N O. *Der polnische UN-Vertreter, Botschafter Lewandowski, übermittelt dem Generalsekretariat einen vom 28. Februar datierten und vom Staatsratsvorsitzenden Ulbricht unterzeichneten Antrag der DDR auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen. Dem Antrag, der am 10. 3. als offizielles Dokument in Umlauf gesetzt wird, sind ein erläuterndes Memorandum und eine Erklärung über die Bereitschaft der DDR beigefügt, „die Pflichten, die sich aus der Charta der Vereinten Nationen ergeben, zu übernehmen und gewissenhaft zu erfüllen". — Am 16. 3. lehnen Großbritannien, die USA und Frankreich in einem gemeinsamen Schreiben an den Präsidenten des Sicherheitsrates eine Aufnahme der DDR in die UNO ab.*

2. 3. — *B u n d e s h a u s h a l t. Finanzminister Dahlgrün bringt den Haushalt für 1966 in der vorgesehenen Höhe von 69,15 Mrd. DM ein und rechtfertigt nochmals die Einschränkung oder Verschiebung bereits gesetzlich beschlossener Ausgaben durch das „Haushaltssicherungsgesetz". Der Vorschlag für die Verteidigungsausgaben beläuft sich auf 18,6 Mrd. DM.*

3. 3. — *A f r i k a. Aus Protest gegen die Machtergreifung einer Militärregierung in Ghana und zum Zeichen ihrer Sympatie für den gestürzten Präsidenten Nkrumah verlassen mehrere Delegationen die in Addis Abeba tagende Außenministerkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit. Gleichzeitig wird in der Hauptstadt Guineas bekanntgegeben, Präsident Sékou Touré habe Nkrumah auf Grund eines früher geschlossenen Abkommens über eine Union beider Staaten die gleichberechtigte Präsidentschaft seines Landes übertragen. — V i e t n a m. Verteidigungsminister McNamara beziffert die bis Ende des Jahres vorgesehene Stärke der südvietnamesischen Streitkräfte auf 670 000 Mann, lehnt es aber ab, genaue Angaben über die geplante Verstärkung der eingesetzten amerikanischen Truppen zu machen. — Am 15. 3. unterzeichnet Präsident Johnson ein neues Gesetz, das zusätzliche Kredite in Höhe von 4,8 Mrd. Dollar zur Finanzierung des Krieges vorsieht. — Am 26. 3. demonstrieren auf der Fifth Avenue in New York mehr als 50 000 Amerikaner gegen die Fortführung des Krieges.*

6. 3. — Österreich. Aus den Parlamentswahlen geht die Österreichische Volkspartei (ÖVP) mit einer absoluten Mehrheit hervor. Die Sozialistische Partei (SPÖ) verliert einige Mandate. Neue Sitzverteilung im Nationalrat: ÖVP 85, SPÖ 74, Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 6 Abgeordnete. ÖVP und SPÖ nehmen Besprechungen über die Fortführung der „Großen Koalition" auf.

7. 3. — Berlin. Senatsrat Korber und Staatssekretär Dr. Kohl unterzeichnen das vierte Passierscheinabkommen zwischen Senat und DDR-Regierung, das nach dem bisherigen Modus Verwandtenbesuche zu Ostern und Pfingsten regelt. Die Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten bleibt zunächst bis zum 30. Juni geöffnet.

8. 3. — USA/China. Im Außenpolitischen Ausschuß des Senats beginnen ausgedehnte „Hearings" über die amerikanische Politik gegenüber der Volksrepublik China. Senator Fulbright vertritt in einer großangelegten Rede die Meinung, es gebe in der Regierung Johnson Leute, die mit kriegerischen Verwicklungen Amerikas mit China innerhalb eines Jahres rechneten. Es gelte, dieses Unglück zu verhindern, und dazu sei eine gewaltige Anstrengung erforderlich, die dann vielleicht auch eine entsprechende Anstrengung in Peking auslösen würde. Die Empfehlung der befragten Experten, so der Professoren Fairbank und Barnett, lautet, China müsse aus seiner Isolierung herausgeführt werden.

11. 3. — NATO. In Noten an die übrigen 14 Vertragspartner kündigt Frankreich die Herauslösung seiner in Deutschland stationierten Streitkräfte und den Abzug seiner Offiziere aus den integrierten NATO-Stäben an und verlangt „damit auch die Verlegung der Hauptquartiere dieser beiden Kommandos außerhalb des französischen Staatsgebiets". Gleichzeitig werden die bilateralen Verträge mit den USA und Kanada über den Bau und Unterhalt von Stützpunkten in Frankreich als überholt bezeichnet und Verhandlungen „über die praktischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben", angeboten. Zur Begründung heißt es, „die Organisation des Nordatlantikpaktes (entspreche), was Frankreich betrifft, nicht mehr den Bedingungen, die in der Welt zur Zeit herrschen und die grundverschieden sind von denen des Jahres 1949 und der folgenden Jahre". Die französische Regierung wünsche nicht, „den am 4. April 1949 in Washington unterzeichneten Vertrag in Frage zu stellen", und sie erwäge daher, „abgesehen von Ereignissen, die in den nächsten Jahren die Beziehungen zwischen Ost und West grundlegend ändern könnten", nicht, von ihrem Kündigungsrecht im Jahre 1969 Gebrauch zu machen. — Am 18. 3. wird in den Hauptstädten der angesprochenen Regierungen eine gemeinsame Stellungnahme veröffentlicht, die sich für „die Aufrechterhaltung einer integrierten und auf gegenseitiger Abhängigkeit beruhenden militärischen Organisation in Friedenszeiten" ausspricht.

— Indonesien. Der Chef der Armee, Generalleutnant Suharto, läßt sich durch Präsident Sukarno die gesamten Machtbefugnisse übertragen. Zu den ersten Anordnungen des neuen Befehlshabers gehören die Entlassung von 14 Kabinettsmitgliedern (darunter Außenminister Subandrio, der in „Schutzhaft" genommen wird), sowie das vollständige Verbot der Kommunistischen Partei im ganzen Land. Beobachter bezeichnen die Vorgänge als „kalten Staatsstreich".

13. 3. — Kommunalwahlen. Stimmengewinne für die CDU/CSU und die SPD, Verluste für die FDP kennzeichnen die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein und Bayern. In einigen bayerischen Städten, so in Nürnberg, Erlangen, Bayreuth und Passau, kann die Nationaldemokratische Partei (NPD) Ergebnisse zwischen 7,4 und 10,6 Prozent erreichen.

14.—17. 3. — Arabische Liga. Zu den Themen einer Zusammenkunft von zwölf arabischen Ministerpräsidenten gehören das Projekt zur Ableitung des Jordanwassers und die Haltung gegenüber der Bundesrepublik. Einem Kommuniqué zufolge wird beschlossen, die im vorigen Jahr unterbrochenen Beziehungen verschiedener arabischer Staaten zur Bundesrepublik vorerst nicht wieder aufzunehmen und die Frage im September auf einer weiteren Konferenz zu behandeln.

16. 3. — Bergbau. Der Bundestag diskutiert auf der Grundlage verschiedener

Großer Anfragen die kritische Lage im Steinkohlenbergbau. Bundeswirtschaftsminister Schmücker legt ein „energiepolitisches Programm" vor, Bundesarbeitsminister Katzer erläutert die sozialpolitischen Maßnahmen des Kabinetts.

17. 3. — Bundespost. Eine Erhöhung des Brief- und Paketportos und der Gebühren für andere Postdienste begründet Bundespostminister Stücklen vor dem Parlament. Der Verwaltungsrat der Post stimmt am nächsten Tage den Plänen des Ministers zu und setzt die neuen Gebührensätze zum 1. April in Kraft.

18. 3. — SPD/SED. Der sozialdemokratische Parteivorstand beantwortet den Offenen Brief des SED-Zentralkomitees vom Februar. Die SPD fordert eine öffentliche Aussprache zwischen den Parteien in beiden Teilen Deutschlands und formuliert eine Anzahl von Fragen. — Am 27. 3. publiziert „Neues Deutschland" den Brief der SPD im Wortlaut zusammen mit einer Antwort der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die SED schlägt eine Kundgebung mit sozialdemokratischen Rednern in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und eine gleiche Veranstaltung mit Sprechern aus der DDR in Essen vor (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

21.—23. 3. — CDU. Auf dem 14. Bundesparteitag wird Bundeskanzler Erhard mit 413 von 548 abgegebenen Stimmen zum Nachfolger des ausscheidenden Vorsitzenden Dr. Adenauer gewählt. Das Amt des Ersten Stellvertreters erhält der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Barzel.

24.—26. 3. — Abrüstung. Der britische Abrüstungsminister Lord Chalfont verhandelt in Moskau über Probleme eines Vertrages gegen die weitere Ausbreitung von Kernwaffen. Lord Chalfont führt nach Abschluß seiner Gespräche mit Außenminister Gromyko vor der Presse aus, die Sowjetunion sehe in der Rolle, „welche die Bundesrepublik in der NATO spielt", ein entscheidendes Hindernis zum Abschluß eines west-östlichen Abrüstungsvertrages.

25. 3. — Außenpolitik. In einer kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzten Regierungserklärung gibt Bundeskanzler Erhard dem Bundestag Kenntnis von einer Note, die das Auswärtige Amt allen Regierungen, mit denen die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhalte, sowie den osteuropäischen und arabischen Staaten übermitteln lasse. In dem Schriftstück legt die Bundesregierung ihre Ansichten zur Abrüstungsfrage dar und macht die Zustimmung zu entsprechenden Maßnahmen von „entscheidenden Fortschritten in bezug auf die Lösung der politischen Probleme in Europa" abhängig. Die Regelung der deutschen Ostgrenzen könne nicht vor dem „Abschluß eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland" erfolgen, und bis zu diesem Zeitpunkt bestehe „Deutschland völkerrechtlich in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 fort". Das Münchner Abkommen von 1938 habe für die Bundsrepublik „keine territoriale Bedeutung mehr".

27. 3. — Hamburg. Die Bürgerschaftswahlen enden mit folgendem Ergebnis: SPD 74, CDU 38, FDP 8 Mandate. Sozialdemokraten und Christliche Demokraten gewinnen je 2, die Freien Demokraten verlieren 4 Sitze.

29. 3. — Sowjetunion. Vor fast 5000 Delegierten und Gastdelegierten eröffnet Parteisekretär Breschnew den 23. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Breschnew referiert ausführlich über die internationale Lage, verurteilt die „amerikanische Aggression in Vietnam", kritisiert die Politik der Bundesrepublik und befürwortet einen Nichtangriffspakt zwischen Warschauer Vertrag und NATO. Die KPdSU sei jederzeit bereit, mit chinesischen und albanischen Parteirepräsentanten zusammenzutreffen, um die „gegenwärtig unbefriedigenden Beziehungen" zu verbessern. China und Albanien hatten es abgelehnt, Beobachter nach Moskau zu entsenden.

31. 3. — Großbritannien. Die Parlamentswahlen bringen der Labour Party, die bisher mit einer knappen Majorität regieren mußte, die absolute Mehrheit. Die Stimmengewinne gehen vor allem auf Kosten der Konservativen. Neue Sitzverteilung im Unterhaus: Labour 363, Konservative 253, Liberale 12 Mandate. Je ein Sitz fällt an einen nordirischen Republikaner und an den Parlamentssprecher.

Nach der großen Wachablösung

Der diesjährige Bundesparteitag der CDU in Bonn Ende März war im ganzen gesehen weit weniger interessant als der vorjährige in Düsseldorf, aber er war ohne Zweifel bedeutsamer als dieser. In Düsseldorf wurden 1965 die sachpolitischen Details zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes abgesteckt und in den zu diesem Zwecke eingerichteten Diskussionsgruppen der Parteitagsdelegierten häufig auch unbequeme Fragen gestellt und behandelt sowie verschiedenartige Positionen zu Problemen der Gesellschafts- und Kulturpolitik bezogen, die den Wunsch vieler Parteimitglieder und unterer Parteiorganisationen verdeutlichten, den Kurs der Gesamtpartei in höherem Maße mitzubestimmen. In Bonn ging es 1966 vor allem darum, die großen Weichen der Personalpolitik der CDU zu stellen und verfängliche Sachdebatten zu vermeiden. Arbeits- und Diskussionskreise waren von vornherein für den Bonner Parteitag nicht vorgesehen, so daß sich die Aufmerksamkeit vor allem auf die Reden von Erhard, Barzel, Dufhues und Adenauer richtete. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen wurden von einer wohlkalkulierten Regie so gut es ging kaschiert, um das Bild der Einheit und Geschlossenheit der Union bei aller vorhandenen Vielfalt der Sonder- und Gruppeninteressen ihrer Anhängerschaft wieder hervorzaubern zu können. Die schweren Probleme aber, die jetzt in der Innen-, Finanz- und Außenpolitik auf die Bundesrepublik zukommen, haben die maßgebenden Träger- und Führungsgruppen der CDU schon so in ihren Bann geschlagen, daß ein den inneren Parteiverhältnissen widersprechender allzu glatter Parteitagsverlauf, wie er wohl geplant war, nicht mit Sicherheit erwartet werden konnte. Die Umstrukturierung der politischen Szene, die in den Krisen von NATO und EWG, nicht zuletzt aber auch in den gesamteuropäischen Entspannungserscheinungen, in der Misere der Bonner Haushaltspolitik und in den bis vor kurzem unvorstellbaren politischen Stellungnahmen der Kirchen bzw. kirchlicher Gremien und Autoritäten ihren Ausdruck findet, greift natürlich auch in das Innenleben der CDU ein. Und da sie nun einmal seit 1948/49 nach dem Gesetz der im bürgerlich-konservativen Sinne verstandenen jeweils größten Opportunität angetreten ist, Politik zu machen, muß es zu Spannungen kommen, wenn die Opportunitätssituation nicht mehr so eindeutig ist wie damals vor 18 Jahren und nun mehrere Wege als gangbar erscheinen läßt.

Die Konsolidierung der Bundesrepublik in den an erster Stelle von der CDU durchgesetzten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Struktur- und Kräfteverhältnissen steht außer Frage und ist über jeden Zweifel erhaben. Insofern hat die CDU ihre bürger-

lich-konservative Aufgabe von 1949 ff. voll gelöst. Im Rahmen der parlamentarischen Kanzlerdemokratie ist es ihr immer wieder gelungen, genügend viele Wähler bzw. Koalitionspartner zu finden, um bei der Bestimmung des politischen Kurses tonangebend zu bleiben. Trotz dieser Bilanz stellt sich der CDU jetzt die Frage „was nun?" Soll sie den bisherigen gesellschafts- und wirtschaftpolitischen, innen- und finanzpolitischen Kurs fortsetzen und nur in der Außenpolitik Anpassungen an die neue Situation der West-Ost-Politik und der Europa-Politik vorsehen? Oder soll sie, da die ideologischen Schreckbilder der Zeiten des Kalten Krieges als Stabilisatoren der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur- und Kräfteverhältnisse auszufallen begonnen haben, auch in diesen Regionen der inneren Politik einen neuen Kurs einschlagen, der selbst bei weiterem Abbau des Kalten Krieges im Felde der internationalen Politik die Sicherung und Verstärkung der jetzt bestehenden Machtpositionen in Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik gestattet? Könnte nicht sogar — so prophezeien die Verfechter dieser Neuorientierung — eine derart absolut stabilisierte und wie sie sagen formierte Gesellschaft es schließlich wagen, auf die von den Vertretern der traditionellen CDU-Politik für notwendig gehaltenen Anpassungen der Außenpolitik zu verzichten und der Zukunft Europas den eigenen Stempel aufzuprägen?

Natürlich wurden diese Fragen in Bonn nicht deutlich gestellt, geschweige denn offiziell und klar beantwortet. Aber ihre Problematik war durchaus gegenwärtig, und sowohl der planmäßige Fortfall detaillierter Sachdiskussionen als auch die große Sensation des Bonner CDU-Parteitages, die unvorhergesehene Neubeurteilung der Sowjetunion durch Adenauer, werden durch sie erst sinnvoll verständlich.

Die Regie des Parteitages lag überwiegend in den Händen der Formierungsbefürworter um Erhard und Dufhues; ihnen kam es vor allem auf zügigen Ablauf der Veranstaltung und auf reibungslosen Wechsel in den Spitzenpositionen der Partei an. Die Wahl Adenauers zum Ehrenvorsitzenden, d. h. seine praktische Entfernung aus der letzten ihm verbliebenen Führungsstellung, wurde gleich am ersten Tag und ohne die ausdrückliche Rücktrittserklärung des bisherigen Parteivorsitzenden abzuwarten vom Parteitag vollzogen, offenbar aus dem Gefühl der Sorge, der Alte könnte doch noch einmal den Versuch unternehmen, aktiv in das Geschehen einzugreifen und erneut für das höchste Parteiamt zu kandidieren. Die Konzeption der Formierten Gesellschaft, die vor Jahresfrist in Düsseldorf groß propagiert worden war, ist diesmal aus wohlerwogenen Gründen nur maßvoll und eigentlich mehr defensiv vertreten worden. Erhard wandte sich besonders gegen die Kritiker, die den autoritär gerichteten Zügen des Formierungsprogramms nachgegangen waren, vermied es aber, die öffentliche Aufmerksamkeit zu sehr auf diesen heiklen Problemkomplex zu lenken. Der allmählich zu vollziehende Übergang in die Formierte Gesellschaft soll nicht durch zu spektakuläre Diskussionen gestört werden. Die Auseinandersetzungen in der Publizistik im Anschluß an Erhards Düsseldorfer Ausführungen von 1965 waren dem Formierungs-Flügel der CDU offenbar schon zu weit gegangen. Die Verfechtung des Formierungsprogramms vollzog sich diesmal nicht ideologisch, sondern pragmatisch am Beispiel der Haus-

haltspolitik. Die langfristige Planung müsse die bisherigen zeitlichen und räumlichen Grenzen überschreiten und sowohl weit über die jeweils fälligen Jahreshaushaltspläne als auch über die dem Bund gesteckten Kompetenzbereiche hinausgehen. Das hört sich rein verwaltungstechnisch gewiß verlokkend an, nimmt aber sofort andere Farbe an, wenn die verfassungs- und gesellschaftspolitischen Konsequenzen bedacht werden. Solange die Bundesregierung nämlich keine vernünftige Abrüstungspolitik treibt, würde das wie in den Zeiten der Bismarckschen Septennate auf eine Ausschaltung des Bundestages (damals des Reichstages) in einer der wichtigsten politischen Fragen bedeuten. Denn da der Verteidigungsetat der größte Haushaltsposten ist, kann das Parlament mindestens einmal im Jahr substanziell und detailliert Stellung zur Grundfrage unserer Zeit nehmen, zur Frage von Krieg und Frieden sowie zu den in unserem Namen unternommenen oder unterlassenen Lösungsversuchen für die Abrüstung. Ferner müßten die unvermeidlichen Eingriffe in Länder- und Kommunalkompetenzen zu einer automatischen de facto-Gleichschaltung führen, die tief in eigenständig gewachsene Strukturen regionaler Besonderheiten hineinwirken würde. Außer der regionalen und kommunalen Mitbestimmung politischer Entscheidungen würde bei derart weitgreifender Superplanung auch die gesellschaftspolitische Mitbestimmung durch Gewerkschaften und Verbände, die bisher der öffentlichen und betrieblichen Meinungsbildung wesentliche Impulse gegeben hat, stark reduziert. Gewissermaßen ohne ausdrückliche Notstandsgesetzgebung würde damit der Bundesexekutivgewalt ein unübersehbares Maß an Macht und Vollmachten eingeräumt — käme es zur Verwirklichung der Superplanung des Formierungsprogramms.

Von den wenigen Diskussionsbeiträgen einfacher Parteitagsdelegierter drückten einige die Sorge aus, daß die neue Entwicklung der CDU (unter den Auspizien des Formierungsprogramms) sowohl das „C" als auch die besonders vom Arbeitnehmerflügel stark betonten Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität aus dem Programm der Partei verdrängen könnte. Sie konnten das Gefühl offenbar nicht loswerden, daß nach erfolgter Formierung der Gesellschaft wie der Partei vitale Gruppeninteressen keine wesentliche Berücksichtigung mehr finden würden. In der Tat wird es für die einzelnen Flügel und Gruppen innerhalb der CDU jetzt darauf ankommen, ihren Einfluß oder sogar ihre Existenz zu sichern. Aus dieser Zwangslage ergab sich die von allen Teilnehmern des Parteitages verspürte Dramatik bei der Wahl der Präsidiumsmitglieder, ja schon bei der Reduzierung der Zahl der einfachen Präsidiumsmitglieder von sieben auf sechs. Das Bündnis Stingl—Amrehn, z. B., das zur Wahl Amrehns in das Präsidium wesentlich beitrug, war von der Angst des Vertriebenen-Flügels diktiert, künftig ohne genügenden Einfluß in der Parteispitze zu sein.

Wenn auch alle Anzeichen dafür sprechen, daß der Formierungsflügel der CDU, der sich die Konzentration und Rationalisierung der Machtausübung in Partei, Gesellschaft und Staat zum Ziele gesetzt hat, diesen 14. Bundesparteitag der CDU zu seinen Gunsten entscheiden konnte, so bleiben doch in dieser Rechnung einige Unbekannte, die den Freunden der traditionellen parlamentarisch-demokratischen Ordnung der

Bundesrepublik Anlaß zur Hoffnung sein können. Da ist — zwar allen bekannt, jedoch für den Moment doch immer wieder unergründlich — Konrad Adenauer, der wie alle großen konservativen Politiker ein gutes Gespür für bestehende Realitäten hat und ihm in seiner Abschiedsrede so dramatisch und schlicht zugleich Ausdruck verlieh, als er erklärte, daß er die Sowjetunion unter die Staaten zähle, die den Frieden wollen, nachdem ihr in Taschkent die große Friedensvermittlung zwischen Indien und Pakistan zu verdanken war. Zu diesen Unbekannten gehört nach wie vor Präsident de Gaulle, dessen Reise in die Sowjetunion von großer Bedeutung für Europa und sogar für die künftige Weltpolitik sein wird. Zu diesen Unbekannten gehört nicht zuletzt der mitbestimmungsbewußte Flügel innerhalb der CDU selbst, der den drohenden Manipulationen von oben durchaus abhold ist und jetzt vielleicht den neuen Impuls Adenauers und die teilweise gaullistische Fixierung der CDU dazu ausnutzen kann, den Formierungstrend aufzuhalten. Die Haltung von Strauß und Barzel scheint abwartend zu sein — sie wollen offenbar dem endgültig obsiegenden Flügel angehören; möglicherweise sind sie auch nur zur Zurückhaltung ermahnt worden, um das Formierungsprogramm nicht durch unangenehme Personaldebatten zu gefährden. — Noch haben die Formierer die Partei nicht fest in der Hand. Das gibt den Demokraten der Bundesrepublik die Chance, die demokratischen und mitbestimmungsbewußten Kräfte in der CDU so zu unterstützen, daß die traditionelle parlamentarisch-demokratische Struktur der Bundesrepublik nicht durch eine autoritär gerichtete Entwicklung der wahlstärksten Bundespartei in Frage gestellt wird.

Klaus Ehrler

Deutsche schreiben sich

Der „Dialog" begann im Februar mit dem Offenen Brief des Zentralkomitees der SED an die Sozialdemokraten; Mitte März gab die SPD eine Offene Antwort heraus, der eine Woche später eine Entgegnung der SED folgte. Alle drei Briefe wurden im „Neuen Deutschland" abgedruckt.

Daß die SPD den Brief der SED überhaupt zur Kenntnis genommen und darauf reagiert hat, bleibt, nach der Geschichte der letzten 20 Jahre, eine bemerkenswerte Tatsache. Daß die SPD sich die Belobigungen, mit denen Regierung und Koalitionsparteiein ihre Antwort als „würdig einer demokratischen Partei" zensierten, nicht verbeten hat, eine andere. Anscheinend begreift die SPD gar nicht, welche unverschämte Beleidigung in Herrn von Hases Feststellung steckt, die Entgegnung zeige, „in welchem Maß sich die SPD ihrer Mitverantwortung für die freiheitlichen Grundlagen unserer Demokratie bewußt" sei. Dieser Satz will doch sagen: An der SPD muß man immer zweifeln — nur soweit sie dieselben Töne anschlägt, die auch die Koalitionsparteien vom Blatt zu spielen pflegen, ist sie „sich der freiheitlichen Grundlagen etc. bewußt" und also zu goutieren. Ich glaube nicht, daß die CDU ihrerseits ähnlich befriedigt schnurren würde, wenn die SPD sie mit der Feststellung krauen wollte, die Union sei eine der Demokratie verpflichtete Partei.

Kaum jemand in der Bundesrepublik hat erwartet, daß die SED den Antwortbrief der SPD veröffentlichen würde; die SED sei „in Verlegenheit", hieß es. Als die Veröffentlichung dann doch erfolgte, war das Erstaunen freilich gering, obwohl vorher alles auf diesen einen Punkt anzukommen schien. Niemand verlor ein Wort darüber, daß die SED anscheinend keine

„Unruhe in der Bevölkerung" fürchtet — sei es, weil sie die Leute fest genug in der Hand hat, sei es, weil die große Menge ihre politischen Interessen längst begraben hat. Oder sei es, weil für niemanden in der DDR die „Fragen" der SPD noch eine Neuigkeit sein konnten — Rundfunk und Fernsehen aus der Bundesrepublik haben die hiesigen politischen Vorstellungen schon Jahre und Jahrzehnte vor dem SPD-Brief dort bekanntgemacht. Und die SED hat mehr als einmal ihre Vorstellungen dagegengehalten.

Die SED hat die SPD-Antwort also veröffentlicht. Also zeigt sich ihre „Verlegenheit" daran, daß sie gleich ihre Antwort darauf mitveröffentlicht hat — und vor allem daran, daß sie in dieser Antwort den Fragen der SPD „ausweicht". Als ob das anders hätte erwartet werden können!

Aber diese angeblich aufrichtigen Erwartungen beider Partner umgeben den ganzen hoffentlich nützlichen Kern des Briefwechsels mit einem dicken Mantel der Lächerlichkeit. Die SED fragt: „Bist Du für Verhandlungen... der beiden deutschen Staaten?", und weiß im vorhinein, daß die SPD drauf nicht mit Ja antworten kann. Und so fragt die SPD: „Ist die SED bereit, ihre feindselige und schikanöse Haltung gegenüber Berlin aufzugeben?", so als ob die SED diese und andere Fragen im Ernst mit Ja oder Nein beantworten könnte.

Gegenseitig fragen sich die beiden Parteien, ob sie endlich aller kriegstreiberischen Politik entsagen wollen. Freilich ist zuzugeben, daß die Frage angesichts des geheimen Bürgerkriegszustandes in Deutschland, für den keine Seite allein die Verantwortung trägt, in beiden Richtungen nicht ganz abwegig ist. Nur: wenn man doch ein Gespräch führen will, dann muß man nicht schon eingangs Fragen stellen, die den andern in Verlegenheit bringen sollen. Und darin sind nun allerdings beide Briefpartner groß.

Aber auf todsicher sinnlose Fragen kann es nur sinnlose Antworten geben. Zwar ist es unter humanitären wie parteipolitischen Gesichtspunkten verständlich, wenn die SPD nach dem „Schießbefehl" fragt — aber das Gespräch damit zu eröffnen, ist sinnlos. Und sinnlos ist denn auch die Antwort: Die Grenze sei eine Grenze wie andere und diene der Verteidigung der Menschlichkeit. Sicherlich ist vorstellbar, daß die „Grenzsicherung" nach innen und außen auch ohne die Tötung von Grenzverletztern funktionabel gemacht werden könnte; aber die Frage danach als Fangfrage aufzuwerfen, war — wie vorher bekannt — überflüssig, und so die Antwort.

Umgekehrt ist die Behauptung der SED, die Demokratie in Westdeutschland sei ausgehöhlt worden und „die westdeutsche Gegenwart die Analogie des Weges, der zu Hitler und in den Krieg führte", so eben nicht wahr; diejenigen in Westdeutschland, die sich aus gutem Grund Sorgen um die Demokratie machen, sehen — und das weiß doch auch die SED — die Sache ein bißchen anders, und mit solchen grobschlächtigen Behauptungen ist niemand ernsthaft zu beeindrucken. Zudem: Die SED als Ratgeber in Sachen Demokratie wünscht sich auch von den Besorgtesten hier kaum jemand; der Satz Paul Sethes, „Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten", hört sich aus Ostberlin schlechter an als aus dem Mund Paul Sethes, denn in der DDR ist Pressefreiheit die Freiheit der einen SED und ihrer Freunde, und diese Freiheit kann noch nicht einmal den Kommunisten Havemann verkraften, von einem kommunistischen Spießerschreck wie Biermann gar nicht zu reden.

So sind die Briefe beider Seiten zu einem großen Teil von propagandisti-

deutsches
panorama

jetzt
noch härter:

**Alliierte
über Alles?**

**Neues von
und über
Franz Strauß**

**Nichts Anonymes
über
Herbert Wehner**

**Peinliches
für die Post**

**Provozierendes
über die Ehe**

**Alarmierendes
für Autofahrer**

und
vieles mehr
in

deutsches
panorama

Nr. 4 / April

schen Notwendigkeiten, von Angst vor der eigenen Courage, von Verlegenheit und dem Wunsch, den andern in Verlegenheit zu setzen, diktiert.

Und doch finden sich zwischen diesem ganzen Wust auf beiden Seiten Sätze, die den Tonfall vorstellbar werden lassen, in dem — jenseits der Deklamationen — ein Gespräch geführt werden könnte: „13 Jahre gab es die offene Grenze... Die Grenze kann also nicht Ursache der Spannungen sein" (SED); „Wir können uns vorstellen, daß durch unsere Zusammenarbeit schließlich ein Programm darüber zur öffentlichen Diskussion gestellt wird, wie das spätere Deutschland aussehen soll" (SED); „Vielleicht finden (die westdeutschen Arbeiter) doch aus unseren Erfahrungen einiges, was auch für Westdeutschland nützlich sein kann" (SED); „Für das ganze deutsche Volk wäre es am besten, wenn über... eine Friedensregelung für ein wiedervereintes Deutschland... offen und öffentlich diskutiert würde. Statt diese Diskussion weiter dadurch zu blockieren, daß die gegensätzlichen Auffassungen über die Staatlichkeit vorgeschoben werden, sollte ein Weg gefunden werden, der dazu führt, allen deutschen Parteien die Möglichkeit zu geben, in allen Teilen Deutschlands ungehindert ihre Meinung darzulegen" (SPD).

Dieser Satz der SPD ist ausgezeichnet und weist einen Weg, der auch für die westdeutschen Politiker, Funktionäre und Staatsjuristen nicht ohne Konsequenzen wäre. Würde man diesen Weg weitergehen, so würde das heißen: Reden wir mal nicht über Staatlichkeit, Schießbefehl, Demokratie, sondern wie Nachbarn, die eine Reihe gemeinsamer Probleme haben.

Ja, es würde heißen, müßte heißen können: Reden wir nicht über Staatlichkeit, so reden wir auch mal nicht über Wiedervereinigung.

Die Wiedervereinigung ist keine Wichtigkeit; dieses angebliche nationale Ziel ist eine Chimäre, und seine Verwirklichung erscheint allen außerdeutschen Mächten so wenig wünschenswert wie einer Reihe nachdenklicher Deutscher. Die einzige Wichtigkeit, um die es in Deutschland heute gehen kann, ist die Änderung einiger Verhältnisse, hüben wie drüben, und von Karl Jaspers über Peter Bender bis zu Enzenbergers „Kursbuch" ist mehr als einmal dargelegt worden, daß wünschenswerte Veränderungen drüben einige Veränderungen in der Politik hüben voraussetzen und daß andrerseits wünschenswerte Veränderungen hüben kaum in Gang kommen können, wenn sie nicht durch Veränderungen drüben ermutigt werden.

Was bisher in dem Briefwechsel zwischen SED und SPD geschieht, das ist im wesentlichen, an den jeweiligen Partner die Forderung zu stellen: „Mach was anders — das, das!" Beide wollen beim andern Veränderungen sehen, ohne sich selbst zu rühren. Sicherlich ist der Wunsch nach solchen Veränderungen auf beiden Seiten ehrlich. In der Tat muß die antikommunistisch eingerührte Melange von Resignation, Wirtschaftsmacht und isoliertem Wahn, militärischer, ideologischer und gesellschaftspolitischer Formierung in der Bundesrepublik der SED mehr als bloß propagandistisch hergeholte Sorgen machen. Und in der Tat muß den Bundesrepublikaner die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten und des geistigen Lebens in der DDR, die weit über das in andern kommunistischen Ländern Übliche hinausgeht, düster stimmen — gerade auch den Bundesrepublikaner, der seinen Mitbürgern einige Vorwände für den Kalten Krieg genommen sehen möchte.

Haben sich die Deutschen auf beiden Seiten gegenseitig in den Kalten Krieg hineingesteigert, so kann nun der Rückweg von diesem kühlen Gipfel nicht ohne gegenseitige Hilfestellungen erfolgen. Vielleicht ist der Fortgang des

Briefwechsels von einer Ausbreitung dieser Einsicht in beiden Parteien begleitet. Und schon ist es ein erster Anfang, daß man den anderen nicht mehr als den leibhaftigen Gotteseibeiuns betrachtet (oder zu betrachten scheint — aber immerhin!). Bei den Sozialdemokraten wurde der Boden für eine solche Entwicklung sicherlich durch das Nachdenken mehrerer Westberliner und Schleswig-Holsteiner Gruppen vorbereitet. Vielleicht entwickelt der Briefwechsel so eine gewisse Eigendynamik, die die bisherige Verkrustung beider Parteien lockert und schließlich sinnvolle Gespräche möglich macht, die weniger laut geführt werden und in denen beide Seiten fragen: „Was tust du, wenn ich das und das tue? Was soll ich tun, damit du das und das tust?"

Ein erster Testfall mag der vorgeschlagene Redner-Austausch sein: ob er an Bedingungen und Ausflüchten scheitert, an deren Formulierung zweifellos auf beiden Seiten manch einer arbeitet, oder ob denn doch eine Vereinbarung darüber zustandekommt.

Felix Rexhausen

Österreichs Wahlen

Bei den diesmaligen österreichischen Wahlen zum Nationalrat gab es eine für österreichische Verhältnisse ganz ungewöhnliche Verschiebung an Mandaten. Die Österreichische Volkspartei gewann mit 85 Mandaten eine absolute, regierungsfähige Mehrheit. Die Sozialistische Partei Österreichs ging mit 74 Mandaten geschlagen aus dem Feld, und die FPÖ — Freiheitliche Partei Österreichs — verlor mit ihren 6 Mandaten die Möglichkeit, Zünglein an der Waage zu spielen. Oberflächlich gesehen, ist dieses Ergebnis durch mehrere Komponenten bestimmt:

Zunächst war es das Auftreten Franz Olahs mit seiner Demokratisch-Fortschrittlichen Partei, die zwar kein Mandat, wohl jedoch 150 000 Stimmen erhielt, die sicherlich zum weitaus größten Teil Wähler anzog, die sonst zu den Kernschichten der SPÖ gehörten. Mit diesen Wählern hätte die SPÖ wohl nicht die Mehrheit erhalten, aber ohne Zweifel die absolute Mehrheit der ÖVP verhindert.

Dazu kam, daß die ÖVP die bessere Propaganda hatte. Sie konzentrierte sich auf drei Punkte:

1. Auf die „Volksfront", das heißt, sie stellte die Wahlempfehlung der Kommunistischen Partei als Bündnis zwischen KPÖ und SPÖ dar. Dieser Punkt kostete die SPÖ sicher einige Stimmen, jedoch wohl weniger, als die KPÖ ihr brachte.

2. Auf einen Vergleich der beiden Spitzenkandidaten Klaus und Pittermann. Pittermann hat ein ungleich schlechteres Image als Klaus. Zum Teil ist dies auf ÖVP- und Olah-Propaganda, zum Teil jedoch auf Fakten zurückzuführen. So galt Pittermann zum guten Teil als verantwortlich für die Erpressungstendenzen gegenüber der ÖVP mit einer potentiellen SPÖ-FPÖ-Koalition vor etwa zwei Jahren. Nicht nur wurde dadurch die SPÖ-Propaganda für die Große Koalition unglaubwürdig, sondern Pittermann erschien auch als unseriöser, wankelmütiger, unberechenbarer Opportunist, ein Störenfried der Großen Koalition. Wenn daher

3. die ÖVP die Mehrheit forderte wegen der „Sabotage" der Zusammenarbeit durch Pittermann, so erschien dies keineswegs unlogisch.

Dazu kamen noch Ungeschicklichkeiten in den österreichischen Bundesländern. Das Wahlergebnis ist daher ungleich mehr auf das Versagen der Sozialisten als auf Leistungen der ÖVP zurückzuführen. Sowohl der Fall Olah, wie auch die Unfähigkeit, die eigene Politik durch verläßliche Prinzipien zu begründen, was den Eindruck von Opportunismus erwecken mußte, hat letztlich die gleiche Wurzel:

Eine tiefe Krise in der SPÖ, die den Marxismus fallen ließ, ohne wirklich neue Positionen zu beziehen. Im Grunde ist eine sozialistische Partei eine „idealistische" Partei in dem Sinne, als sie traditionsgemäß keineswegs nur eine materielle Besserstellung des Arbeiters und Angestellten, sondern einen Umbau der Gesellschaft auf einer neuen Basis, mit neuen ethisch-moralischen Grundlagen anstrebt.

Das faktische Aufgeben dieser Zielsetzung erzeugt eine Art moralischen Katzenjammer, ein „Unbehagen" und „Ungenügen", das irrationale Affektabwehr nahelegt. Der vorfabrizierte antisemitische Blitzableiter — „Judenpartei", „jüdische SP-Führer" usw. — wurde in der reichlich faschistischen Propaganda Olahs wirksam (er versprach allen alles). Es ist natürlich hier unmöglich, eine politisch-psychologische Analyse der Situation in der SPÖ zu geben, aber eine solche müßte von den angeführten Fakten ausgehen. Die SPÖ hat kein Problem wirklich am Fundament gelöst. Man kann etwa das Sozialismus-Katholizismus-Problem nicht mit einem „Dreh" lösen.

Was wird nun die Folge dieses Wahlergebnisses sein?

Zunächst wird es wohl keine spektakulären Änderungen geben. Die außenpolitische Verklemmung Österreichs an der Nahtstelle von Ost und West macht es notwendig, nicht zuviel zu verändern. Ein Betrunkener, der zwischen zwei nahen Wänden torkelt, fällt schwer um.

Sicherlich werden nun die ÖVP-Politiker einen besonders EWG-freundlichen Kurs steuern, bis in die Nähe des Bruches des Staatsvertrages. Vor allem der besonders deutschfreundliche Minister Bock, der durchaus bereit ist, die österreichische Industriesubstanz dem deutschen Kapital zu überlassen, wird alles tun, um den Osthandel umzubringen und Österreich von Westdeutschland abhängig zu machen. Es wird darauf ankommen, ob die Oststaaten — in dieser Frage sicherlich nicht von den USA bekämpft — bereit sein werden, die Brüche des österreichischen Staatsvertrages vor den Haager Gerichtshof zu bringen: So den Vertrieb der Deutschen Nationalzeitung, die Verwendung NS-belasteter Offiziere im österreichischen Bundesheer, die Verwendung von Raketenwaffen im Bundesheer und schließlich den geplanten, schwach verschleierten ökonomischen Anschluß Österreichs an Deutschland über die EWG.

Österreich hat zwischen den beiden Weltkriegen einmal einen Prozeß in Den Haag verloren. Es wollte damals mit Deutschland eine Zollunion eingehen. Österreich war im Ersten Weltkrieg ein Satellit des deutschen Großraumstrebens, und es wurde ihm der Anschluß an Deutschland in den Vorortverträgen verboten. Und so verlor Österreich den Prozeß in Den Haag. Und Österreich war im Zweiten Weltkrieg wieder ein Satellit des deutschen Großraumstrebens, und es wurde ihm im Staatsvertrag abermals der direkte oder indirekte Zusammenschluß mit Deutschland verboten. Und es besteht alle Wahrscheinlichkeit, daß ihm auch der Versuch, über die EWG zum Satelliten des westdeutschen Revisionismus zu werden, verboten werden wird.

W. D., Wien

Nachbemerkungen zum Leibbrand-Prozeß

Am 18. Februar ist das seit 1960 laufende Kriegsverbrecherverfahren gegen den international bekannten Verkehrsplaner Prof. Dr. Kurt Leibbrand eingestellt worden. Die Anklage hatte zuerst auf (im August 1944 verübten) Mord an sechsundzwanzig italienischen (einer deutschen Eisenbahnpionier-Kompanie zugeteilten) Hilfsarbeitern und auf versuchten Mord in mindestens fünf Fällen gelautet. Nicht gerade wenig. Wenn natürlich auch nicht vergleichbar mit den sechs- und siebenstelligen Ziffern, die uns von heutigen Prozessen her vertraut sind. Aber die Prozedur und der Wahrspruch waren doch denen, die in den Monsterprozessen gegen Massenliquidierungen zur Gewohnheit geworden sind, nicht unähnlich. Denn auch diesmal ist ja, obwohl die Erschießungsaktion hinterrücks vor sich gegangen war, die Anklage auf Mord in eine Anklage wegen Totschlags umgewandelt worden — übrigens durch die Initiative des ersten Staatsanwalts selbst. Auf Grund welcher untrüglichen Anzeichen dieser hat diagnostizieren können, daß die Untat im Laufe der letzten Wochen oder Monate diese Metamorphose durchgemacht, sich also in einen Totschlag verwandelt hat, dieser Frage gegenüber fühlen wir uns ebenso wenig sachverständig wie gegenüber der grundsätzlicheren, wie solche Metamorphosen überhaupt vor sich gehen. Die einzige Hypothese, die solche Umwandlungen vielleicht plausibel machen könnte, wäre wohl die, daß die Vergangenheit gewissermaßen ewig modellierbar bleibe und dadurch, daß wir sie aus einer unterdessen verwandelten geschichtlichen Situation ins Auge fassen, nachträglich effektiv etwas anderes werde — ein Gedanke, der nicht nur metaphysisch sehr reizvoll ist, sondern der uns, wenn er sich verifizieren sollte, auch wirklich mit Zuversicht erfüllen dürfte, da ja solche Verfügung über das Gewesene beweisen würde, daß es für uns, mindestens für uns Bürger der freien Welt, Grenzen der Freiheit überhaupt nicht gäbe. Gleichviel, da alle im Jahre 1944 begangenen Totschlagsaktionen heute als verjährt gelten; und da jene Taten, die sich, wie die sechsundzwanzig unter dem Namen Leibbrand laufenden, nachträglich in Totschlagsaktionen verwandelt haben, als echte Exemplare dieser Gattung „Totschlag" gelten, ist es ja bewiesen, daß auch diese sechsundzwanzig verjährt sind. Nach kurzer Abwesenheit dürfen wir daher Herrn Prof. Leibbrand wieder in unseren Reihen, in unserer Welt der Nicht-Mörder begrüßen. Willkommen also!

Nun, man könnte es sich vorstellen, daß ein heute mehr als Fünfzigjähriger die Wiederbegegnung mit dem Bilde dessen, was damals vor 22 Jahren gewesen war, und was er selbst damals gewesen war, dankbar als Gelegenheit für eine Prüfung benutzen würde; und als Chance, um von jenen Mächten, die es ihm damals so schwer gemacht hatten (oder, wie er behauptet: unmöglich), saubere Hände zu behalten, unzweideutig abzurücken. Es wäre auch begreiflich, wenn er, aufs tiefste erschrocken, versuchen würde, sich selbst und uns davon zu überzeugen, daß er und der Damalige nicht ein und dieselbe Person seien.

Wenn Herr Prof. Leibbrand das getan hätte, wenn er erschrocken ausgerufen hätte: „Ich, der ich hier vor Ihnen stehe, ich kann den Damaligen nicht mehr erkennen! Ich soll das sein?" Und wenn ihn das Gericht trotz dieser seiner Distanzierung von dem Damaligen als Kriegsverbrecher eingestuft, verurteilt und bestraft hätte — dann hätten wir sogar erwägen dürfen, nein, sogar erwägen müssen, ob denn die ihm zuer-

teilte Strafe wirklich denjenigen treffe, der damals vor 22 Jahren der Täter gewesen war. Und fragen müssen, ob nicht dieser Täter bereits verschollen sei, ebenso verschollen wie jeder der damals getöteten Sechsundzwanzig. Ob nicht der Damalige nachträglich als siebenundzwanzigster auf die Totenliste dieser sechsundzwanzig gesetzt werden müsse. Und ob hier nicht ein Stellvertreter, ein Mann aus dem Jahre 1966, dazu verurteilt werde, für das Blut zu büßen, das ein anderer, ein nicht mehr auffindbarer Mann aus der Väter-Generation, im Jahre 1942 vergossen hatte. All das hätten wir, wenn der heutige Leibbrand erschrocken von dem damaligen Leibbrand abgerückt wäre, erwägen müssen. Denn niemand von uns darf die Frage, ob ein Heutiger wirklich noch derselbe sei, der er vor Jahrzehnten gewesen, und für den Damaligen noch zur Rede gestellt werden könne und für den Damaligen noch einzustehen habe — niemand darf diese Frage mit einem leichtfertigen Ja beantworten. Wie gesagt, das geben wir zu. Nur leider in diesem Falle vergebens. Denn diese an sich berechtigte und sogar notwendige Frage an Herrn Prof. Leibbrand zu richten, das hat keinen Zweck mehr, und zwar deshalb keinen, weil er seine Identität mit dem Manne von 1942 bereits ausdrücklich bejaht und damit die Frage bereits beantwortet hat, ehe wir sie ihm hatten vorlegen können.

Man mißverstehe nicht. Natürlich hat Herr Prof. Leibbrand nirgendwo die Erklärung abgegeben, daß er damals für sein Tun verantwortlich gewesen sei und daß er, da er natürlich trotz der unterdessen verflossenen Zeit noch immer der alte Leibbrand sei, auch heute noch dafür einstehe — zu dieser Konstanz der Persönlichkeit hat er sich ganz gewiß nicht bekannt. Die Sache, auf die er sich beruft, ist sogar, wenn man den Zeitungsberichten Glauben schenken darf, das Gegenteil davon. Denn was er meint, ist ja, daß er auch heute noch nicht zur Verantwortung gezogen werden könne; und zwar deshalb nicht, weil er ja natürlich, trotz der unterdessen verflossenen Zeit, identisch sei mit jenem, der damals, als er die sechsundzwanzig italienischen jungen Männer vom Leben zum Tode beförderte, nicht die Verantwortung dafür zu tragen brauchte oder diese nicht tragen durfte, jedenfalls nicht als der dafür Verantwortliche gegolten hatte. Mit anderen Worten: die Konstanz, auf die er sich beruft und die er keine Sekunde lang anzweifelt, ist die der Verantwortungslosigkeit. Aber auch damit hat er sich der Chance beraubt, als ein vom damaligen Täter verschiedener und dadurch als ein Schuldloser, mindestens Schuldloserer, eingestuft zu werden. Seine Identität mit dem damaligen Leibbrand hat er durch das Zugeständnis der Konstanz der Verantwortungslosigkeit nicht weniger deutlich bejaht, als er sie durch das Zugeständnis seiner damaligen Schuld oder durch seine Bereitschaft, das Damalige auf sich zu nehmen, bejaht hätte. — „Auch heute noch", so heißt seine heutige Rechtfertigung, und das sind laut „Spiegel" vom 21. 2. seine eigenen Worte, „auch heute noch hat niemand mir sagen können, wie ich im Jahre 44 anders hätte handeln können."

Niemand hat ihm das also sagen können. Man horche in diese Erklärung hinein. Wahrhaftig, man traut seinen Ohren nicht. Da tritt also ein Mann auf, der die Fünfzig hinter sich hat, ein Mann, der daran gewöhnt ist, Bürgermeister und Magistrate zu beraten, ein Mann, von dessen Sachverstand das morgige Aussehen der Großstädte Europas mit abhängen wird. Aber in demjenigen Augenblick, in dem nicht Sachverstand erfordert ist, sondern primitivster Verstand in menschlichen Dingen, und in dem es nicht um Ein- oder Ausfallstraßen geht, sondern um Mord oder Nichtmord — in diesem

Augenblick hört der Berater der Großstädte auf, erwachsen zu sein, in diesem Augenblick verwandelt er sich wieder (und sogar ohne sich dieses Rückfalls zu schämen) in einen Unmündigen. Offen gibt er ja zu, auf Antworten und Stichwörter von anderen angewiesen zu sein, denn aus der Tatsache, daß ihm niemand begegnet sei, der ihm eine Antwort habe einsagen können, zieht er ja den, wie er glaubt, ihn rechtfertigenden Schluß, daß er heute wie damals unschuldig sei und heute wie damals Anspruch auf Freiheit erheben könne.

Ein international berühmter Verkehrs- und Städteberater, der sich nicht scheut, vor Gericht zu beteuern, daß kein Mensch ihm habe verraten können, wie er die Frage Mord oder Nichtmord hätte beantworten sollen — sehr imponierend ist eine solche Figur nicht. Selbst den Herren des hohen Gerichts, die ja bereit gewesen sind, das Verfahren einzustellen, und die ja offenbar keinen zwingenden Grund gesehen haben, warum sie diesen Mann uns, ans Totschlagen nicht so gewöhnten Mitbürgern weiter vorenthalten sollten, selbst diesen Herren scheint es ja angesichts dieser Kluft zwischen Prominenz im Fachlichen und Infantilität im Moralischen etwas mulmig geworden zu sein. Gewiß, die Posaunenkraft des Jüngsten Gerichtes tönt aus ihrer, im Stuttgarter Gerichtssaal verlesenen, Erklärung nicht; die Feststellung, daß Dr. Leibbrand nicht begreife, „wieso er bei einer gehörigen Prüfung seines Gewissens von dem Erschießen hätte Abstand nehmen müssen", ist nicht gerade die überzeugendste Umschreibung des auch heute noch jeder Umschreibung unbedürftigen Satzes „du sollst nicht töten". „Abstand nehmen" ist sogar eine reichlich lederne Variante des alten und machtvollen Verbotes. Aber dämpfen wir unsere Ansprüche. Schließlich heißt es in der Erklärung, daß Leibbrand Abstand hätte nehmen müssen. Und das Zugeständnis dieses Müssens ist immerhin besser als überhaupt kein Zugeständnis.

Wie gesagt, zu hohe Ansprüche dürfen wir nicht stellen. Nicht nur an den Angeklagten nicht. Zu glauben, daß dessen moralische Unmündigkeit ein Sonderfall gewesen sei, das wäre ganz unberechtigt. Denn unter den Argumenten, die im Laufe der Verhandlung laut geworden sind, hat es einige höchst merkwürdige gegeben, und eines von diesen war sogar so eigentümlich, daß neben ihm Leibbrands Argument geradezu harmlos und normal wirken muß.

Damit komme ich zu meinem zweiten Punkte. Er betrifft den Begriff „Kriegsverbrechen".

Die Erschießung der Sechsundzwanzig, so heißt dieses Argument nämlich, ein Kriegsverbrechen zu nennen, sei widersinnig. Und zwar deshalb, weil die erschossenen Italiener keine Partisanen, sondern Deutsche gewesen seien. Deutsche seien sie deshalb gewesen (bzw. deshalb automatisch geworden), weil sie einer Einheit der deutschen Wehrmacht zugeteilt gewesen seien oder — wer weiß? — sich dieser vielleicht sogar freiwillig angeschlossen hätten.[1]) Wer dieser Tatsache nicht Rechnung trage, der mache sich unvermeidlicherweise von den damaligen Ereignissen und damit auch von den damaligen Schuldverhältnissen ein schiefes Bild. Ich fasse zusammen: getötet habe Leibbrand nur Deutsche. Und deshalb sei er unschuldig.

Nur Deutsche. Und deshalb unschuldig. — Nicht gerade alltäglich, dieses Argu-

1) Dieses Argument mag sonderbar klingen. Aber wenn man bedenkt, daß einmal der Ausspruch „Wer ein Jud ist, bestimme ich" gegolten hat, dann kann man sich auch an den entsprechenden, so zwar nicht ausgesprochenen, aber doch unterstellten Satz „Wer ein Deutscher ist, bestimme ich" gewöhnen.

ment. Weder dieses „Nur" noch dieses „Deshalb". Wie ist es erklärbar, daß sich ein Mann, dem es doch offenbar darauf ankommt, Leibbrand zu verteidigen und herauszuhauen und von dem Vorwurf, Kriegsverbrechen begangen zu haben, reinzuwaschen — daß sich also ein deutscher Nationalist zu einer solchen Verächtlichmachung von Deutschen versteigt, mindestens zu einem Argument, das in den meisten Ohren erst einmal wie die zynischste Verhöhnung von Deutschen klingen muß? Schön, wenn es geheißen hätte, die sechsundzwanzig hinterrücks Getöteten seien eben Juden oder nur Zigeuner, also nur „Untermenschen" gewesen. Das wären immerhin vertraute Reizwörter gewesen, man hätte, namentlich da es sich um Strafe oder Nichtstrafe handelte, mit eingegleisten Reaktionen zugunsten des Tötenden rechnen können. Denn etwas Nichtmenschliches zu töten, das gilt ja kaum als strafwürdig, unter keinen Umständen als Kriegsverbrechen. Aber von Juden oder von Zigeunern war eben keine Rede. Sondern von Deutschen, bzw. von ad hoc zu Deutschen beförderten Italienern. Wie also ist es zu begreifen, daß ein Deutscher einen anderen Deutschen von dem Verdacht, er habe sich eines Kriegsverbrechens schuldig gemacht, dadurch reinzuwaschen versucht, daß er die von ihm Getöteten als „nur Deutsche" hinstellt?

Mir scheint, diesem Argument liegt eine stillschweigend gemachte Voraussetzung zugrunde, eine Voraussetzung, die, wenn formuliert, etwa so lauten würde:

„Von uns aus hatten wir (in der Zeit des Dritten Reiches) den Begriff des Kriegsverbrechens nicht gekannt. Oder richtiger: als Verbrechen hatten wir während des Krieges nicht unsere eigene Kriegsführung angesehen, vielmehr diejenigen, zumeist in den besetzten Gebieten begangenen Handlungen, die sich gegen unsere Kriegsführung richteten. — Kurz: die Widerstandsaktionen. Die Kategorie „Kriegsverbrechen", wie von der Anklage verwendet, ist eine Importware, sie stammt von den ehemaligen Feindmächten, sie ist uns nach dem Zusammenbruch von diesen aufgedrängt worden, und zwar um Aktionen zu bezeichnen, die sich gegen sie, die Feindmächte oder deren Günstlinge, gerichtet hatten und durch die sie, die Feinde oder deren Günstlinge, zu Schaden gekommen waren."

Mit anderen Worten: als die heimlichen Ankläger bei Kriegsverbrecher-Prozessen werden, namentlich von der Verteidigung, die die Angeklagten herauszuhauen entschlossen ist, noch immer die ehemaligen Feindmächte angesehen. Man tut so, als ob (statt Deutscher) diese Feindmächte das Tribunal bildeten; so als ob (statt der Deutschen) Deutschland angeklagt wäre; so als ob es undenkbar wäre, daß sich echte Deutsche dafür hergeben könnten, echte Deutsche anzuklagen oder gar zu verurteilen; so als ob die deutschen Ankläger Puppen wären, wenn nicht etwas Schlimmeres; so als ob der Patriotismus das selbstverständliche Monopol der Verteidigung sei — kurz: so als ob jeder dieser Prozesse einen verspäteten Nachtrag zum Nürnberger Prozeß darstelle, also zu einem Ereignis, das, obwohl längst schon der Vergangenheit, und zwar einer schändlichen Vergangenheit angehörend, skandalöserweise von Tag zu Tag und von Jahr zu Jahr und ohne daß ein Ende abzusehen wäre, perpetuiert werde. Gleichviel, wenn es, wie diese Männer vorgeben, zutrifft, daß als Kriegsverbrechen allein diejenigen Handlungen klassifiziert werden können, durch die die ehemaligen Feinde zu Schaden gekommen seien, und nur diejenigen Männer als Kriegsverbrecher, die derartige Beschädigungen verursacht haben, dann ist es ja auch evident, daß die Tötung von eigenen Leu-

ten (also von Deutschen durch Deutsche) unter den Begriff „Kriegsverbrechen" nicht fallen kann; daß es sich dann eben nur um Kriegshandlungen tout simple handeln kann — „nur": hier ist also der Ursprung jenes „Nur" das uns vorhin so abstrus vorgekommen war. Und ebenso evident ist es dann, daß es sich unter diesen Umständen empfiehlt, jede Tötung, die man während des Krieges begangen hatte, als Tötung eigener Leute hinzustellen. Dieser Überlegung verdanken es also die sechsundzwanzig längst vermoderten Italiener, daß man postum versucht hat, sie zu Deutschen zu befördern.

Wer seine Klienten auf diese Art und Weise verteidigt, der darf nicht den Überraschten spielen, wenn eines Tages einer kommt und die Konsequenz aus seinem Argument zieht: dieses nämlich in eine Maxime verwandelt, in eine Vorsichtsmaxime für diejenigen, die einerseits auf das Liquidieren nicht gerne verzichten möchten, aber andererseits dafür auch nicht bestraft zu werden wünschen. Diese Maxime hätte dann zu lauten: „Beschränkt euch auf die Liquidierung eurer eigenen Mitbürger!", bzw.: „Fremde liquidiert allein dann, wenn ihr sie zuvor eingebürgert habt!" Kurz: „Deutsche, erschießt nur Deutsche!"

Eine Schlußbemerkung. Wenn die zwei wahnsinnigen Unterstellungen: erstens, daß die Entscheidung darüber, ob jemand Deutscher sei oder nicht, allein von Deutschen abhängt, nicht von demjenigen, der betroffen ist, und zweitens, daß die Liquidierung von Deutschen durch Deutsche kein Kriegsverbrechen darstellen könne — wenn diese zwei Unterstellungen gelten, dann würde ich es mir, wenn ich Fremdarbeiter in Deutschland wäre, dreimal überlegen, ob ich es weiter riskieren könnte, in einem solchen Lande zu bleiben. Man stelle es sich vor, daß solche Unterstellungen eines Tages, etwa am Tage eines Kriegsausbruchs, gültig werden. Dann könnte es mir passieren, daß ich plötzlich als Deutscher, als deutscher Bürger und Soldat aufwachen würde; und damit als ein Mensch, den hinterrücks zu erschießen kein Kriegsverbrechen darstellen würde. Da das Argument: „es waren nur Deutsche, also war die Ermordung kein Kriegsverbrechen", in einem Mord- bzw. Totschlagsprozeß laut geworden ist, und zwar in einem, der mit dem Freispruch des Angeklagten geschlossen hat, könnte es angesichts der Abertausende von Fremdarbeitern in der Bundesrepublik gewiß nichts schaden, wenn sich die Regierung mit Hohn und Nachdruck von diesem im Leibbrand-Verfahren geäußerten Argument distanzieren würde.

Günther Anders

Paul Neuhöffer

Was folgt auf die NATO?

Frankreichs Entscheidung, sich aus den Stäben der NATO zurückzuziehen und seine Truppen französischer Befehlsgewalt zu unterstellen, bringt weltpolitische Konsequenzen mit sich, denen sich niemand mehr entziehen kann. Indem de Gaulle in nüchterner Lageanalyse die Phraseologie von der „Bedrohung der westlichen Welt durch die Sowjetunion" als eine pure Arbeitshypothese für den Weiterbestand der NATO entlarvt hat, zögert er nun nicht, die Schlußfolgerungen auch praktisch zu ziehen, nämlich ein Militärbündnis zu verlassen, das sich offensivmilitant gegen die europäische Entspannung richtet, ohne einen einzigen plausiblen Grund für seine angebliche Verteidigungsfunktion aufweisen zu können.

Man könnte fragen, wieso diese Erkenntnis sich erst jetzt dem französischen Staatspräsidenten unausweichlich stellte. Aber eine solche Fragestellung verkennt, daß de Gaulle sein Handeln langfristig vorzubereiten pflegt und daß er erst zu dem Zeitpunkt den Bruch mit der NATO-Militärkonzeption offen vollziehen wollte, an dem er jeden Versuch einer Umstimmung der Amerikaner in ihren derzeitigen politischen und militärischen Zielsetzungen als gescheitert ansehen mußte. Wie immer man auch über die Chancen der verschiedenartigen Friedensinitiativen bezüglich Vietnams denken mag, die um die Jahreswende versucht wurden, von den vatikanischen Vorstößen über die Intervention Fanfanis in der UNO bis zu indischen Vermittlungsangeboten: sie alle erfolgten mehr oder minder auf einer Linie, wie sie auch die französische Politik vertritt, die freie Wahlen in Vietnam und einen Abzug der amerikanischen Interventionsstreitkräfte sowie eine Garantie für die Neutralisierung des schwergeprüften Landes erstrebt. Das ist indes alles an der amerikanischen Intransingenz gescheitert. Amerika hat in Vietnam auf die Karte der Macht- und Durchsetzungspolitik mit militärischen Mitteln gesetzt.

Dieses Amerika aber versteht sich als Führungsmacht der NATO. Frankreich, das sich in den letzten Jahren mehr und mehr zu einer Politik der Souveränität gegenüber dem Blockzwang vorgearbeitet hat, sah die Gefahr auf sich zukommen, einerseits in eine militante amerikanische Machtpolitik zum Schaden der europäischen Sicherheit immer stärker verstrickt zu werden und andererseits in Europa einen zunehmenden Einfluß der Bonner Politik auch in der NATO widergespiegelt, ja vollzogen zu sehen. In dem amerikanischen Zugeständnis einer Atombewaffnung der Bundesrepublik, so fürchtet die französische Politik, würde die Bonner Bündnistreue über kurz oder lang ihre Belohnung erhalten. Aus dieser gefährlichen Situation scherte Frankreich aus, indem es das nur zu berechtigte französische Interesse an Entspannung und Befriedigung der europäischen Szene voranstellte.

Diese Entwicklung hätte nun freilich auch für Bonn die Stunde konstruktiver Europapolitik sein können. Aber Europa und die so lange so wortreich beschwo-

rene deutsch-französische Freundschaft — das steht in Bonn heute nicht mehr zur Debatte. Die rein deklamatorische Bundestagssitzung, in der alle Parteien sich gegen Frankreichs Rückzug aus der NATO aussprachen und ihre unverbrüchliche US-Gefolgschaft durch dick und dünn bekundeten, zeigte an, daß unserem Parlament der Zustand droht, durch freiwillige Selbstentmachtung in den nationalen Entscheidungsfragen lediglich noch ein Bekräftiger starrer Regierungspolitik zu sein. Aufgabe des Bundestages wäre es gewesen, in dieser Stunde neue Mittel und Wege zu erörtern, die Frage der europäischen Sicherheit, der Abrüstung und der Überwindung des Blockdenkens für die deutschen Probleme fruchtbar zu machen. Das aber geschah nicht, weil sich der Erhard-Flügel unter dem Einfluß großindustrieller Interessen längst auf eine gemeinsame amerikanisch-deutsche Führungsrolle in der westlichen Welt festgelegt hatte. Die angeblichen deutschen Gaullisten hatten sich hingegen schon in dem Augenblick von ihrem Idol abgewandt, als sie erkennen mußten, daß de Gaulle nicht der Mann war, mit dem man den Kalten Krieg in deutsch-französischer Kooperation verschärfen konnte. Nun rieten sie nur noch deshalb zu bilateralen Verhandlungen mit Paris, um Frankreich so weit wie noch möglich mit der NATO assoziiert zu halten.

Von einer Nutzung der sich auftuenden neuen Entspannungschancen will man in Bonn jedenfalls nichts wissen. Andererseits möchte man den Eindruck der Entspannungsfeindlichkeit, den dieses Verhalten in der Welt erzeugt hat, wieder verwischen. Das Bemühen bewirkte ein Musterbeispiel politischer Schaumschlägerei: [illegible] Friedensnote [illegible] zur versuchten Erhard-Schröder- [illegible] der Welt [illegible] mit neuen [illegible] zu machen. Zum einen wird auf den Grenzen von 1937 beharrt, was nun gerade das ungeeignetste Mittel [illegible] und die Bundesrepublik vom Verdacht des [illegible] zu befreien, der kon- [illegible], die Bundes[illegible] [illegible] allgemeine Abrüstungsvorschläge gemacht [illegible] als Mittel, um die eigene Atombewaffnung sowie die [illegible] das Veto der Bundesrepublik bei internationalen Abrüstungsvereinbarungen zu erreichen. Zum dritten wird versucht, die Hallsteindoktrin neu zu fundieren, indem man die Nichtexistenz der DDR und folglich den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik beharrlich verficht. Die Weltmeinung war denn auch bald gebildet: Man läßt sich von Bonn nicht mit unverbindlichen Beteuerungen einlullen, da keinerlei Angebot einer aktiven Mitarbeit an der Entspannung in der Note zu entdecken ist.

Blieb die Friedensnote ein Intermezzo, so sind die Alternativkonzeptionen, die Bonn diskutiert, um eine Rumpf-NATO funktionsfähig zu halten, ohne Chance. Schröders Versuche, dem Bündnis in Spanien und Portugal neue Basen zu erschließen, um so den Terrainverlust notdürftig auszugleichen, stießen auf skeptische Zurückhaltung. Die vom Auswärtigen Amt so sehr genährte Hoffnung auf eine aktivere Partnerschaft Englands, mit regelmäßigen Konsultationen auf politischem und militärischem Sektor, sind vom englischen Standpunkt so lange deplaciert, so lange Bonn auf seiner alten Politik beharrt. Die Stimmung der übrigen NATO-Partner ist zwar unterschiedlich, wird jedoch am besten dadurch charakterisiert, daß allein Brüssel sich um Übernahme des NATO-Hauptquartiers bemüht, das Paris verlassen muß.

So bleibt als sichere Konstante nur die Achse zu den USA. Es ist die Gleichartigkeit der Positionen, die heute die Bonner und Washingtoner Außenpolitik so eng

aneinanderrückt. Das beide Verbindende ist ein offensiver antiöstlicher Missionarismus, der die Bundesrepublik, je enger sie sich mit den USA verbündet, desto mehr in deren internationale Konflikte verwickelt. Daß die Bundesrepublik gerade dadurch ihren politischen Bewegungsspielraum in Europa einbüßen muß, sieht Bonn deshalb nicht, weil es Lösungen überhaupt nur von machtpolitischem Druck erwartet. Adenauers Hinweis, daß die Sowjetunion dem Kreis der friedliebenden Völker zuzurechnen sei, rief jedenfalls die geschlossene Phalanx von Erhard bis Barzel auf den Plan, die nicht einmal die Vermittlungsaktion der Sowjetunion in Taschkent gelten lassen will als konstruktiven Beitrag zur Stabilisierung des Weltfriedens, was Adenauer als Realität zu würdigen empfahl.

Es bleibt dabei: Im Regierungslager gibt es keine Alternative zur Rüstungs- und Machtpolitik. Deshalb forciert man ihre innenpolitische Ergänzung durch Notstandsgesetzgebung, Zentralisierung der Haushaltspolitik, Eingrenzung der Länderbefugnisse, Schwächung der Parlamente auf allen Ebenen, Isolierung der Gewerkschaften und Verbände sowie Ausrichtung von Wissenschaft und Erziehung auf die Bedürfnisse der industriellen und militärischen Leistungssteigerung — dies alles unter der zusammenfassenden Überschrift: „Formierte Gesellschaft."

Auf diese Weise hofft man, der seit Jahren ohne Erfolg betriebenen entspannungsfeindlichen Politik jene Kraft zuzuführen, die es ermöglicht, die deutsche Hegemoniestellung in Westeuropa zurückzugewinnen und den Status quo in Mitteleuropa offensiv zu verändern. Dieses Programm ist ohne Erfolgsaussichten, denn es übersieht den Unwillen, der sich in der Welt gegen jede Art eines neuen deutschen Imperialismus aufstaut. Solche Politik ist nicht etwa deshalb gefährlich, weil sie am Ende erfolgreich sein könnte, sondern weil sie mit zunehmender Erfolglosigkeit einen dynamischen Aggressions-Automatismus nach innen und außen freisetzt.

Dieses Zutreiben der Bonner Politik auf verhängnisvolle Konstellationen kann allerdings nur dann reibungslos funktionieren, wenn die SPD an ihrem Gemeinsamkeitsbekenntnis auch weiterhin festhält. Die SPD steht damit an einem Kreuzweg der Entscheidung. Diese Entscheidung ist von gleicher, ja von weit größerer Bedeutung als wohl die meisten früheren Wegentscheidungen in ihrer Geschichte. Sie darf die Augen nicht davor verschließen, daß es bei dieser Entscheidung nicht nur um die Existenz der SPD als einer unabhängigen politischen Kraft geht, sondern um die Alternative gegenüber den Tendenzen zum autoritären Staat und den Folgen einer mit der Zeit nicht mehr kontrollierbaren Machtpolitik. Der Bundesrepublik wäre eine Chance gegeben, aus dem Kreislauf einer nur noch abenteuerlich zu nennenden CDU-Politik auszuscheren, wenn die SPD einen neuen Ansatz fände und vor das deutsche Volk und die Welt mit einer selbständigen politischen Gesamtkonzeption träte.

Es geht darum, sich aus der Gemeinsamkeit mit der CDU dort zu lösen, wo deren Weg aus der parlamentarischen Demokratie herausführt, und dort, wo er in Deutschland und Europa die Spannungen verschärft, statt sie abzubauen. Mancher mag sich fragen, ob gerade ein Briefwechsel mit der SED dieser Neuprofilierung der SPD dienlich sein kann. Ängstliche Gemüter könnten befürchten, die zielstrebige Fortsetzung eines solchen Dialogs würde der SPD erneut den Vorwurf aller Hexenjäger und Gleichschalter zuziehen, eben doch national unzuverlässig zu sein. Demgegenüber bleibt festzustellen: Aus der Ausweglosigkeit einer Politik des Nichtmiteinandersprechens kann man nur herauskommen durch eine Poli-

tik des Gesprächs. Die SPD steht vor der Wahl zwischen einem farblosen Mitläufertum auf dem Weg der CDU in die Formierte Gesellschaft und dem Überspringen der eigenen psychologischen Hemmungsschwelle zur Entwicklung einer Alternativpolitik der Entspannung. An der SPD liegt es, die Rückbesinnung auf Kennedys Prinzip des Wandels durch Annäherung in Deutschland neu zu vollziehen. Dagegen hätte es wenig Sinn, die Diskussion mit der SED nur dazu zu benutzen, die Propagandaparolen der CDU geläufiger zu wiederholen.

Was die deutsche Öffentlichkeit jetzt von der SPD erwartet, sind eigene Gedanken. Daß die CDU-Politik nicht zur Wiedervereinigung führt, ist nachhaltig bewiesen. Erfolgreiche Wege zur Wiedervereinigung lassen sich also mit der CDU-Politik auf keinen Fall synchronisieren. Willy Brandt hat immerhin mit dem Passierscheinabkommen eine Politik der Teilverständigung begonnen und erste Erfolge gegen den Willen Bonns durchgesetzt. Der Nutzen von Gesprächen ist also seit längerem erwiesen. Der Vorsitzende der SPD in Schleswig-Holstein, Joachim Steffen, hat recht, wenn er in einer Stellungnahme zu dem Briefwechsel zwischen SPD und SED in Erinnerung bringt: „Wir sprechen dauernd schon mit Ulbricht. Alle Gespräche auf Verwaltungsebene werden mit dem Machtzentrum in Ostberlin geführt, ob es dabei um Passierscheine oder andere Fragen geht."

Die NATO braucht nicht durch eine deutsch-amerikanische Militärachse ersetzt zu werden. Ihr könnte eine deutsche Entspannungs- und Wiedervereinigungspolitik folgen. Sie würde uns nicht in Isolierung und Gefahr treiben, denn sie läge im Interesse der gesamteuropäischen Sicherheit.

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Hans Heinz Holz

Intelligenz und Mitbestimmung

I

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die technische Entwicklung in unserem Jahrhundert zu einem tiefgreifenden Wandel nicht nur der Produktionsweise — also der Herstellungsverfahren von Gütern —, sondern auch der produktiven Möglichkeiten — also der Erzeugung neuer Güter und größerer Mengen von Gütern — geführt hat. Unter beiden Aspekten mußte dieser technische Fortschritt Veränderungen in den Verhaltensgewohnheiten der Menschen in den technisch entwickelten Ländern hervorbringen: ihre Arbeitsgänge werden weitgehend durch die Bedienung differenzierter Instrumente bestimmt, ursprüngliche Materie kommt ihnen nur noch sehr selten unmittelbar unter die Hand, die Beziehung zum Stoff ist eine vermittelte; ihr Verbrauch richtet sich bei steigendem Angebot auf die Erweiterung der Bedürfnisse und auf häufigen Wechsel (der saloppe Werbeslogan „Immer mal was Neues" trifft genau dieses Erfordernis einer massenhaften Produktion). Daß damit ein struktureller Bewußtseinswandel einhergeht, ist festgestellt worden. Die vermittelte Arbeitsweise läßt Gewöhnung an Spezialistentum und second-hand-knowledge aufkommen; der auf raschen Wechsel eingestellte Konsum läßt die Forderung nach Solidität der Ware zurücktreten und stattdessen formale Spielereien belangvoll werden.

Unselbständigkeit und Unwesentlichkeit sind also kennzeichnend für die Bewußtseinsstruktur des einzelnen in der Massengesellschaft. Nicht die Wichtigkeit eines Informationsinhalts, sondern seine sensationelle Aufmachung ist bestimmend für die Anteilnahme, die ihm entgegengebracht wird. Einflüssen aller Art gibt man sich bereitwillig hin, wenn sie nur mit dem gehörigen Anspruch auf Sachkenntnis vorgebracht werden. Von der Kombination beider Momente lebt die Werbung, sei es als Verkaufsreklame, sei es als politische Propaganda. Die untergründigen Methoden der Bewußtseinsmanipulation, die sich auf die Erkenntnisse der Psychologie stützen, finden einen wohl vorbereiteten Boden: der durchschnittliche Bürger von heute hat längst das kritische Denken aufgegeben — wo er kritisch zu sein meint, ist er allenfalls skeptisch; und in den Leerraum, den die Skepsis geschaffen hat, lassen sich um so leichter Vorurteile infiltrieren. Diese Bewußtseinsveränderung greift an die Grundlagen der politischen Demokratie: deren Voraussetzung ist es, daß der einzelne Staatsbürger durch vernunftgemäße Urteilsbildung zur Beteiligung und Mitverantwortung an der Staatsführung gebracht wird; ist die Urteilsbildung ernstlich beeinträchtigt, so entfällt die Möglichkeit einer verantwortlichen Betätigung im politischen Leben — sei es durch Stimmabgabe bei Wahlen, sei es durch Mitarbeit in politischen oder gesellschaftlichen Organisationen. Die Strukturen der Massengesellschaft stellen eine immanente Bedrohung der Demokratie dar, sofern man ihnen nicht dauernd in der gesellschaftlichen Praxis entgegenwirkt; denn sie tragen die Bedingungen der Unfreiheit in sich.

Uns interessiert hier zunächst nicht der ideologische Aspekt der Konsumgesellschaft, obschon er später wichtig werden wird für die Beurteilung der Rolle, die die Intelligenz in dieser Gesellschaft spielen kann. Prinzipiell jedoch müssen wir erkennen, daß das Erscheinungsbild einer Gesellschaft, die vom Massenkonsum geprägt ist, ja auch der Massenkonsum selbst nur sekundäre Aspekte sind, denen primär die Ausweitung der Produktion zugrunde liegt. Erst die Massenproduktion erzeugt den Massenkonsum, und zwar erzeugt sie ihn notwendig und würde ohne ihn sofort zusammenbrechen. Da nun aber die Massenproduktion nicht einfach auf gemeinsame Verabredung begonnen wurde, sondern sich nach und nach unter den Bedingungen des Konkurrenzkampfes auf dem Wege technischer Rationalisierung steigerte [1]), kann sie auch nicht einfach durch Konsens oder staatlichen Eingriff gestoppt werden. Maßhalteappelle laufen dem inneren Antriebsgesetz dieser Wirtschaft grundsätzlich zuwider und sind darum auch stets wirkungslos geblieben. Das Gespenst der Überproduktion zwingt die Produzenten zur kontinuierlichen Ankurbelung des Konsums und dabei zugleich zur Verbesserung (und das heißt auch: Erweiterung) der Produktion, woraus wiederum aufs neue die Gefahr der Überproduktion erwächst; und so fort in infinitum. Die technische Entwicklung trägt ihren Motor in sich selbst, ökonomisch im Zwang zur Herstellung besserer und neuer Produktionsmittel, wissenschaftlich in der Begeisterung des Ingenieurs für seine Erfindungen.

Die „zweite technische Revolution" stellt uns vor das Problem ihrer gesellschaftlichen Bewältigung, nicht vor das einer Ableitung ihrer überschüssigen Energien. Massenproduktion und Produktionsausweitung liegen in der Maschinentechnik selbst begründet, der Übergang zur Automation wird diese Tendenz eher noch verstärken als abschwächen. Mit Recht fordert darum das Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes: „Die wirtschaftlichen und sozialen Gefahren, die sich aus der Technisierung, insbesondere der Rationalisierung und der Automation, ergeben können, müssen ständig beobachtet und geprüft werden" [2]). Der Zusammenhang des Absatzes „Ziele der Wirtschaftspolitik", aus dem dieses Zitat entnommen wurde, zeigt deutlich, daß 1963 die Gewerkschaften vor allem an die Verbindung von Vollbeschäftigung und Hebung des Lebensstandards dachten (und denken mußten), daß also die Sicherung des Arbeitsplatzes in einer zunehmend rationalisierten und automatisierten Wirtschaft im Vordergrund der Erwägungen stand. Inzwischen hat sich jedoch gezeigt, daß allgemein staatspolitische Gesichtspunkte den Vorrang verdienen, so daß nun die spezielle gewerkschaftliche Zielsetzung mit dem allgemeineren Zweck, die freiheitliche Grundordnung unseres Gemeinwesens zu sichern, notwendig konvergiert. Die wirtschaftspolitischen Detailforderungen — z. B. „Umstellung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze" oder „Raumordnungspolitik, die für eine ausgeglichene regionale Wirtschaftsstruktur sorgt" und andere mehr — erweisen sich nämlich, sofern sie im gesamtgesellschaftlichen Interesse erfolgen sollen, nur dann als realisierbar, wenn im Staate selbst die Demokratie erhalten bleibt. Unter den Bedingungen der Massenproduktion ist der Grundsatz „Die Persönlichkeit des Arbeitnehmers und seine Menschenwürde sind auch am Arbeitsplatz zu achten. Seine Arbeit darf nicht als Ware gewertet werden" [3]) allein unter der Voraussetzung zu wahren, daß der Staat im ganzen entschieden demokratisch organisiert ist.

---

[1]) Das berühmte Machsche Prinzip der Denkökonomie — größtmögliche Wirkung bei kleinstmöglichem Aufwand — ergibt, angewandt auf qualitative Verhältnisse, genau das Schema dieses technischen Progresses.

[2]) Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, beschlossen auf dem außerordentlichen Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 21. und 22. November 1963 in Düsseldorf, S. 11.

[3]) Grundsatzprogramm des DGB, S. 18.

II

Dem demokratischen Aufbau einer auf Massenproduktion beruhenden Gesellschaft stehen jedoch interne strukturelle Tendenzen entgegen, von denen nun zu sprechen sein wird. Massenproduktion erfordert kostspielige Investitionen und Entwicklungsprogramme, deren Rentabilität durch Sicherung eines ausreichenden Absatzmarktes garantiert sein muß. Die Mittel für Investitionen und Entwicklungen sowie für die Eroberung oder Verteidigung eines Absatzmarktes können nur noch von kapitalstarken Unternehmen aufgebracht werden. Der technische Fortschritt erzwingt Zusammenarbeit und Konzentration, Marktabsprachen und Zusammenlegung von Betrieben. Die Reduktion der Gestehungskosten legt die Vereinigung von Zubringer- und Fertigungsindustrien nahe. Horizontale und vertikale Verflechtungen sind nicht zu vermeiden, ja im Sinne betriebswirtschaftlicher Rentabilität auch zu begrüßen. Sich um eines gesellschaftspolitischen Bildes willen, das von einem vergangenen Stadium kapitalistischen Unternehmertums geprägt wurde, gegen diesen Vorgang zu stemmen, wäre unsinnig und vergeblich. Das haben auch die Gewerkschaften unumwunden anerkannt. So erklärte Ludwig Rosenberg, der Vorsitzende des DGB: „Wir alle wissen, daß die moderne Technik und die internationale Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenhänge zu immer größerer Konzentration in der Wirtschaft zwingen. Nicht alle Konzentration, die wir heute wachsen sehen, ist wirtschaftlich sinnvoll und technisch notwendig. Aber es ist kein Zweifel, daß manche Konzentration durchaus dem Sinn und dem Wesen unserer modernen Wirtschaft entspricht. Wir sind keine Maschinenstürmer und widersetzen uns nicht dem, was sinnvoll ist" [4]). Die Modernität einer Wirtschaft und letzten Endes damit die Höhe des Lebensstandards einer Nation hängen von dem technischen Niveau der Produktion ab, das möglich ist und erreicht wird.

Zugleich spielen natürlich marktpolitische Gesichtspunkte im Weltmaßstab eine Rolle bei dem Vorgang der Konzentration. Ein internationaler Marktanteil kann auf die Dauer nur von Unternehmen entsprechender Größenordnung behauptet werden. Über die Grenzen hinweg werden großräumige Verflechtungen angestrebt — seit der Bildung der Montan-Union und dann der EWG haben diese wirtschaftlichen Formen der Zusammenarbeit sich auch politisch institutionalisiert. In einem gewissen Sinne ist damit an die Stelle der Konkurrenz bereits die Kooperation getreten. Jedoch auch außerhalb dieser politischen Organisationsformen bilden sich internationale Konzentrationen, sei es durch Kapitaleinstrom, Errichtung von Zweigbetrieben oder Lizenzvergabe. Das Ausmaß der wechselseitigen internationalen Beteiligungen ist heute kaum mehr zu übersehen. Insbesondere die Größtunternehmungen sind weit über den nationalen Rahmen hinausgewachsen. In der Bundesrepublik gibt es etwa fünfzig Einheiten dieser Ordnung, deren Beschäftigtenzahl jeweils zwanzigtausend übersteigt. Die von ihnen abhängigen Firmen vervielfachen diese Zahl. Hier sind aus den modernen Produktionsbedingungen Gebilde erwachsen, die soziologisch so etwas wie einen Staat im Staate darstellen. Die Wirtschaftspolitik, die von solchen Unternehmen betrieben wird, kann entscheidend für die Gesamtentwicklung des Staatswesens sein. „Das Schicksal von Millionen Arbeitnehmern und tausender abhängiger Firmen hängt von solchen Riesenunternehmen ab. Die Politik der Preisgestaltung und Marktaufteilung wird nur von dem Management dieser Betriebe allein bestimmt. Sie

---

4) Ludwig Rosenberg, Kundgebung Mitbestimmung der IG Chemie, Papier, Keramik am 6. Oktober 1965 in der kleinen Westfalenhalle in Dortmund, S. 5.

sind souveräner als eine Landesregierung unseres Bundesstaats, ja sie sind sogar souveräner als die Bundesregierung" [5]).

Die politischen Konsequenzen dieser Situation leuchten ein. Privatwirtschaftliche Entscheidungen und privatrechtliche Verpflichtungen, soweit sie von Unternehmen der obersten Größenordnung getroffen und eingegangen werden, präjudizieren die Maßnahmen des Staates im inneren wie nach außen. Internationale Konzernverflechtungen legen außenpolitische Bindungen fest, die vielleicht gar nicht zum Nutzen des Staates im ganzen sind, aber durch ihre gesamtvolkswirtschaftliche Bedeutung der Regierung einen bestimmten Weg vorschreiben. Der Staat wird auf diese Weise mit den Großunternehmen verflochten, er ist ein Staat der Konzerne; und der Bürger hat die Folgen zu tragen, die sich aus einer derart gesteuerten Bündnis- und Interventionspolitik, aus Kredit- und Investitionsabhängigkeiten ergeben. Wie weit diese Auswirkungen gesamtstaatlicher Art sich erstrecken, erhellt etwa aus dem Komplex der Entwicklungshilfe. Was im Rahmen von Entwicklungshilfeprogrammen von einzelnen Firmen in der Welt unternommen wird, tangiert ganz wesentlich die Außenpolitik des Landes; ja, diese wird notfalls als ein Instrument der Konzerninteressen eingesetzt. Das Engagement der USA in Mittelamerika, das schließlich zur Kuba-Krise führte, der Einfluß der großen Erdölgesellschaften auf die Weltpolitik, der zum Beispiel im vorderen Orient eine auf die Dauer höchst krisenhafte Entwicklung heraufbeschworen hat (Iran, Saudi-Arabien), sind Beweise dafür, wie Unternehmensinteressen die Außenpolitik von Staaten sichtbar lenken können; was unsichtbar und hinter den Kulissen vor sich geht, kann man sich unschwer vorstellen.

Damit ist der politische Aspekt dieser technologisch-ökonomischen Entwicklung ausgesprochen. War es nach klassischer bürgerlicher Staatslehre, wie sie vom Liberalismus und Neoliberalismus entwickelt wurde, die Aufgabe des Staates, die Rechtsordnung zu erhalten und zu schützen, die ein freies Spiel der Kräfte in der Wirtschaft garantierte, und darüber hinaus einseitige Verschiebungen des Gleichgewichts (etwa durch Monopolbildungen) zu verhindern [6]), so muß angesichts der neuen Schwerpunktbildungen in der Wirtschaft diese Funktion des Staates lahmgelegt werden. Vielmehr geriet der Staat in eine solche Abhängigkeit von den Entscheidungen der ökonomisch stärksten Potenzen, daß er praktisch nur noch diesen dienen kann. Denn der Einfluß der wirtschaftlich Mächtigen ist selbst dann größer als der der Staatsgewalt, wenn sie von sich aus gar nicht nach politischer Macht streben: einfach die gesamtvolkswirtschaftlichen (und damit politischen) Konsequenzen, die sich aus Entscheidungen des Managements von Betrieben, etwa in der Größenordnung der Farbwerke Höchst, ergeben, verleihen jeder dieser Entscheidungen eine unübersehbare Relevanz für den Staat im ganzen. Zum Beispiel Großinvestitionen in einem fremden Land oder der Kampf um einen ausländischen Markt haben notgedrungen ein bestimmtes außenpolitisches Verhalten zur Folge, setzen also zwangsläufig politische Akzente. Diese Entscheidungen unterliegen jedoch keinerlei Kontrolle durch die Betroffenen — und betroffen ist im weitesten Sinne die ganze Nation. Die parlamentarische Gesetzgebungsmaschinerie ist nur noch partiell bestimmend für die Geschicke des Gemeinwesens. Fundamentale Sektoren des öffentlichen Lebens werden von den Direktionszimmern der Konzerne aus geregelt — und es sei nochmals betont, daß

---

5) Wilhelm Gefeller, ebenda, S. 26.

6) Vgl. dazu die Bemerkungen von Eugen Kogon in: Die gesellschaftliche Bedeutung der Mitbestimmung, Frankfurter Hefte 1966, Heft 2, S. 81 ff.

dies ein zwangsläufiger Vorgang ist, der nicht mit moralischen, sozialethischen, sondern nur mit historisch-gesellschaftlichen Kategorien erfaßt werden kann.

III

Die letztgenannten Beispiele zeigen, wie weit einschneidende Maßnahmen der Staatsführung nicht nur bedingt werden durch die Interessen der Großunternehmen, sondern zugleich auch der demokratischen Kontrolle entzogen sind. In einem Krisenfalle wird ein Parlament gar nicht anders können, als den Schutz der Interessen engagierter eigener Staatsbürger (oder Firmen) gutzuheißen; wesentlich ist, daß es vorher keinen ausreichenden Einfluß auf den Umfang und die Art dieses Engagements hatte, so daß es in seinem Schritt, dem zweiten, durch den ersten Schritt, den es nicht getan hat, präjudiziert wurde. Jedes Großunternehmen eines Landes ist heute in der Lage, politische Kettenreaktionen auszulösen, ohne daß die Initialzündung irgendeiner öffentlichen Kontrolle unterworfen gewesen wäre. Es sei wiederholt: diese Tatsache ist die unausbleibliche Folge der technologisch-ökonomischen Entwicklung, weil die Konzentration von Produktionsmitteln die Akkumulation von Macht nach sich zieht. Die Struktur der bürgerlichen Demokratie hat sich von Grund auf verändert.

Für Deutschland heißt das: als die parlamentarische Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg wieder eingeführt wurde, waren die Voraussetzungen für ihr Funktionieren bereits nicht mehr gegeben. Darum haben die Schöpfer des Grundgesetzes (aus eigenem Antrieb und auch auf Anraten der Alliierten) in die Verfassung gewisse Formulierungen eingebaut, die die Entwicklung der formalen parlamentarischen Demokratie zu einem sozialen Rechtsstaat implizieren [7]). Die Zerschlagung der Konzerne lag auf der gleichen Linie, war jedoch ein ungeeignetes, weil unzeitgemäßes Mittel, dem der Gedanke einer Erhaltung politischer Formen zugrunde lag, die dem Gesellschaftszustand vor der Ausbildung der Massenproduktion entsprachen. Die Restituierung der alten oder die Bildung neuer Großunternehmen erfolgte darum auch rasch; sie mußte nach Lage der Dinge von der Bundesregierung auch guten Gewissens gefördert werden. Eine andere Sache ist, daß diese Förderung sich (zum Beispiel steuerpolitisch) zu einer offenkundigen und einseitigen Begünstigung auswuchs, die sachlich nicht mehr gerechtfertigt war; hieran wird die Beschaffenheit der Einfluß- und Machtverteilung im Staate ablesbar.

Damit kommen wir zum Ausgangspunkt zurück. Wir stellten fest, daß die Bewußtseinsverfassung des einzelnen in der Massengesellschaft [8]) eine verantwortliche Anteilnahme am öffentlichen Leben nicht mehr gestattet. Im besonderen gilt diese Feststellung nun für die Kontrolle des wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Lebens. Der Aufbau der Großunternehmen, ihre internationalen Verflechtungen und ihre Verstrickung in politische Beziehungen, überhaupt die Finanzgebarung des modernen Großbetriebs ist für den Staatsbürger nicht mehr überschaubar. Es mangelt ihm nicht nur an der Erkenntnismöglichkeit (Verschleierungstaktik der Geschäftsberichte und Bilanzen), sondern auch an der Erkenntnisfähigkeit. Die klassische Form der Demokratie, die, wie gesagt, die Urteilsbildung des Bürgers

7) Dieses staatsrechtliche Problem soll später gesondert behandelt werden. Es schließt die Frage des verfassungsmäßigen Spielraums gesellschaftspolitischer Entwicklungstendenzen ein.

8) Wir sprechen von Massengesellschaft, wenn wir die über der Basis der Massenproduktion entstandene Gesellschaft meinen.

voraussetzt, versagt mithin gegenüber den komplexen Vorgängen des modernen Wirtschaftslebens. Je weiter die Konzentration in einem Wirtschaftszweig fortgeschritten ist, desto weniger unterliegt er der öffentlichen Kontrolle. Praktisch hat das Management der Großunternehmungen die Gelegenheit zu unumschränkter Machtausübung (die auch bei Aktiengesellschaften durch die Jahresversammlungen der Gesellschafter nicht wesentlich eingeengt wird, weil diese, wie Beispiele belegen und wie es in der Anonymität der Aktiengesellschaften auch strukturell begründet ist, leicht manipulierbar sind). Die Aktivität der Großunternehmen begündet zwar politische Sachverhalte, vollzieht sich aber autonom in einem politisch nicht kontrollierten Bereich. Der Staatsbürger ist von der Einsicht in die Zusammenhänge ausgeschlossen. Andererseits muß er das Risiko mittragen; denn wirtschaftliche Fehlschläge solcher Unternehmen würden so schwerwiegende Folgen für die gesamte Volkswirtschaft haben, daß zunächst stets staatliche Stützungsaktionen vorgezogen werden. Von dem alten liberalen Unternehmerrisiko ist in dieser Größenordnung nichts mehr übrig geblieben.

Die Großunternehmen bleiben jedoch nicht nur deshalb von jeglicher demokratischer Kontrolle ausgenommen, weil der Staatsbürger nicht in der Lage ist, sich über ihre Tätigkeit ein klares Bild zu verschaffen; nicht nur deshalb, weil die bestehende Rechtsordnung den staatlichen Instanzen, selbst wenn sie wollten, kaum Möglichkeiten zu Eingriffen in die private Unternehmensführung bietet. Vielmehr läßt der Übergang zu supranationalen Verflechtungen und zur Unternehmenstätigkeit in weltweitem Rahmen institutionell gar keine parlamentarische oder staatliche Kontrollmöglichkeit mehr zu, da ja die Kompetenzen der politischen Organe auf nationaler Ebene enden. Gegenüber einer supranational organisierten Wirtschaft operiert jedes Parlament im luftleeren Raum. Das heißt: auch von dieser Seite her entwickeln die Wirtschaftsgebilde eine autonome Gesetzlichkeit und Handlungsfreiheit, die dazu führt, daß sich auf der obersten Stufe des Managements eine kleine oligarchische Schicht bildet, die bestimmenden Einfluß auf die Geschicke der Welt nehmen kann.

In diesem Sinne heißt es darum im gewerkschaftlichen Grundsatzprogramm: „Eines der charakteristischen Merkmale der modernen Industriegesellschaft ist der fortschreitende Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft, der in den Großunternehmen und Unternehmensgruppen zu einer Machtzusammenballung ungewöhnlichen Ausmaßes führt. Damit wächst die Gefahr des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht — zu wirtschaftlichen, aber auch zu politischen Zwecken — ständig. Der demokratische Staat hat die Pflicht, diesen Mißbrauch zu verhindern".

IV

Nun kann man ohne weiteres unterstellen, daß der Konzentrationsvorgang in der Wirtschaft eo ipso nicht zu einer demokratischen Form der Selbstorganisation des Wirtschaftslebens führt. Im Gegenteil. Die Häufung von Macht und Entscheidungsgewalt an der Spitze der Großunternehmen begünstigt die exzeptionelle Position der einzelnen an der Spitze der Unternehmen, nämlich der Eigentümer oder ihrer Sachwalter. Die Betriebe sind weitgehend nach dem Führerprinzip aufgebaut, die speziellen Interessen der Eigentümer überwiegen allgemeine Gesichtspunkte [9]).

[9]) Vgl. Helge Pross, Manager und Aktionäre in Deutschland, Frankfurt/M. 1965.

Im Falle eines Interessenkonfliktes zwischen privaten und allgemeinen Zielsetzungen werden die egoistischen Erwägungen der Eigentümer den Vorrang erhalten. Der Machtmißbrauch ist keine moralische Deformation, sondern liegt im System selbst begründet. Ihn zu konstatieren, ist darum keine Anklage gegen irgendeine Person, sondern die Beschreibung eines strukturellen Mangels, der durch strukturelle Änderungen behoben werden kann.

Die Neuzeit ist gekennzeichnet durch den Kampf des Bürgers um Teilhabe an der politischen Macht. Daß alle Macht vom Volke ausgeht und dem Volke gehört, ist der politische Inhalt der Idee der Freiheit. Im 19. Jahrhundert wurde die Demokratie zur Staatsform, in der diese Freiheit ihre institutionellen Garantien fand. Die technologisch-ökonomische Entwicklung führte nun jedoch einen Zustand der Machtkonzentration herbei, der gegenüber dem erreichten Status der Demokratie einen evidenten Rückschritt darstellt: nämlich die Ballung der Macht in der Hand weniger, unkontrollierter und unter den gegenwärtigen Bedingungen der Wirtschaftsverfassung unkontrollierbarer Individuen, die zudem mit dem Besitz der Macht prononcierte private Eigentumsbelange verbinden. Unter diesen Umständen ist der Staatsbürger mehr oder weniger hilflos dieser kaum faßbaren, hinter den Kulissen wirkenden Oligarchie ausgeliefert. Er wird zum Objekt ihrer Interessenmanipulationen, statt selbst freies und mithandelndes Subjekt des politischen Lebens zu sein. Er ist durch die Verhältnisse einer wesentlichen Qualität seines Menschseins beraubt. Darum ist die bestehende Wirtschaftsverfassung – unabhängig von den ökonomischen Erfolgen oder Mißerfolgen, die sie zeitigt — ihrem Wesen nach inhuman. Sie kann, wie die Erfahrung zeigt, zur „Verwertung von Menschenmaterial" führen, wie es etwa die Überstellung von Auschwitzhäftlingen an das Buna-Werk der IG-Farben beweist. Solche extremen Inhumanitäten sind prinzipiell möglich, ohne daß irgendeinem Industriekapitän persönlich die Absicht dazu unterstellt werden müßte; sie liegen im System. Nun, das war ein Extremfall. Doch gibt es aus der täglichen Praxis weniger alarmierende, aber nicht minder bezeichnende Beispiele in Fülle, daß der Arbeitnehmer — welchen Rang er in der Hierarchie auch einnehmen möge — wie ein dingliches Objekt betrachtet und behandelt wird. Und wo dieser Geist herrscht, ist die Inhumanität angesiedelt. Die aus dem Geist des Privatrechts geborene Regelung des Arbeitsverhältnisses, die unsere Gesellschaft beherrscht (wie auch immer sie im Arbeitsrecht modifiziert sein möge), reicht nicht aus, um dieser Gefahr zu begegnen, weil in ihr die Arbeitskraft in der Tat verdinglicht als Ware behandelt wird. Unter den Existenzbedingungen der Massengesellschaft versagt das formale Gleichheitsprinzip der liberalen Demokratie.

Es fragt sich also, wie das Organisationsprinzip einer Wirtschaft aussehen sollte, die auf dem Prinzip der Massenproduktion beruht. Man muß sich darüber im klaren sein, daß die immanente Tendenz zur Konzentration die Ausbildung einer Oligarchie begünstigt und also die inhumane Lösung des Strukturproblems der modernen Gesellschaft hervorbringt, wenn nicht humane Gegenkräfte eine praktikable demokratische Alternative entwickeln und durchsetzen. Dieser Automatismus liegt in der herrschenden Rechtsordnung eingeschlossen, die auf anderen Voraussetzungen als den heute gegebenen begründet ist, sie hat auf Grund der Eigentumsverhältnisse das Wirtschaftsleben einem privatrechtlich geregelten Funktionement unterworfen. Die Größenordnung der heutigen Unternehmen hat jedoch deren Stellung zur Öffentlichkeit qualitativ verändert, ihr Verhalten ist eine öffentliche Angelegenheit geworden; grundsätzlich bedurfte es darum einer öffentlich-rechtlichen Regelung der Wirtschaftsverfassung, die eine Mitwirkung

von Organen des Volkes an der Unternehmensführung verankert. Man könnte hier etwa das Beispiel kommunaler oder landeseigener Betriebe heranziehen, die (unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf Grund ihrer Besitzzugehörigkeit) der parlamentarischen Kontrolle unterworfen sind. Ebenso könnte man auch an die Anstalten des öffentlichen Rechts denken, die demokratisch zusammengesetzte Aufsichtsgremien besitzen. Dagegen wird eine auf absoluter privater Verfügungsgewalt beruhende Unternehmensstruktur stets die Gefahr eines Mißbrauchs der akkumulierten Macht im Dienste der privaten Interessen in sich bergen.

Der unaufhaltsame Fortgang des Konzentrationsprozesses in der Wirtschaft führt damit zur faktischen Aufhebung der staatsbürgerlichen Freiheiten, obwohl diese formal weiterhin gewährleistet bleiben. In einer gegenläufigen Bewegung wird die Demokratisierung des öffentlichen Lebens zunichte gemacht, die Errungenschaften des bürgerlichen Liberalismus gehen wieder verloren. Übrig bleibt die Eingliederung des Menschen in den totalen Wirtschaftsprozeß, der sich totalitär gegenüber allen anderen menschlichen Belangen verselbständigt hat [10]). Der Lauf der Dinge wird, sich selbst überlassen, unaufhaltsam in dieser Richtung weitergehen. Darum kommt es darauf an, eine schöpferische Antithese zu aktivieren.

V

Der einzige konstruktive Plan zu einer Bewältigung des Strukturproblems der modernen Gesellschaft wurde bisher von den Gewerkschaften in ihrem Mitbestimmungsprogramm vorgetragen. Zitieren wir noch einmal Ludwig Rosenberg: „Gelingt es uns nicht, ständig der Entwicklung der Technik und ihrer Konsequenzen Herr zu werden und zu bleiben, so werden wir tatsächlich Knechte und schließlich Opfer unserer eigenen Erfindungen sein und eine technisch vollendete Barbarei erleben, wie sie uns schon in furchtbarer Weise in der Form der modernen Diktatur bekannt ist. Das wäre dann das Ende der Freiheit, der Menschenwürde; und der Beginn eines Zeitalters, in dem die Technik zum Götzen wird, dem sich alles im Zeichen einer sinnlos gewordenen Jagd nach Produktionsziffern und immer mehr technischer Vollkommenheit als Selbstzweck unterwirft. Ein Ameisenstaat, in dem alles hervorragend geplant ist, alles wie am Schnürchen läuft — und der Mensch nur ein Teil einer Riesenmechanik geworden ist und alles verliert, was ihn zum Menschen und das Leben lebenswert macht. Dieser Entwicklung Herr zu werden, ist nur möglich, wenn man die ständige technische Revolution mit einer ständigen gesellschaftlichen Evolution verbindet" [11]). Indem der DGB nicht allein die humanitäre Lebensform der Arbeitnehmer anvisiert, sondern die Struktur einer humanen demokratischen Gesellschaft überhaupt, hat er die Identität der Interessen der Arbeitnehmerschaft mit denen der gesamten Nation hergestellt. Er ist in der Verfolgung der besonderen Zielsetzung der Gruppe von Menschen, die er vertritt, zum Träger der allgemeinen Zielsetzung aller Menschen geworden, die ihre Menschlichkeit und das heißt ihre Freiheit bewahren wollen. In einer Verteidigung der partikulären Unternehmerinteressen schrieb Jürgen Eick in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung": „Mit aller Deutlichkeit muß gesagt werden, daß Gewerkschaftsfunktionäre ihre Kompetenzen weit überschreiten, wenn sie

---

[10]) Daß das Bild der „Formierten Gesellschaft" in diese Richtung tendiert, ist unschwer zu erkennen und entlarvt den Pseudoliberalismus Prof. Erhards als ein in sich unstimmiges Klischee, hinter dem sich eine andere, wesentlich antiliberale und antisoziale Gesellschaftsidee verbirgt.

[11]) Ludwig Rosenberg, a.a.O., S. 7.

sich die Rolle eines Sachwalters des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit zusprechen ... Juristisch nennt man ein solches Verhalten Geschäftsführung ohne Auftrag oder Amtsanmaßung" [12]). Nun, dazu muß in aller Deutlichkeit gesagt werden, daß Herr Eick den historischen Prozeß nicht verstanden hat, in dem das besondere Interesse der Arbeitnehmervertretung ins allgemeine Interesse der Nation umgeschlagen ist. Wer die Verfügungsgewalt über das Ganze weiterhin insgeheim bei den sehr wenigen belassen will, die am Hebel der großen Eigentums- und Machtzusammenballungen sitzen, der handelt dem Allgemeininteresse entgegen.

Der Gedanke, daß heute die Gewerkschaften als Organisation der Arbeitnehmerschaft objektiv für die Allgemeinheit sprechen, mag zunächst ungewohnt erscheinen, sah man in ihnen doch bisher lediglich eine spezielle Interessenvertretung, wenn auch die einer sehr breiten Bevölkerungsschicht. Indem jedoch in der Entwicklung der ökonomischen Struktur der modernen Industriegesellschaft sich der Pluralismus der Machtverteilung, das System der „check and balances" auf den Gegensatz einer sehr kleinen Gruppe von Beherrschern riesiger wirtschaftlicher Machtkomplexe einerseits und der gesamten übrigen, ihrer demokratischen Rechte de facto beraubten Bevölkerung andererseits reduziert [13]), wird der Kampf der Gewerkschaften um die Erhaltung der Demokratie zum Anliegen aller: Auch die freischaffenden Berufe, die Angehörigen der Intelligenz, die Gewerbetreibenden, die Bauern werden dadurch in ihrer staatspolitischen Stellung und Funktion verteidigt, werden davor bewahrt, zum bloßen Instrument degradiert zu werden. Diesen Zusammenhang muß man sehen, wenn man die entscheidende Position der Gewerkschaften im Aufbau unserer Gesellschaft recht begreifen und die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit aller Bevölkerungsschichten mit den Gewerkschaften erkennen will.

Die Gewerkschaften haben als demokratische Konzeption einer Wirtschaftsverfassung das Programm der Mitbestimmung der Arbeinehmer aufgestellt, das im Aktionsprogramm 65 dahin zusammengefaßt wird: „Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und in der gesamten Wirtschaft muß die politische Demokratie ergänzen." In der Entschließung Nr. VI des 8. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall heißt es: „Die betriebliche Mitbestimmung ist durch eine überbetriebliche zu ergänzen. Regional gegliederte Gremien und ein entsprechendes Organ auf Bundesebene sollen unter paritätischer Beteiligung der Arbeitnehmer eine umfassende Kontrolle und Koordination in der Wirtschaft herstellen. Darüber hinaus ist in allen wirtschaftlichen Organen nach den Europäischen Verträgen eine gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmer zu garantieren". Diese Ausweitung der Mitbestimmung auf die gesamte Wirtschaftsplanung zeigt, daß es nicht mehr um die Verfechtung spezieller Belange wie Lohn-, Arbeitszeit- und Urlaubsfragen geht. Vielmehr soll die Demokratie jetzt an der Stelle verwirklicht werden, wo heute die Vorentscheidungen für das politische Geschehen fallen. Es gilt, die Autonomie der wirtschaftlichen Macht (die ja, wie gezeigt, immer auch eine politische ist) zu brechen und sie der Kontrolle und Mitbestimmung der gesamten Öffentlichkeit zu unterwerfen; das heißt, daß die Eigentumsverhältnisse unangetastet bleiben. Daß die Gewerkschaften sich nicht als bloße Vertreter ihrer Mitgliederschaft, sondern als Vorkämpfer der gesamten Öffentlichkeit fühlen, geht aus der Ankündigung Wilhelm Gefellers her-

12) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 9. XI. 1965, S. 1, „Furcht vor einem Gewerkschafts-Staat".

13) Vgl. dazu Helge Pross, Die neue Volksgemeinschaft — des Kanzlers „Formierte Gesellschaft". WDR, 30. 1. 1966. — Wolfgang Abendroth spricht in diesem Zusammenhang von „Oligopolen".

vor: „Im übrigen ist es für uns nicht entscheidend, nun alle diese Posten mit Gewerkschaftlern zu besetzen. Wir würden zum Beispiel auch Wirtschaftswissenschaftler oder geeignete Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben vorschlagen. Gerade davon versprechen wir uns sehr viel" [14]). Und weiter: „Es geht bei der Mitbestimmung um mehr als die Funktion einer einseitigen Interessenvertretung. Es geht uns auch darum, daß die Interessen der Allgemeinheit in den Unternehmen vertreten werden" [15]).

Man muß sich klar machen, worum es geht. Die Gewerkschaftsforderung ist weder umstürzlerisch noch unbillig. Sie ist vielmehr die Konsequenz daraus, daß die Strukturveränderungen der modernen Gesellschaft eine Verlagerung eines Teils der politischen Macht von den parlamentarischen und staatlichen Organen auf wirtschaftliche Unternehmen und Institutionen mit sich gebracht haben; diese Verlagerung hat die bisherigen Formen der Demokratie partiell wirkungslos gemacht. Es ist nun also die Aufgabe, neue Formen zu finden, wie die Mitwirkung des Volkes, von dem alle Staatsgewalt ausgehen soll, an den von ihm bisher nicht erfaßten wirtschaftlichen Gewalten sichergestellt werden kann. Wenn wir von der eingangs erläuterten Voraussetzung ausgehen, daß Demokratie ohne Urteilsfähigkeit des Bürgers nicht möglich ist, so leuchtet ein, daß der Weg über parlamentarische Institutionen zu keiner demokratischen Kontrolle des Wirtschaftsgebarens führen kann; denn der Wähler wüßte gar nicht, welche Sachentscheidung im Einzelfall sein parlamentarischer Vertreter, sein Abgeordneter zu fällen hätte, welche Sachgründe er dafür ins Feld führen könnte. Die Kontrolle und Mitgestaltung des Wirtschaftslebens muß aus der Sachkenntnis der Mitarbeit an Ort und Stelle entspringen. Weil die Interessen der Gewerkschaft gegenüber dem Unternehmer notwendig mit denen der Allgemeinheit gegenüber den Sonderbelangen des Eigentümers konvergieren — bei der Konstruktion einer paritätischen Besetzung der Mitbestimmungsgremien kann es gar nicht anders sein —, ist der Vorschlag einer gewerkschaftlichen Repräsentanz durchaus logisch, zumal die Gewerkschaften selbst deren Erweiterung auf Beteiligung der gesamten Öffentlichkeit anstreben. Dieser Vorschlag entspricht der tatsächlichen Interessengruppierung, die sich auf die Dualität von privatem Eigentümer der Machtmittel und öffentlicher Kontrolle ihres Gebrauchs reduziert. Man muß diesen Mechanismus des Gleichgewichts der Machtverteilung erkennen, um zu sehen, daß die Mitbestimmungsforderung nicht nur ein Kampf der Gewerkschaften um weiteren Einfluß, sondern in erster Linie eine gesellschaftspolitische Alternative zur Diktatur der Wenigen und zur Entmündigung des Staatsbürgers ist. Das Mitbestimmungsprogramm stellt nichts anderes als die Anwendung der Grundsätze der Demokratie auf die veränderte Gesellschaftsstruktur im Zeitalter der Massenproduktion dar. Nur diese positive Weiterentwicklung der demokratischen Gesellschaftsform verhindert den Umschlag in den autoritären Staat mit allen seinen Folgen.

Die Gewerkschaften sollten darum den Kampf um die Mitbestimmung nicht allein führen müssen. Die IG Metall hat gut daran getan, die Öffentlichkeit aufzufordern, an diesem Problem mitzudiskutieren; das gilt insbesondere für die Vorschläge zu konkreten Richtlinien für eine künftige Wirtschaftsverfassung. Wenn die Forderung nach einer Demokratisierung des Wirtschaftslebens auch der Erhaltung der politischen Demokratie dient, so ist es die Aufgabe aller, an ihrer Verwirklichung teilzuhaben.

14) Wilhelm Gefeller, a.a.O.
15) Wilhelm Gefeller, a.a.O.

Noch einmal müssen wir auf unseren Ausgangspunkt zurückkommen: Die vernunftgemäße Urteilsbildung ist die Voraussetzung der Demokratie. Aber die hier anstehenden Fragen entziehen sich weitgehend der Urteilsbildung des einzelnen Staatsbürgers. In diesem Augenblick bekommt der Einsatz der „Spezialisten für komplexe Sachverhalte und komplizierte Denkvorgänge", das heißt das Engagement der Intelligenz, eine entscheidende Funktion. Die Vertreter der Wissenschaft und der Publizistik haben in unserer Gesellschaft eine besondere Verantwortung, weil sie angesichts der zunehmend unübersichtlicher werdenden Erkenntnissituation so etwas wie das sachlich fundierte Gewissen der Nation darstellen müssen. Angesichts des Versagens der deutschen Wissenschaftler im Hitler-Reich hat Viktor von Weizsäcker dieses Problem gleich nach dem Kriege angeschnitten [16]). Betont zu dieser Gewissensfunktion bekannt haben sich die Atomwissenschaftler, die seinerzeit die Göttinger Erklärung unterzeichneten. Aus dem gleichen Geiste wurde die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler gegründet. Der Aufruf der 44 Professoren im Jahre 1958 an die Gewerkschaften, der atomaren Bewaffnung zu widerstehen, und der Appell der 215 Professoren im Jahre 1965, sich gegen die geplante Notstandsgesetzgebung zu Hütern der Verfassung zu machen, zeigen bereits den weiteren Weg an. Recht verstanden geht es auch jetzt um die gleiche Frage: nämlich die Erhaltung der Demokratie gegen eine Entwicklung, die das Ende einer freiheitlichen Staatsform bedeuten müßte und in der die Notstandsgesetzgebung nur den staatlichen Aspekt eines umfassenderen Konzentrationsprozesses gesellschaftlicher Macht abgibt. Die geplante Notstandsverfassung und das Programm der „Formierten Gesellschaft" sind nur zwei Seiten ein und derselben Tendenz zur Entmachtung des Staatsbürgers und zur Aufhebung der staatsbürgerlichen Freiheiten. Die Mitbestimmung würde dagegen die Macht des Staatsbürgers stärken und seine Freiheiten bewahren helfen. Sie ist die demokratische Antwort auf die Strukturprobleme, die durch den technisch-ökonomischen Prozeß aufgeworfen werden.

Angesichts der Unselbständigkeit und Unwesentlichkeit, zu der die Bewußtseinsinhalte des einzelnen im Zeitalter der Massenproduktion herabgedrückt zu werden drohen (und weitgehend, aber nicht unwiderruflich bereits herabgedrückt sind), kommt der Intelligenz jene besondere Verpflichtung zu (von der schon Max Weber und Karl Mannheim sprachen), aus der Erkenntnis der Interessen der Allgemeinheit verantwortlich für diese zu sprechen. Haben sich die Gewerkschaften aus der übergreifenden Identität spezieller und allgemeiner Interessen zu Trägern des demokratischen Prinzips gemacht, so könnten die Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten sich zu seinen Wortführern machen. Denn gegen den Automatismus der Konzentrationsbewegung bedarf es der Anstrengung aller Kräfte, um die Gesellschaft von heute und morgen demokratisch offen zu halten. Die Freiheit ist noch keinem in den Schoß gefallen, sie muß immer neu errungen werden.

---

16) Die Verantwortung der Wissenschaft, Frankfurt/M. 1947.

Prof. D. Dr. Dr. Ernst Wolf

„Politischer Gottesdienst"

Zum 80. Geburtstag des „Politikers" Karl Barth

I

Man hat immer wieder in kirchlichen und auch in außerkirchlichen Kreisen Karl Barth als einen „politisierenden" Theologen zu kennzeichnen und damit zugleich auch abzuwerten versucht, vielfach in der Meinung, daß die Beschäftigung mit Politik sich eigentlich für einen Theologen, der es mit dem „Jenseits" sozusagen beruflich zu tun habe, nicht recht schicke. Man hat sich dieses eigentümliche und auffällige Verhalten von Karl Barth dann vielfach ideologisch zu erklären versucht, als Ausdruck einer von den Lutheranern vielfach mit sehr deutlichen Worten verabscheuten „westlichen" Demokratie kalvinischer Herkunft, die die Göttlichkeit des Staates und die Verschiedenheit der beiden Regimente, des weltlichen und des geistlichen, nicht respektiere, sondern mit der Proklamation der Königsherrschaft Christi das Evangelium selbst ganz unmittelbar auch zur Norm politischer Entscheidungen mache. Von daher hat man es ihm im besonderen verübelt und zugleich als bedenkliche Konsequenz einer als „links" interpretierten „dialektischen Theologie" hingestellt — ein Bonner Kollege sprach töricht von der „Modetheologie der liberalistischen Verfallszeit" —, daß er es irgendwie mit den „Sozialisten", insbesondere auch mit den „religiösen Sozialisten" gehalten habe und dann gar als Professor in Deutschland der SPD beigetreten sei. Das ist fast selbstverständlich für die Vertreter des weit verbreiteten, im Untergrund auch leicht antisemitisch gefärbten „Pastoren-Nationalismus", den kürzlich K. W. Dahm in seiner Untersuchung „Pfarrer und Politik" (1965) gut, wenngleich etwas zu zurückhaltend analysiert hat. Gerade von diesem nur ideologischen Nationalismus her mußte man auch alles andere dann ideologisch auffassen und verstehen und hatte von da aus kein rechtes Gespür dafür, daß man z. B. innerhalb der parteipolitischen Strukturen der modernen Gesellschaft auch völlig unideologisch diese oder jene Position beziehen könne. In bezug auf die SPD hat Karl Barth das — in gewissem Unterschied zu Paul Tillich und dessen religiösem Sozialismus — sehr eindeutig getan und selbst zu Beginn des Jahres 1933 angesichts der Aktionen des Nationalsozialismus zur sogenannten Wiederherstellung des Berufsbeamtentums eindeutig ausgesprochen. Er schrieb damals am 4. 4. 1933 an den Reichserziehungsminister: „Ich gehöre aus praktisch-politischen Gründen der Sozialdemokratischen Partei an. Mit meiner Lehrtätigkeit hat dies insofern nichts zu tun, als diese allein durch das Bekenntnis der evangelischen Kirche bestimmt und gebunden ist... Ich könnte aber auch eine Aufforderung zum Austritt aus der SPD als Bedingung der Fortsetzung meiner Lehrtätigkeit nicht annehmen, weil ich von der Verleugnung meiner politischen Gesinnung, bzw. von der Unterlassung ihrer offenen Kenntlichmachung, die dieser Schritt bedeuten würde, weder für meine Zuhörer,

noch für die Kirche, noch auch für das deutsche Volk etwas Gutes erwarten könnte." Zwei Tage vorher hatte er an Tillich geschrieben: „... Zugehörigkeit zur SPD bedeutet für mich nicht das Bekenntnis zur Idee und Weltanschauung des Sozialismus. Ich kann mich nach meiner Auffassung von der Exklusivität des christlichen Glaubensbekenntnisses zu keiner Idee noch Weltanschauung in ernsthaftem Sinne ‚bekennen'. So habe ich auch zum ‚Marxismus' als solchem kein innerlich notwendiges Verhältnis. ... Ich kann ihm als Idee und Weltanschauung weder Furcht noch Liebe noch Vertrauen entgegenbringen. Die Zugehörigkeit zur SPD bedeutet für mich schlechterdings eine praktische politische Entscheidung. Vor die verschiedenen Möglichkeiten gestellt, die der Mensch in dieser Hinsicht hat, halte ich es rebus sic stantibus für richtig, die Partei 1. der Arbeiterklasse, 2. der Demokratie, 3. des Nichtmilitarismus und 4. einer bewußten, aber verständigen Bejahung des deutschen Volkes zu ergreifen. Diese Erfordernisse einer gesunden Politik sah ich in der SPD und nur in ihr erfüllt. Darum wähle ich diese Partei. Und weil ich die Verantwortung für die Existenz dieser Partei nicht anderen überlassen, sondern selbst mit übernehmen will, darum bin ich ihr Mitglied. Ich könnte diese Entscheidung grundsätzlich auch in noch aktiveren Formen betätigen. Bis jetzt meinte ich, dazu weder das Zeug, noch die Zeit, noch den Ruf zu haben, und ich vermute bestimmt, daß es auch in Zukunft dabei bleiben wird. Ich könnte mich freilich auch nicht darauf festlegen, daß es dabei bleiben muß ... Treffen könnte mich nur ein Verbot, die sozialistische Idee an der Stelle, wo auch ich sie zur Sprache zu bringen habe (in der theologischen Ethik), in aller Freiheit, d. h. ohne Rücksicht darauf, daß der gegenwärtige Staat der nationalistischen Idee den Vorrang gibt, bestimmt allein durch das theologische Thema, in Erwägung zu ziehen und in ihrer relativen kritischen Bedeutung zur Geltung zu bringen. Wenn man mir dies untersagen sollte, müßte ich mich widersetzen und die Konsequenzen auf mich nehmen ... Umgekehrt ist nun gerade die Freiheit zur rein politischen Entscheidung, Stellungnahme und ev. Betätigung der Punkt, auf den für mich alles ankommt. Die Freiheit, bzw. der bestimmte Gebrauch, den ich von ihr mache, indem ich mich vor Gleich- und Andersdenkenden, vor meinen Kollegen und Studenten, vor den Männern der Kirche und vor meinen theologischen Lesern und vor wem immer, den es interessieren mag, zur SPD stelle und mich als SPD-Mann ansprechen lasse — das gehört (im Unterschied zur Idee des Sozialismus) zu meiner Existenz, und wer mich so nicht mehr haben will, der kann mich überhaupt nicht haben. Ich könnte mir selbst und anderen auch als Theologe nicht mehr glaubwürdig sein, wenn ich mir in dieser bürgerlichen Beziehung eine andere Entscheidung aufdrängen ließe als diese, die meiner Überzeugung in politischer Beziehung entspricht. Sie verstehen mich: gerade weil ich im Unterschied zu Ihnen keine Rückzugslinie zu einem esoterischen Sozialismus habe. Der meinige ist nur exoterisch, und gerade darum kann ich auf das Parteibuch nicht verzichten ... Einem bloßen Rat und vor allem einer Forderung des heutigen Staates gegenüber werde ich bei meiner Entscheidung bleiben müssen ... Er kann viel, dieser Staat, er kann z. B. nach Gutdünken pensionieren und absetzen, er kann aber nicht alles, er kann z. B. nicht einen freien Mann zwingen, seinetwegen ein anderer zu werden. Ich sage das ohne Heldentrotz und Märtyrerlust. Es geht eben nicht ... Ich will Ihnen sogar gestehen, daß ich wohl wünschte, es möchte in Deutschland noch einige andere freie Männer mit einigem Namen geben, die so dran wären, daß sie in bezug auf dieses arme, kleine Parteibuch dabei bleiben müßten: es geht eben nicht. Aber da wird nun jeder seiner Voraussetzung entsprechend handeln müssen.

Und ich sehe vollkommen ein, daß Ihre Voraussetzung Sie in dieser Sache zu einem anderen Ergebnis führen muß. Ich werde an Ihnen also nach wie vor nur das tadeln, daß Ihre Voraussetzung nicht auch in einer ordentlichen Theologie (ohne esoterischen Sozialismus) besteht."

Ist mit alledem zunächst nur ein grundsätzliches Verhältnis des Theologen zur Politik umschrieben und zugleich seine Auffassung des politischen Handelns, als eines nüchternen und zweckbestimmten Geschäftes menschlicher Vernunft, so erfolgt die von da aus mögliche, aber noch nicht eingetretene Aktivierung dieser Einstellung bei Karl Barth auf einem eigentümlichen, aber völlig sachgerechten Umweg. Dieser hängt mit der durch den Aufbruch des Dritten Reiches herbeigeführten oder, besser gesagt, schließlich ausgelösten großen und tiefgreifenden Auseinandersetzung innerhalb des deutschen Protestantismus zusammen, die sich dann später in dem Gegenüber von „Deutchen Christen" und „Bekennender Kirche" spiegelte. Angesichts des Vorstoßes der „Deutschen Christen", die Evangelium und nationalsozialistische Ideologie in einem zum Inhalt der Verkündigung machen wollten und sich anschickten, vor den angeordneten Kirchenwahlen von 1933 sogar von Hitler selbst öffentlich unterstützt, die Kirchenleitung zu erobern, sah sich Karl Barth zu jener Schrift gedrängt, die für die folgenden Jahre die Grundlage des kirchlichen Widerstandes geworden und geblieben ist: „Theologische Existenz heute!" Er hat diese Schrift auch alsbald am 1. Juli 1933 an Hitler selbst geschickt mit der Bemerkung, es sei ihm klar, „daß die scharfe Ablehnung der sogenannten ‚Deutschen Christen', auf die der Leser dieser Schrift an bestimmter Stelle stößt, Ihrer Auffassung und Ihren Überzeugungen nicht entsprechen kann. Die evangelische Theologie muß auch im neuen Deutschland unerbittlich und unbekümmert ihren eigenen Weg gehen." Auf den Inhalt und die Tragweite dieser Schrift kann hier nicht näher eingegangen werden. Karl Barth meinte später, er habe eigentlich in dieser Aufforderung zur „Sache" der Kirche „nichts Neues zu sagen" gehabt, sondern eben das, was zu sagen er sich immer bemüht habe: „Daß wir neben Gott keine anderen Götter haben können, daß der Heilige Geist der Schrift genügt, um die Kirche in alle Wahrheit zu leiten, daß die Gnade Jesu Christi genügt zur Vergebung unserer Sünden und zur Ordnung unseres Lebens. Nur daß — so fährt er fort — ich eben dies nun auf einmal in einer Situation zu sagen hatte, in der eben dies nicht mehr den Charakter einer akademischen Theorie haben konnte, sondern, ohne daß ich es wollte und dazu machte, den Charakter eines Aufrufs, einer Herausforderung, einer Kampfparole, eines Bekenntnisses bekommen mußte. Nicht ich habe mich verändert: es veränderte sich aber gewaltig der Raum und die Resonanz des Raumes, in dem ich zu reden hatte. Die konsequente Wiederholung jener Lehre (die Barth schon vorher vertreten hatte) wurde gerade in ihrer gleichzeitig vollzogenen Vertiefung in diesem neuen Raum von selbst zur Praxis, zur Entscheidung, zur Handlung. So stand ich eines Tages zu meiner eigenen Überraschung zunächst mitten in der Kirchenpolitik, in der Mitarbeit an den Beratungen und Entschließungen der seit 1934 sich sammelnden ‚Bekennenden Kirche'. ... Es konnte nicht anders sein — obwohl viele in der Bekennenden Kirche dies bis heute nicht einsehen und wahrhaben wollen —, als daß eben dies im Raume des Nationalsozialismus nicht nur eine ‚religiöse' nicht nur eine kirchenpolitische, sondern ipso facto auch eine politische Entscheidung bedeutet: die Entscheidung gegen einen Staat, der als totaler Staat eine andere Aufgabe, Verkündigung und Ordnung als seine eigene, einen anderen Gott als sich selbst nicht anerkennen kann und der darum, je mehr er

sich entfaltete, um so mehr auch zur Unterdrückung der Kirche als solcher, um so mehr auch zur Beseitigung alles menschlichen Rechtes und aller menschlichen Freiheit auf allen Gebieten übergehen mußte. Hinter der in die Kirche eingedrungenen Häresie stand von Anfang an und trat dann bald heraus als der viel gefährlichere Gegner: der anfangs auch von so vielen Christen als Befreier und Erretter begrüßte Hitler, der Nationalsozialismus selbst ... und Europa versteht die Gefahr nicht, in der es steht. Warum nicht? Weil es das Erste Gebot nicht versteht, weil es nicht sieht, daß der Nationalsozialismus die bewußte, prinzipielle und systematische Übertretung eben des Ersten Gebotes bedeutet. ... So kam es von selbst, daß ich auch in der Schweiz um der Erhaltung der rechten Kirche und des rechten Staates willen in meinem Gegensatz zum Nationalsozialismus verharren mußte ..." (Evang. Theologie 8, 1948/49, S. 293; 1946 hat Karl Barth diesen Hinweis auf das Erste Gebot gesprächsweise Pieck und Ulbricht gegenüber wiederholt.) Sehr rasch hat also, und so scharfsichtig wie damals nicht allzu viele Leute in Deutschland, Karl Barth von der scheinbar nur innerkirchlichen Auseinandersetzung aus auf der Grundlage seiner theologischen Position das Wesen des Nationalsozialismus durchschaut und die christliche Verpflichtung verspürt, ihm auch aktiv und gerade nicht als einer Ideologie, sondern in seiner politischen Wirklichkeit entgegenzutreten. Dabei hat er immer wieder die Widerstände in dem traditionsbeladenen, durch Jahrhunderte hindurch zu einer fast absoluten Obrigkeitshörigkeit erzogenen deutschen Protestantismus und speziell einer lutherischen Staatstheologie verspüren müssen, die es als eigentlich christlich empfand, im Ertragen staatlichen Unrechts bis zum Äußersten zu gehen, ja, die prinzipiell bereit war, in jedem staatlichen Wesen zumindest noch einen Rest von göttlicher Ordnung anzuerkennen. So formulierten damals namhafte lutherische Theologen gegenüber der Barmer Theologischen Erklärung vom Mai 1934: „Als Christen ehren wir mit Dank gegen Gott jede Obrigkeit, selbst in der Entstellung", und erklärten, sie dankten „als glaubende Christen Gott dem Herrn, daß er unserem Volke in seiner Not den Führer als ‚frommen und getreuen Oberherrn' geschenkt hat und in der nationalsozialistischen Staatsordnung ‚gut Regiment' ... bereiten will."

II

Die Barmer Theologische Erklärung, um die herum sich allmählich die Bekennende Kirche zugleich als selbstkritische innerkirchliche Bewegung scharte, hat in ihrer fünften These jenes alles politische Handeln des Protestantismus hemmende Tabu einer lutherischen Staatsmetaphysik vor Augen und sie mit einigen prinzipiellen Sätzen in grundlegender Weise aus dem Wege geräumt. Haben sich diese Sätze mit den aus ihnen folgenden Konsequenzen zwar in der Folgezeit und nach dem Ende des Krieges noch nicht völlig durchgesetzt, so bedeuten sie fraglos in der Geschichte deutschen protestantischen Staatsdenkens den Durchbruch nach vorn und die grundsätzliche Ermöglichung dazu, die Aufgabe der Gestaltung eines demokratischen Rechtsstaates auch als einen christlichen Auftrag zu verstehen und zu bejahen. Denn mit diesem Satz geschieht nicht weniger, als daß anstelle einer durch den Gedanken der Macht und der unmittelbar von Gott abgeleiteten Autorität bestimmten „theonomen Obrigkeit", der gegenüber es nur Untertanen, aber nicht Bürger gibt, nunmehr der Staat als eine menschliche Wirkungseinheit hingestellt wird, der in einem Raum in höchster Instanz die Wahrung von Ordnung und Frieden aufgetragen

ist. Jene fünfte Barmer These lautet: „Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und der Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt."

Ich bin dessen nicht ganz sicher, ob damals, bei der Formulierung der fünften These, schon die ganze Tragweite dieser Sätze wirklich deutlich gewesen ist, auch für Karl Barth selbst. Aber er hat zumindest sehr stark empfunden, wie hier der Staat nicht mehr als eine nahezu vergöttlichte metaphysische Größe begriffen wird, sondern, indem nach seinem Zweck gefragt ist, als ein in steter Bewegung und Neugestaltung befindlicher Lebensprozeß, auf dessen Verwirklichung das politische Handeln als ein verantwortliches, ethisch gebundenes und begrenztes Handeln gerichtet ist. Das Ja dazu bedeutet die grundsätzliche Lösung von einer traditionellen christlichen Staatsideologie, auch von dem Ideal eines „christlichen Staates" und in letzter Konsequenz auch, was Barth nach 1945 immer wieder deutlich gemacht hat, von einer „christlichen" Partei, bei der ein ererbtes patriarchalisches Staatsverständnis sich zumindest hintergründig sträubt gegen die Demokratie als politische Lebensform eines freiheitlichen Rechtsstaates. Hatte der Protestantismus nach 1918 die angebotene Möglichkeit einer rechtsstaatlichen Demokratie im großen ganzen verspielt, so öffnet die fünfte Barmer These, jedenfalls nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes und für alle die, die diesem mit prinzipiellen Erwägungen und daraus folgenden Handlungen Widerstand zu leisten versuchten, den Weg in eine sachgemäße Wahrnehmung der aufgetragenen Mitsorge des Christen für das Leben der Gesellschaft in staatlicher Verfaßtheit, kurz gesagt zur Teilnahme an echter politischer Gestaltung der modernen Gesellschaft. Gerade nach den Jahren, in denen Barth auch von Basel aus in diesem Sinne zu wirken versucht hatte, hat er selbst in einem Brief an deutsche Theologen in der Kriegsgefangenschaft vom Juli 1945 bemerkt:

„Jawohl, das sagt uns die Schrift, und eben darin ist die deutsche Kirche vor dem Krieg und schon lange, lange vor Hitler dem deutschen Volk und Staat Entscheidendes schuldig geblieben, daß sie ihm die Erinnerung an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und der Regierten nicht so zum Ereignis gemacht hat, wie sie es nach der Schrift des Alten und Neuen Testaments hätte tun müssen" (E. Wolf, Karl Barth zum Kirchenkampf, Ev. Theol. 49, 1956, S. 95). Und von da aus bestimmte er dann ein Jahr später gelegentlich einer Befragung Politik als den „Bereich, in welchem (laut Barmer Erklärung These V) auf Grund göttlicher Anordnung ‚nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens' für Recht und Frieden zu sorgen ist. Sie ist übrigens der Bereich, in welchem die Christen mit Nichtchristen und den Christen anderen Bekenntnisses zusammentreffen und zusammenarbeiten müssen. In der Politik muß es sich also ohne Gebrauch explizit gemachter biblischer und theologischer Argumente zeigen, daß der Christ von biblischen und theologischen Erkenntnissen herkommt und von daher ‚nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens'

— auf der Ebene sachlicher Überlegungen und Entschließungen also, auf der er ja notorisch auch in anderer Hinsicht lebt! — im Blick auf die konkreten und konkretesten Fragen des Gemeinwesens klarer zu denken, deutlicher zu reden, bessere Vorschläge zu machen, begründeter zu wählen und sich zu entscheiden weiß als seine von anderswo herkommenden Mitbürger. Die mir vorgehaltene Enthaltsamkeit hinsichtlich ‚tiefsinniger' Voraussetzungen und Begründungen ist also nicht nur pädagogisch gemeint, sondern gehört gerade zu dem Grundsätzlichen, was der christliche Deutsche hinsichtlich der Wahrnehmung seiner politischen Verantwortlichkeit etwa vom christlichen Engländer lernen könnte und sollte und was ich ihm als christlicher Schweizer hiermit herzlich empfehlen möchte ... Das politische Leben in Deutschland krankt an dem Überfluß von Metaphysik, der von allen Seiten in diesen praktischen Bereich hineingetragen wird ... Jedes Volk hat sein Lebensrecht und die Pflicht, sich dafür einzusetzen. Das Ziel eines einigen, freien und starken Deutschlands war und ist kein falsches Ziel. Es gab aber in der deutschen Geschichte einige falsche Weichenstellungen ..., wo in Erstrebung jenes Ziels außenpolitisch die Macht dem Recht in so bewußter, so grundsätzlicher Weise vorgeordnet und wo innenpolitisch die Verantwortlichkeit der einzelnen Bürger so bewußt, so grundsätzlich vernachlässigt, ja unterdrückt wurde, daß eine Tradition entstehen konnte, die (unter dem Beifall und der Mitwirkung ihrer berufensten Vertreter!) schließlich mühelos ins Hitlerreich hinüberführen konnte. Es geht heute ... um die Umkehr von dem verhängnisvollen Weg und Geist jener Tradition" (Vier Fragen an Karl Barth und seine Antwort, Nachrichtendienst der Pressestelle der Evangelischen Kirche der Rheinprovinz 13, 10. 8. 1946).

In der weiteren Diskussion dieser grundsätzlichen und für den „Politiker" Karl Barth besonders kennzeichnenden Sätze hat er dann seinerseits auch Vorschläge zu einer Verbesserung der fünften Barmer These gemacht. Sie zeigen, wie der Ansatz festgehalten wird, wie aber seine Weiterführung nach vorwärts nach einer intensiven Klärung verlangt. So sollte z. B. deutlicher gesagt werden: „Im Notfall unter Androhung und Ausübung von Gewalt". Denn Barth will sich dagegen verwahren, daß etwa gemeint sei, es gehöre zum Wesen des Staates, Gewalt zu üben, sondern dies komme ihm nur im äußersten Notfall zu. „Die Gewaltanwendung ist ein äußerster Grenzfall." Auch die Aufgabenbestimmung, „für Recht und Frieden" zu sorgen, müsse erweitert werden: „Der Staat hat dem Gemeinwohl zu dienen und also für Recht, Frieden und Freiheit zu sorgen." (Dieser schöne Begriff der Freiheit hat 1934 gefehlt!) Zugleich macht er in einleuchtender Weise klar, warum der Christ als Christ auch zu politischem Handeln verpflichtet ist. Dies einzusehen, ist auf Grund der jahrhundertelangen Erziehung des deutschen Protestanten zu politischer Karenz nicht ganz einfach; er hielt von der frühchristlichen Überlieferung an dem eindeutig formulierten, auch im sogenannten Toleranzedikt des Galerius von 311 den Christen auferlegten Gebet für die Obrigkeit fest. Er hat zugleich aber die grundlegende Stelle in 1. Timotheus 2,1 („... Bitte, Gebet, Fürbitte und Danksagung für alle Menschen, für die Könige und für alle Obrigkeit, auf daß wir ein ruhiges und stilles Leben führen mögen ..."), die übrigens sich eng an traditionelle heidnische Voten anschließt, die auf die salus publica und damit auch auf das Wohl des Einzelnen gerichtet sind, als Ausdruck einer staatsfernen „unpolitischen" Loyalität der Christenheit interpretiert. Ihm sagt nun Karl Barth: „Wo ich bete, mache ich mich für die obrigkeitlichen Personen verantwortlich. Und jetzt ist es nur noch ein kleiner Schritt, da muß ich anerkennen: ich bin selber auch eine

obrigkeitliche Person. Diese ganze Sache ist gar nicht eine Angelegenheit anderer Personen, sondern tua res agitur. Und darum jetzt der Begriff der Verantwortung der Regierenden u n d d e r R e g i e r t e n" (Protokoll eines Gesprächs der Kirchlichen Bruderschaft in Württemberg mit Karl Barth, Basel, 15. Juli 1963).

Diese prinzipiellen Erkenntnisse werden nach 1934 dann in rascher Folge immer kräftiger ausgebaut. Es gibt so etwas wie theologisch-politische Traktate Barths im strengen Sinn des Wortes. Dazu gehört in erster Linie die Broschüre „Rechtfertigung und Recht" von 1938, die nicht nur nach 1945 zu einem völlig neuen und intensiven Gespräch innerhalb des deutschen Protestantismus zur Frage der Rechtsproblematik und zur Grundlegung eines beginnenden spezifisch protestantischen Rechtsdenkens geführt hat, sondern in der vor allem auch das Verhältnis von Macht und Recht im Sinne ihrer Zuordnung auf einen demokratischen Rechtsstaat hin näher bestimmt wird. Von einer grundsätzlichen Sicht des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat her, die, was ja der abendländischen Tradition völlig entspricht, von der Kirche aus besonderes Licht auf den Staat fallen läßt, bei allem Abstand zwischen beiden, heißt es, „daß die Christen irdischen Staat nicht nur erdulden, sondern wollen müssen, und daß sie ihn ... nur als Rechtsstaat wollen können: daß es also ein äußeres Entfliehen aus jenem anderen, dem politischen Bereich, nicht gibt, daß sie, indem sie ganz in der Kirche, ganz auf die zukünftige Polis ausgerichtet sind, ebenso ganz in Schuld und Verantwortung auch der irdischen Polis verfallen und verpflichtet, ebenso ganz zum Arbeiten und (es sei denn!) zum Kampf wie zum Gebet für sie aufgerufen sind, daß für den Charakter des Staates als Rechtsstaat ein jeder von ihnen mit haftbar ist." Das entspricht auch der abendländischen Tradition, dem Umstand, daß es kein Zufall ist, „daß es gerade im Bereich der christlichen Kirche im Lauf der Zeit zu ...‚demokratischen', d. h. auf der verantwortlichen Betätigung aller Bürger sich aufbauender Staaten gekommen ist. Kann ein ernsthaftes Gebet auf die Länge ohne die entsprechende Arbeit bleiben?" (Eine Schweizer Stimme. 1945, 53 S. f.). Gerade das gehört zum „politischen Gottesdienst", von dem Barth noch etwas ausführlicher in seinen Giffurd-Vorlesungen „Gotteserkenntnis und Gottesdienst nach reformatorischer Lehre" (1938) spricht. „Politischer Gottesdienst", um den es hier geht, das ist lediglich die Antwort auf die vorhin zitierte Frage: „Kann ein ernsthaftes Gebet auf die Länge ohne die entsprechende Arbeit bleiben? Kann man Gott um etwas bitten, das man nicht in den Grenzen seiner Möglichkeiten herbeizuführen im selben Augenblick entschlossen und bereit ist? Kann man also beten, daß der Staat uns erhalten, und zwar als Rechtsstaat erhalten bleiben oder zum Rechtsstaat wieder werden möchte, ohne sich in eigener Person, in eigener Besinnung und mit eigener Tat dafür einzusetzen, daß dies geschehe, ohne mit der schottischen Konfession (1560) den ernstlichen Willen zu haben und zu bekennen: vitae bonorum adesse, tyrannidem opprimere, ab infirmioribus vim improborum defendere (das Leben der Guten zu fördern, Tyrannis zu unterdrücken, von den Schwächeren die Gewalt der Bösen abzuwehren) ..." In dieser Vorlesung hat Karl Barth, wiederum eine Neuerung im neueren Protestantismus, dann auch die grundsätzlichen Fragen eines möglichen und unter Umständen sogar gewaltsamen Widerstandes gegen das, was man später den „Unrechtsstaat" nannte, erwogen, also jene Fragen erörtert, mit denen sich, in ihrem letzten Stadium vor allem, die Bewegung eines politisch-militärischen Widerstandes im Dritten Reich besonders mühsam herumschlug. Bei Barth wiederum grundsätzliche politische Erkennt-

nisse und Entscheidungen, die unter bestimmten Umständen zur Realisierung drängen. In der Auslegung des 14. Artikels der Schottischen Konfession von 1560, der es zu den „guten Werken" des Christen nach der zweiten Tafel der Zehn Gebote zählt, im Dienst des Nächsten auch „tyrannidem opprimere", Tyrannei zu unterdrücken, erklärte Barth: „Es kann uns der Gehorsam — nicht gegen die politische Ordnung, aber gegen ihre konkreten Vertreter zur Unmöglichkeit werden, wenn wir gleichzeitig den Glauben und die Liebe festhalten wollen. Es könnte sein, daß wir diesen und diesen Machthabern nur noch im Ungehorsam gegen Gott und dann faktisch auch im Ungehorsam gegen die politische Ordnung gehorsam sein könnten. Es könnte sein, daß wir es mit einer Regierung von Lügnern und Wortbrüchigen, Mördern und Brandstiftern zu tun hätten, mit einer Regierung, die sich selbst an die Stelle Gottes setzen, die die Gewissen binden, die Kirche unterdrücken und sich selber zur Kirche des Antichristen machen wollte. Es könnte dann offenbar sein, daß wir nur noch wählen könnten: entweder im Ungehorsam gegen Gott den Gehorsam gegen diese Regierung oder im Gehorsam gegen Gott den Ungehorsam gegen diese Regierung. Müßte da nicht Gott mehr gehorcht werden als den Menschen? Müßte es uns da nicht verboten sein, nur leiden zu wollen? Müßte da nicht der in der Liebe tätige Glaube an Jesus Christus unsere aktive Resistenz ebenso notwendig machen, wie er, wenn wir nicht vor diese Wahl gestellt sind, die passive Resistenz oder auch unsere positive Mitarbeit notwendig macht? Genauso, wie er in der Kirche unter den entsprechenden Umständen die Reformation und damit den Bruch in der Kirche, den Bruch zwischen wahrer und falscher Kirche, notwendig macht? Müßte dann das Gebet für diese Regierung, ohne aufzuhören, für ihre Personen und ihre Bekehrung, für ihr ewiges Heil vor Gott einzutreten, nicht doch ganz schlicht zum Gebet um ihre Beseitigung als politische Machthaber werden? Und würden wir dann nicht diesem Gebet entsprechend auch handeln müssen?" Und auf die Gegenfrage, ob hier Gewalt wirklich erlaubt sei, heißt es: „Wir befinden uns hier an der Grenze der Kirche, im Raume der noch nicht erlösten Welt. In dieser Welt leben und nun auch in ihr Gott gehorsam sein, bedeutet direkt oder indirekt: an der Ausübung von Gewalt beteiligt sein." Die Gewalt wird gewiß nicht die prima ratio sein, „es kann und darf aber nicht aus Furcht vor der ultima ratio der gewaltsamen Resistenz aktive Resistenz als solche ausgeschlossen werden" (213 ff.).

III

Diese Erwägungen stehen unter dem Nenner eben des „politischen Gottesdienstes". Barth hat ihn neben dem Gottesdienst des christlichen Lebens und dem kirchlichen Gottesdienst sozusagen als eine dritte Ebene genannt, die Ebene, in der sich das christliche Dasein in der Welt abspielt und die in der mit Nichtchristen gemeinsame Sorge um die Erhaltung einer relativen Ordnung in der Welt ihren Ort hat. Es wird damit in der protestantischen Tradition sowohl jenes Schwärmertum abgelehnt, das bereits auf Erden das Reich der Heiligen meinte aufrichten zu können, wie auch jene viel wirksamere Bewegung, die dem Christen nahelegen will, sich desinteressiert von der Welt zurückzuziehen, die mit dieser Zurückhaltung die Anerkennung einer Selbständigkeit des weltlichen Reiches gegenüber dem Reiche Christi verbinden will, also jene Trennung von weltlich und christlich, die dann ihren säkularisierten Niederschlag in der fatalen Gegenüberstellung von „Diesseits" und „Jenseits" findet, den eine

bewußt nachchristliche und in diesem Sinn „atheistische" Denkweise produziert hat, um sich so nicht nur — mit Recht — von einer Klerikalisierung der Welt zu befreien, sondern vor allem, um sich so die unangenehme kritische Herausforderung eben durch den „politischen Gottesdienst" des Christen vom Leibe zu halten, die das „Gemeinwohl" zum entscheidenden Richtpunkt innerweltlichen Handelns macht.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat Karl Barth diese grundlegenden politischen Einsichten noch einmal in dem beim Erscheinen lebhaft umstrittenen Vortrag „Christengemeinde und Bürgergemeinde" (1946) zusammengefaßt und damit sachlich im Rahmen des Problems von Kirche und Staat abermals präzisiert. Diese Schrift gehört wie andere aus jener Zeit hinein in den Versuch, einen nunmehr möglichen und sinnvollen Neuaufbau gerade auch politischer Existenz im Nachkriegsdeutschland mit zu bedenken und mit zu beraten. Aber damit ist bereits vorgegriffen.

Die grundsätzlichen Erkenntnisse mußten auch Konsequenzen für das Handeln haben. Zunächst im Bereich der Kirchenpolitik, sofern Karl Barth, freilich nur für anderthalb Jahre in unmittelbarer Mitarbeit, der werdenden Bekennenden Kirche immer wieder bei grundsätzlichen Entscheidungen half und sie stets bei ihrer „Sache" zu halten versuchte, die durch den Leitgedanken umschrieben wird: „Die Kirche hat überhaupt nicht den Menschen und also auch nicht dem deutschen Volk zu dienen. Die Deutsche Evangelische Kirche ist die Kirche für das deutsche evangelische Volk. Sie dient aber allein dem Worte Gottes." Das war in der Tat Hilfe und untrügliche Wegleitung. Formuliert hat sie Barth in den wesentlich auf ihn zurückgehenden sechs Sätzen der „Barmer Theologischen Erklärung" von 1934, die dann wenigstens zum Teil nach 1945 auch formal in die Bekenntnisgrundlage evangelischer Landeskirchen aufgenommen wurden. Er hat immer wieder sozusagen in „strategischer" Weise auf das Ganze geblickt, taktischen Kompromissen vielfach widerraten und mit alledem in fast allen Fällen schließlich recht behalten. So etwa auch, als er einer 1938 angeordneten Vereidigung der Pfarrer auf Hitler grundsätzlich widersprach. Man hat ihm damals diese begründete Aufforderung zu einem eindeutigen „Nein" selbst in der Bekennenden Kirche weithin nicht abgenommen — und mußte dann, nachdem man widerstrebend und unter allen möglichen fatalen Begründungen und theologischen Selbstentschuldigungen den Eid geleistet hatte, erfahren, daß es weder dem Staat noch der Partei damit ernst gewesen ist. Noch viel weniger konnte man ihm folgen, als die erste deutliche Konsequenz auf politischem Gebiet gezogen wurde, und zwar mit dem Brief an Professor Hromadka in Prag aus Anlaß der „Tschechenkrise", in dem Barth erklärte, daß an der böhmischen Grenze nicht nur die Freiheit Europas, sondern auch die der christlichen Kirche zu verteidigen sei. Der Protest dagegen war auch außerhalb Deutschlands heftig. „Ich hoffe — schrieb Barth damals im Blick auf den Protest —, daß wir nicht zu spät und nicht zu schmerzlich aus dem Schlaf erwachen müssen, dem sich mit vielen anderen auch die christlichen Kreise in den europäischen Ländern immer noch hingeben zu dürfen meinen" (Evang. Theol. 8, 1948/49, S. 274). Er hat die politische Bedeutung des Münchener Abkommens richtig eingeschätzt und klar erkannt, daß hier eine, wahrscheinlich die letzte, Möglichkeit versäumt worden ist, noch rechtzeitig mit dem ganzen System fertig zu werden. Was man hinterher in dem von den Generalen Beck und Halder und anderen geplanten Staatsstreich erfuhr, hat das nur bestätigt. Seitdem blieb Barth so etwas wie

das theologische Gewissen eines sich nun auf ganz Europa ausweitenden Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Die mit dem Hromadka-Brief ausgegebene Losung an Europa, jetzt oder nie der Aggression Hitlers zu widerstehen, war durch Hitlers Taktik und die konzessionsbereite Unentschlossenheit des Westens bereits überholt. Der Krieg mußte kommen. Und gerade während des Krieges zeigte sich nun deutlich, wieviel Einfluß und Autorität Barth gewonnen hatte. Immer wieder wurde er, auch aus Holland, Frankreich, Großbritannien, Norwegen und schließlich aus Amerika, um Rat angegangen. Die Briefe und Ratschläge von damals und auch spontane Botschaften sind von ihm 1945 in dem Band „Eine Schweizer Stimme 1938—1945" gesammelt herausgegeben worden, jedenfalls die wichtigsten. Im besonderen in der holländischen Widerstandsbewegung war sein Einfluß deutlich spürbar (H. Berkhof, Ev. Theol. 8, 1948/49, S. 267). Man kam auf „illegalen" Wegen zu ihm, um Fragen des holländischen Widerstandes zu besprechen. Und in der Schweiz selbst, die politisch zwischen Anpassung und Widerstand gegenüber dem Nationalsozialismus schwankte, von Gauleiter Sauckel einmal „der eiternde Blinddarm am Leibe Europas" genannt, hat Karl Barth sehr eindeutig vor allem mit seiner Schrift „Im Namen Gottes des Allmächtigen!" 1941 die Richtung gewiesen: Sie stehe heute vor der Wahl, „entweder dem Druck ... zu widerstehen, ... mit der Aussicht auf sehr magere Jahre und ... auf einen militärischen Angriff — und damit dann allerdings unsere Freiheit zu wahren, im schlimmsten Fall in Form eines vorläufigen, aber dann sicher nur vorläufigen, anständigen Untergangs, oder aber dem Druck der Sicherheit halber nachzugeben, ... eben damit aber unsere Freiheit dahinzugeben und ... bestimmt aufzuhören, die Schweizerische Eidgenossenschaft zu sein, um ‚im Namen Gottes des Allmächtigen' dann sicher nichts mehr zu melden zu haben" (Eine Schweizer Stimme, S. 218). Die damalige schwierige Situation der Schweiz ist soeben in dem Buch von A. Meyer „Anpassung oder Widerstand. Die Schweiz zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus" (1965) dargestellt worden. Karl Barth war davon insofern unmittelbar betroffen, als etwa seit 1940 die Veröffentlichung seiner ermahnenden und kompromißlosen Äußerungen immer wieder von der schweizerischen Zensur verboten wurden, so auch seine sehr eindrucksvolle und tröstliche, über den Londoner Sender ergangene Weihnachtsbotschaft an die Christen in Deutschland von 1941. Ein Satz wie der folgende: „Wir wissen nicht um Alles, aber um Vieles, was es euch schwer macht, in diesem Jahr fröhlich zu feiern: um die Trauer und Sorge in vielen eurer Familien, um die Bedrängnis, die es euch kostet, das Evangelium zu bekennen, um das Schreckliche, was eure und unsere Brüder und Schwestern aus Israel in Deutschland durchzumachen haben, und nicht zuletzt um den Widerstreit der Gedanken, mit dem ihr das heutige Weltgeschehen begleiten müßt", war in der Tat damals im höchsten Maße gefährlich und gefährdend.

Nach dem Kriege hat er, der „größte Deutschenfeind" nach dem Urteil der Nazis, als einer der ersten sich darum bemüht, die Mauer des Hasses um Deutschland zu durchbrechen, sich gegen eine unsinnige Besatzungspolitik zu wenden und die Kirchen der Welt aufzufordern, den Deutschen das zu werden, was sie am dringendsten brauchten, nämlich Freunde. Ich kenne einen namhaften westdeutschen Politiker, für den damals die Schriften Karl Barths „Die Deutschen und wir" (1945), „Wie können die Deutschen gesund werden?" (1945) und „Die geistigen Voraussetzungen für den Neuaufbau in der Nachkriegszeit" (1945) so etwas wie ein immer wieder nachgelesenes politisches Brevier wurden. Hier wurde Mut gemacht, ein Neues zu beginnen. Um selbst mitzuhelfen, kam damals

Karl Barth alsbald nach Bonn, 1946 und 1947, und zwar ausgerechnet wieder als theologischer Lehrer. Gerade als solcher trat er damals energisch ein für einen Neuaufbau „von unten" und sah dann nicht ohne herbe Enttäuschung, daß Deutschland doch wieder „von oben" her organisiert wurde. Später hat er mit aller Zurückhaltung, aber eindeutig genug, der Wiederaufrüstung Westdeutschlands widerraten*) und auf die politischen Folgen hingewiesen, die ja heute nicht mehr zu leugnen sind: sie würde die Spaltung Deutschlands nur vertiefen können. An einer Stelle hat er freilich enttäuscht: man erwartete von ihm ähnlich scharfe Worte gegen den Kommunismus wie gegen den Nationalsozialismus. Er hat sie nicht gesprochen, weil er, wiederum mit guten Gründen, der Meinung ist, daß man diese beiden Größen nicht so ohne weiteres auf eine Ebene stellen könne, und vor allem, weil ihm jede ideologische Anti-Haltung als unerlaubt gilt. In dem Hromadka-Brief von 1938 hatte er geschrieben: „An die Möglichkeit russischer Hilfe denkt man ja nicht gerne, weil sie, selbst wenn sie wirksam werden sollte, die Austreibung des Teufels durch Beelzebub bedeuten würde." Das deutet gleichsam die verschiedene Größenordnung zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus in der theologisch-politischen Sicht Karl Barths an. Auch sie dürfte sich auf lange Sicht bewähren.

Immer wieder hat Barth seinen Freunden in Ost und West zugeredet, ihre Hoffnung nicht auf die eine oder die andere Ideologie zu setzen oder gar auf Waffengewalt, sondern schlicht die nächstliegenden Aufgaben des Alltags anzupacken. Seine Beurteilung des politisch notwendigen Parteiwesens ist die gleiche geblieben wie vor 1933. Er hatte noch einige Hoffnung für die SPD, und es sei „nicht schlechterdings unmöglich, daß in einer künftigen Situation die SPD sich vielleicht von ihrer Krankheit, unter der sie auch in der Schweiz leidet, erholt." Er hat gewisse Sympathien für die DFU, würde sie aber nicht wählen, weil ihr ganzes Programm zu eng ist. Er hat nach wie vor schwere Bedenken gegenüber der CDU, von deren Gründung er einst 1945/46 bei seinen Zusammenkünften mit führenden politischen Männern im Westen und im Osten Deutschlands nachdrücklich abgeraten hatte. Es sei „unerträglich, daß eine politische Partei auftritt und ‚christlich' sein will, wobei man zusehen muß, was sie macht, wie sie sich verhalten ... Immer dieser Mantel des Kreuzfahrers, das ist unerträglich" (Protokoll der Begegnung der Kirchlichen Bruderschaft in Württemberg mit Karl Barth, 15. 7. 1963). Hier sind es vor allem die spürbar restaurativen Züge in dem mehr oder minder deutlichen Anspruch der Bundesrepublik, ein „christlicher" Staat zu sein, und in der westlichen Parole vom „christlichen Abendland" überhaupt. Karl Barth kann darin in der Tat nur den wieder neu aufgenommenen Versuch erblicken, Gott für menschliche Interessen und Ideen

*) In diesem Zusammenhang hat man 1950 den Hromadkabrief wieder hervorgehoben, und ungefähr die gleichen Leute, die damals etwa unter der Überschrift: „Prof. Barth hetzt ‚im Namen Christi' zum Kriege" protestierten oder die in der „Deutsch-Evangelischen Korrespondenz" vom 12. 10. 1938 schrieben: „Wir können das nur als infame Kriegshetze und Lästerung des Namens Gottes und Christi bezeichnen, Barth hat damit alle Brücken zu Deutschland, auch zum deutschen Protestantismus abgebrochen . . . Nur mit tiefer Scham kann man feststellen, daß dieser Mann, der den heiligen Namen Christi in einer derartigen Weise mißbraucht, Professor der Theologie ist" — waren schamlos genug, nunmehr zu erklären: „Allerdings werden wir im Augenblick der Entscheidung ein wenig von der Hochstimmung brauchen, die Professor Karl Barth, den geistigen Vater der Bekennenden Kirche, beflügelte, als er am 10. September 1938 . . . an seinen Prager Kollegen Hromadka schrieb . . . Es ist sonderbar, daß derselbe Professor Barth heute, da Deutschland in der gleichen Lage gegenüber Stalin ist wie vor zwölf Jahren die Tschechoslowakei gegenüber Hitler, sich nicht im gleichen Sinne an seine deutschen Freunde wendet, die jetzt das Gegenteil von dem betreiben, *was Barth seinerzeit den Tschechen anriet*" (*Christ und Welt, 12. 10. 1950*). Jeder Kommentar erübrigt sich: das ist jene „politische Theologie", die Barth aufs schärfste ablehnt. Er hat nie die Kirche als einen hantierbaren Machtfaktor in die Politik, etwa in den Widerstand gegen das Dritte Reich, berechnend einzubringen versucht, wie es z. B. Gerstenmaier freilich nur geplant hat. Er hat sie nicht „politisiert", wohl aber immer wieder klargemacht, daß eine zu ihrem eigentlichen Wesen zurückgeführte Kirche eine erhebliche auch politische Wirkung haben muß. Er hat damit gegenüber jenen anderen „christlichen" Politikern recht behalten.

zu beschlagnahmen. Es war nicht zuletzt sein Verdienst, daß die Weltkirchenkonferenz in Amsterdam 1948 der Versuchung widerstanden hat (nach einem erregenden Streitgespräch zwischen Foster Dulles und Hromadka), sich in die westliche Kreuzzugsfront eingliedern zu lassen und damit die falsche Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Bolschewismus im Weltmaßstab zu wiederholen.

IV

„Barth als Politiker", das meint in der Tat nicht einen „politisierenden" Theologen, sondern den Mann, der, gewiß auch auf Grund seiner Herkunft und Erziehung als Schweizer Bürger, d. h. als Bürger überhaupt, politisch lebhaft interessiert ist, dem es als Theologen aber dabei im wesentlichen darum geht, die Kirche unaufhörlich an ihre politische Verantwortung zu erinnern. Er hat ihr immer wieder zu zeigen versucht, daß ihre politische Verantwortung nicht nur geboten sei, sondern daß sie diese in der Predigt selbst wahrzunehmen habe, nicht, indem nun etwa auf der Kanzel „politisiert" wird, sondern dadurch, daß die Predigt kein Privatchristentum pflegt. Die Predigt darf auf keinen Fall absehen von den politischen Bindungen, in denen die Gemeinde lebt und denen sie verpflichtet ist, und sie muß sich mit der Christengemeinde zusammen bemühen, auf die bedrängenden Fragen der politischen Existenz vom Wort Gottes her Antworten zu gewinnen, die sie gemeinsam mit den Nichtchristen in der Bürgergemeinde vertreten kann. Ein Beispiel für einen solchen Versuch ist heute die sogenannte Ost-Denkschrift der EKD. Zweifellos auch eine Frucht der von Barth so nachdrücklich gestellten Forderung des „politischen Gottesdienstes", mag man das auch aus überkommenen Ressentiments ihm gegenüber bestreiten wollen. Es geht nicht an, daß die Kirche sich dieser ihrer Verantwortung praktisch dadurch entschlägt, daß sie meint, möglichst „unpolitisch" predigen und die politischen Dinge durch diejenigen politischen Parteien besorgen lassen zu sollen, in denen sie noch einigen Einfluß ausübt. Karl Barth hat sich andererseits stets darum bemüht, gerade bei dem ihm abgenötigten politischen Handeln die theologische Existenz nicht zu verlieren. Von Anbeginn steht ihm das eindeutig vor Augen. Und in jenem so entscheidenden Aufsatz „Theologische Existenz heute!" (1934) hatte er es auch ausdrücklich gesagt: „Es ist kein Schimpf, sondern es hat seine besondere Ehre, Politiker oder auch Kirchenpolitiker zu sein. Es ist aber etwas anderes, Theologe zu sein. Es kann immer den Verlust der theologischen Existenz bedeuten, wenn ein Theologe Politiker oder Kirchenpolitiker wird. Es scheint heute in ganz besonderer Weise das bedeuten zu wollen. Und dann ist es an der Zeit, dies zu sagen: daß wir unter keinen Umständen unsere theologische Existenz verlieren, unser Erstgeburtsrecht gegen ein Linsengericht vertauschen sollten . . ." Nur dann wird der Theologe sein „politisches Wächteramt" fern von allen klerikalen Tendenzen und schulmeisterlichen Absichten recht wahrnehmen können, so wie es Barth beispielsweise auch gegenüber den Kirchen im Osten nach 1945, speziell in Ungarn, der Tschechoslowakei und der DDR mit seinen Ratschlägen getan hat, wie und in welcher Weise sie sinnvoll und in echter politischer Verantwortung die neuen Situationen wirklich „annehmen" und das heißt positiv bewältigen könnten. Eine durch christliche Ideologie oder Anti-Ideologie, also durch bestimmte Zweckvorstellungen gelenkte „Politik" hat daran immer wieder Anstoß genommen und sich geärgert. Gelegentlich freilich ist ihr hinterher ihre

Kurzsichtigkeit doch bewußt geworden. Denn die im abendländischen Kulturkreis seit Jahrhunderten sehr enge Verbindung und Überkreuzung von Theologie und Politik hat zur unausweichlichen Folge, daß beide in einem stetigen, vielfach unbewußten Gespräch miteinander bleiben und bleiben müssen. Wer so tut, als habe politisches Handeln nicht im Allerletzten auch ganz entscheidende theologische Hintergründe und Untergründe, sucht seinen eigenen geschichtlichen Bindungen zu entlaufen. Aber wer hier zur Ordnung ruft, wird unausweichlich Widerspruch und Undank ernten. Im kirchlichen wie im weltlichen Lager, etwa bei Barth's nüchternen Thesen zum „Heimatrecht". Er muß allen denen äußerst unangenehm werden, die ihre „politische" Existenz in den Bereich nahezu metaphysischer Träume von Staat und Volkstum, Heimat und geschichtlichem Auftrag zur Großmacht verlagern, die in enthusiastischem Wunschdenken die Härte der Realitäten verkennen und die strenge Sachlichkeit des Umgangs mit ihnen überspringen, die „christliche" Ideale dem schlichten Dienst des Christen am Mitmenschen zu dessen Wohl in Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit vorziehen und dabei das Recht in all seiner irdischen Relativität mehr als Anspruch, denn als immer neue Aufgabe im Munde führen.

Karl Barth mußte der kulturprotestantischen, weithin lutherischen Tradition — auch der eines Friedrich Naumann und der Liberalen —, er mußte einem christlichen Nationalismus und einer kirchlichen Interessenpolitik in Deutschland einfach anstößig werden, denn er hat ihre Tabus angegriffen und zum Teil dann sogar entmachtet. Gerade damit aber hat er dem Christen in der Daseinsgemeinschaft mit Nicht- und Nichtmehr-Christen zu jener dienstbaren Freiheit verholfen, aus der allein echtes politisches Handeln am Gemeinwohl in Partnerschaft, an der salus publica sinnvoll und auch realisierbar ist, sofern es seine reine Weltlichkeit erkennt und bejaht.

Trotz allem Widerspruch und Widerstreben ist mancherlei von dem, was der „Politiker" Karl Barth gerade als Theologe kritisch und wegweisend, mahnend und ermutigend an Erkenntnissen und Forderungen anzumelden hatte und immer noch anzumelden weiß, für nicht wenige fast zu einer „Selbstverständlichkeit" geworden. Man sollte darüber aber nicht zu schnell vergessen, wem solche „Selbstverständlichkeit" zuletzt zu danken ist.

Kurt Steinhaus

Zur Vietnampolitik der USA und der BRD

I

Die koloniale Alleinherrschaft Frankreichs über Indochina endete mit dem Beginn des 2. Weltkrieges. In Europa militärisch geschlagen, fügte es sich den japanischen Forderungen nach Überlassung von Stützpunkten. Vietnam fiel so

unter koloniale Doppelherrschaft. Die vietnamesische Unabhängigkeitsbewegung Vietminh — eine politisch-militärische Organisation mit Volksfrontcharakter —, die 1941 gegründet worden war, wurde mit dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour zum Verbündeten der USA und auch durch amerikanische Waffen und Berater unterstützt. Nach der Kapitulation der Japaner, die vorher noch die französischen Restgarnisonen gewaltsam ausgeschaltet hatten, kontrollierten die Vietminh den überwiegenden Teil des Landes. So stellte die Ausrufung der ‚Demokratischen Republik Vietnam' (DRV) lediglich die rechtliche Kodifizierung eines tatsächlich bestehenden Zustandes dar.

Aber wenn auch die alte Kolonialmacht zunächst von der Bildfläche verschwunden war, so waren die Platzhalter doch schon erschienen. Zur Entwaffnung der Japaner hatten britische Truppen den südlichen und chinesische den nördlichen Teil des Landes besetzt. Und bereits im September 1945 begannen die britischen Soldaten den mit großer Eile herangeführten französischen Truppen Platz zu machen, und im Frühjahr 1946 zogen sich auch die Truppen Tschiang Kai-Scheks aus Nordvietnam zurück. Dennoch sahen sich die Franzosen zunächst gezwungen, die realen Machtverhältnisse in Rechnung zu stellen. Im März 1946 schlossen sie mit der Regierung der DRV einen Vertrag, in dem sie Vietnam „als einen freien Staat, mit eigener Regierung, eigenem Parlament, eigener Armee und eigenen Finanzen" anerkannten und in dem sie sich verpflichteten, die Wünsche der Bevölkerung, die in einem Referendum zum Ausdruck gebracht werden sollten, auszuführen.[1]) Aber noch während die Verhandlungen über die zukünftige Regelung des französisch-vietnamesischen Verhältnisses andauerten, brach die französische Regierung ihre vertraglichen Verpflichtungen und begann mit der Bombardierung Haiphongs die koloniale Rückeroberung des Landes.

II

Zumindest der amerikanische Präsident Roosevelt hatte eine solche Entwicklung nicht gewünscht. Er hatte für eine internationale Treuhänderschaft plädiert, da nach seiner Ansicht die Vietnamesen zur Selbstregierung noch nicht fähig seien. Man kann mit Recht vermuten, daß hier ähnliche Motive zugrunde lagen wie bei der amerikanischen Politik der „offenen Tür" in China. Wenn die USA sich hier wie dort gegen die direkte Kolonialherrschaft eines bestimmten Landes gewendet haben, so vor allem, weil sie dagegen waren, Kapital- und Warenexport in ökonomisch schwach entwickelte Gebiete den privilegierten Kapitaleignern irgendeiner ausländischen Macht alleine zu überlassen. Der Plan der politischen Dekolonisierung Indochinas war vor allem von Großbritannien durchkreuzt worden, das nicht gewillt war, hier ein Exempel zuzulassen, das in eigenen Kolonialgebieten ähnliche Entwicklungen begünstigt hätte. Daher unterstützte die britische im Gegensatz zur US-Regierung auch den Transport französischer Kolonialtruppen nach Indochina.[2])

Die französischen Truppen konnten einen großen Teil Vietnams zunächst wieder fest unter Kontrolle bringen. Der Beginn des Kalten Krieges, die Niederlage der Kuomintang-Regierung im chinesischen Bürgerkrieg und der Ausbruch des Korea-

---

1) Text in: Conflict in Indo-China and international repercussions. A documentary history, 1945—1955, ed. by A. B. Cole, Ithaca: 1956, S. 40 f.

2) Vgl. die Erklärungen Roosevelts und Bevins a.a.O., S. 47 ff.

Krieges änderten dann die amerikanische Asienpolitik beträchtlich. Je mehr sich in der Folgezeit die militärische Lage Frankreichs in Vietnam verschlechterte, desto größer wurde die amerikanische Unterstützung: 1953 trugen die USA bereits 80 % der französischen Kriegskosten; zusätzlich stellten sie Luftwaffenbodenpersonal und übernahmen Truppen- und Materialtransporte.[3]) Pläne eines direkten amerikanischen Engagements wurden erst aufgegeben, als offenkundig wurde, daß besonders Großbritannien nicht bereit war, sich an den Risiken derartiger Politik zu beteiligen.

So kam es 1954, als die Regierung der DRV bereits den größten Teil des Landes effektiv unter Kontrolle hatte und starke französische Verbände bei Dien Bien Phu eingeschlossen waren, zur Genfer Ostasienkonferenz, an der sich folgende Staaten beteiligten: die USA, Großbritannien, Frankreich, die UdSSR, die Volksrepublik China, Laos, Kambodscha, die DRV und der Staat Vietnam, der durch die französische Marionette Bao Dai repräsentiert war. Bezüglich Vietnams traf die Konferenz folgende Beschlüsse: das Land wurde vorläufig in zwei militärische Zonen geteilt, wobei die nördliche von den Behörden der DRV und die südliche von denen des Staates Vietnam verwaltet werden sollte. In diese Zonen hatten sich die Streitkräfte der Beteiligten umzugliedern. Die Errichtung fremder Militärstützpunkte, die Entsendung fremden Militärpersonals, sowie die Einfuhr von Kriegsmaterial waren verboten. Die Trennungslinie — der 17. Breitengrad — wurde ausdrücklich als provisorische Demarkationslinie und nicht etwa als politische und territoriale Grenze bezeichnet. Im Juli 1956 sollten in Gesamtvietnam freie Wahlen stattfinden, worüber die Behörden der beiden Teilgebiete rechtzeitig Verhandlungen aufzunehmen hatten. Zur Überwachung dieser Bestimmungen — einschließlich der Wahlen — wurde eine Internationale Kontrollkommission (ICC) eingesetzt, die aus Vertretern Indiens, Kanadas und Polens bestand. Die Schlußerklärung der Konferenz wurde weder vom Staat Vietnam noch von den USA mitunterzeichnet. Die USA gaben allerdings in einer Zusatzerklärung vor der Weltöffentlichkeit zu Protokoll, sie würden der Erfüllung der Genfer Vereinbarungen keine Hindernisse in den Weg legen und sich „jeder Drohung mit oder des Gebrauchs von Gewalt zu deren Störung enthalten". [4])

III

Der Kampf der Vietminh im 1. Indochina-Krieg war nicht nur ein nationaler, sondern auch ein sozialer Befreiungskampf gewesen.[5]) Das Ziel der Vietminh, die sich auf die überwiegende Mehrheit der Landbevölkerung hatten stützen können, war eine Beseitigung der bestehenden kolonialen und halbfeudalen Gesellschaftsstruktur gewesen. Ihre wichtigsten Programmpunkte betrafen die Bodenbesitzverhältnisse. Hierzu hieß es z. B. im Landreformgesetz der DRV von 1953: „Die Verteilung des Landes wird nach folgenden Prinzipien durchgeführt werden: viel wird denen gegeben, die viel entbehren; wenig wird denen gegeben, die wenig entbehren; nichts wird denen gegeben, die nichts entbehren; wir werden nehmen, wo Überfluß ist, um dort zu geben, wo Armut herrscht." [6]) Und Reformen dieser

---

3) Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 18. 3. 65

4) Die „Schlußerklärung der Genfer Ostasienkonferenz über Indochina" vom 21. Juli 1954 sowie die „Einschränkende Sondererklärung der USA" gleichen Datums (entnommen dem „Archiv der Gegenwart", Bad Godesberg, Jahrgang 1954, S. 4635 f.) werden im Anschluß an diesen Artikel veröffentlicht.

5) Zum folg. vgl. R. Griepenburg u. K. Steinhaus, Zu einigen sozioökonomischen und militärischen Aspekten des Vietnamkonflikts, in: Das Argument, 1966, Nr. 36, S. 44 ff. und die dort angegebene Literatur

6) Art. 26; Text in: Conflict . . . a.a.O., S. 150 ff., hier: S. 154

Art wurden nicht nur propagiert, sondern auch praktiziert, was die entscheidende Bedingung für den militärischen Sieg der Vietminh darstellte.

In der südlichen Zone Vietnams brachte nun der Rückzug der Truppen der Vietminh wiederum eine feudale und bürokratische Oligarchie an die Macht, deren erste Maßnahmen darin bestanden, die durchgeführten Reformmaßnahmen rückgängig zu machen. Für die Landbevölkerung, die sich aus verständlichen Gründen in ihrer überwiegenden Mehrheit mit den Vietminh solidarisiert hatte, bedeutete daher die Etablierung einer antikommunistischen Regierung in Saigon die Rückkehr der in die Städte geflüchteten Großgrundbesitzer.

Neuer Chef dieser Regierung war inzwischen Ngo Dinh Diem geworden, der lange in den USA gelebt hatte und aus den traditionalen Oberschichten stammt, deren Lebensgrundlage stets die feudale Grundrente und die Besetzung hoher Verwaltungsämter gewesen war. Als Katholik gehörte er zudem noch einer Minorität an, die sich immer in besonderem Maße mit der Kolonialmacht identifiziert und — nicht ohne beträchtlichen Nutzen daraus zu ziehen — mit ihr kollaboriert hatte. Diese Regierung konnte nur eine Politik gesellschaftlicher Restauration treiben, und dieser Refeudalisierungsprozeß konnte nur gewaltsam verlaufen. So begann ein gnadenloser Ausrottungsfeldzug gegen jede tatsächliche oder vermutete Opposition kommunistischer, bürgerlicher oder religiöser Provenienz. Aber diese neue halbfeudale und -faschistische ‚Republik' hätte sich ohne die tatkräftige Unterstützung der Amerikaner niemals stabilisieren können.

Die USA gründeten sofort nach dem Abschluß der Genfer Indochina-Konferenz die Südostasiatische Verteidigungsgemeinschaft (SEATO), die die Republik Vietnam in ihr sogenanntes Schutzgebiet mit einbezog, und begannen mit der Aufrüstung und Ausbildung von Land-, See- und Luftstreitkräften der Republik Vietnam, um dem Diem-Regime die gewaltsame Ausschaltung der innenpolitischen Opposition zu ermöglichen. Typisch für die Methoden, die von den USA angewandt wurden, um die Verletzung des Genfer Abkommens zu verschleiern, war die Arbeit einer Abordnung der Michigan State University, die offiziell die Aufgabe hatte, die Republik Vietnam beim Aufbau einer modernen Verwaltung zu beraten. De facto hatte diese Arbeitsgruppe — die hauptsächlich aus Offizieren der Armee, der Polizei und des Geheimdienstes bestand — die Funktion, in Südvietnam eine Polizei und eine Geheimpolizei aufzubauen. Hierbei unterstützte sie die Diem-Regierung keineswegs nur durch fachkundige Ratschläge: sie schmuggelte auch die benötigten Mengen an Waffen und Munition ins Land.[7]) Alle diese Maßnahmen widersprachen der Schlußerklärung der Genfer Konferenz, die die USA zwar nicht unterzeichnet, deren Bestimmungen einzuhalten sie aber öffentlich zugesagt hatten. Ohne Übertreibung kann man hinzufügen, daß die Ausbildung und Ausrüstung von Organisationen, deren einzige Funktion die Terrorisierung der Bevölkerung ist, einen Akt der Beihilfe zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt.[8])

Die US-Regierung hatte niemals die ernsthafte Absicht, ihre in Genf gegebenen Zusicherungen einzuhalten. Bereits vor der Konferenz hatten sich Eisenhower und Eden darauf geeinigt, keine politischen Entwicklungen zuzulassen, „die die Gefahr in sich bergen, daß das verbleibende Gebiet (d. h. Südvietnam) unter kommunisti-

7) Vgl. R. Scheer, Containment in Vietnam, in: atomzeitalter, 1956, H. 10, S. 304 ff.

8) Vgl. etwa Art. 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte v. 10. 12. 1948

sche Herrschaft gerät".[9]) Da aber seinerzeit völlig offensichtlich war, daß außer Ho Chi Minh niemand eine Chance gehabt hätte, in Vietnam eine freie Wahl zu gewinnen, konnte dieser Beschluß nur bedeuten, daß freie Wahlen verhindert werden sollten. Und genau diese Politik trieb das Diem-Regime mit Unterstützung der USA in Vietnam nach 1954. Keines der vielen nordvietnamesischen Angebote, die vertraglich festgesetzten Konsultationen über die Durchführung von Wahlen aufzunehmen, wurde in Saigon akzeptiert. Zusammenfassend stellte die ICC fest: „... der Grad der Zusammenarbeit mit der Kommission war bei beiden Parteien nicht der gleiche. Zwar erfuhr die Kommission Schwierigkeiten auch in Nordvietnam, aber die Hauptschwierigkeiten entstanden in Südvietnam." [10])

Die Republik Vietnam und die USA verletzten hier wiederum — diesmal an entscheidender Stelle — die Genfer Abmachungen. Zudem setzten sich die USA — ohne deren Unterstützung das Diem-Regime eine derartige Obstruktionspolitik gar nicht hätte treiben können — mit dieser Politik zusätzlich noch in Widerspruch zu international verbindlichen Rechtsnormen. Indem sie der Bevölkerung Vietnams die Möglichkeit vorenthielten, ihre nationalen Angelegenheiten selbst zu regeln, verletzten sie das in der Atlantik-Charta niedergelegte Selbstbestimmungsrecht der Völker.[11])

IV

Die Rechtfertigung der USA für ihre sich immer mehr steigernde Intervention in Vietnam, die Kämpfer der Südvietnamesischen Befreiungsfront (NFL) seien nichts als terroristische Agenten der kommunistischen Weltrevolution, die, von Hanoi ausgesandt, der Bevölkerung Südvietnams den Kommunismus aufzwingen wollen, erweist sich gegenüber jeder objektiven wissenschaftlichen Untersuchung als bloße Ideologie. Ursache des jetzigen 2. Indochina-Krieges ist — genau wie im 1. Indochina-Krieg — das hohe Maß an politischer Unterdrückung, sozialer Unterprivilegierung und ökonomischer Ausbeutung, dem die Unter- und Mittelschichten Südvietnams ausgesetzt sind. Allein die Tatsache, daß die südvietnamesischen Regierungstruppen ihre größten Leistungen im Desertieren zeigen, während alle Versuche, von außen her den Partisanenkrieg nach Nordvietnam zu tragen, kläglich scheiterten, beweist zweierlei: erstens genießen die Partisanen die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Landbevölkerung, und zweitens sind die meisten der zwangsrekrutierten Regierungssoldaten nicht bereit, für Ziele zu kämpfen, die allzu offensichtlich nicht die ihren sind.

Auch die tatsächliche Entwicklung des Konflikts beweist, daß es sich hier nicht um eine Aggression aus dem Norden handelt, sondern um einen Bürgerkrieg, in dem die Mehrheit der Bevölkerung auf der Seite der NFL steht.[12]) Es war keineswegs so, daß die Regierung in Hanoi den Angriff befahl und die notwendigen Truppen schickte — im Gegenteil: Als die Steigerung des Terrors die kommunistische und nichtkommunistische Opposition in Südvietnam mit der physischen Vernichtung bedrohte, blieb dieser keine andere Wahl, als sich mit Gewalt zu wehren. Die ersten größeren Widerstandsaktionen wurden durchgeführt von den noch nicht er-

---

9) A. Eden, Memoiren, 1945—1957, Köln—Berlin: (1960), S. 162

10) 6. Zwischenbericht der ICC v. 1957, abgedr. in: Viet Report, Oct. 1965, S. 20 ff., hier: S. 21

11) Vgl. etwa Art. 1 u. 2 der Charta der Vereinten Nationen v. 26. 6. 1945

12) Zum folg. vgl. P. Devillers, The Struggle of the unification of Vietnam, in: The China Quarterly, 1962, Nr. 9, S. 1 ff.

mordeten Mitgliedern der Opposition, denen das nordvietnamesische Konzept der einseitigen Respektierung des Genfer Abkommens nicht akzeptabel sein konnte. Und erst dann — ab 1958/59 — nahm Nordvietnam eine Änderung seines Kurses vor und begann, den Widerstandskampf aktiv zu unterstützen.

Der von der DRV unterstützte Kampf der südvietnamesischen Bevölkerung ist also ein Akt der Notwehr, denn die betreffenden Abmachungen und internationalen Rechtsnormen wurden zuerst vom Diem-Regime und der US-Regierung verletzt. Der Tatbestand, um den es hier geht, ist kein Krieg zwischen Staaten, sondern ein Bürgerkrieg innerhalb der Republik Vietnam, an dem sich die USA und die DRV beteiligen, wobei die USA erstens den Anfang machten und zweitens sich quantitativ wesentlich stärker als die DRV engagieren — von der Tatsache, daß die über den Ho Chi Minh-Pfad eingeschleusten Soldaten ausschließlich Vietnamesen und zum größten Teil sogar Südvietnamesen sind, ganz zu schweigen.

Einen völlig eindeutigen Völkerrechtsbruch stellt die Bombardierung der DRV durch amerikanische Luftstreitkräfte dar. Hierbei handelt es sich „um durch das Landkriegsrecht verbotene militärische Gewaltakte bei Gefährdung und Vernichtung von menschlichem Leben ohne vorherige Kriegserklärung und um gewollte und bewußte Verletzung der Hoheitsrechte und des Hoheitsgebietes eines anderen Staates." [13]) Dazu kommt, daß das von den USA offen angewandte System der ‚verbrannten Erde' sowie die Verwendung von Gas und anderen chemischen Kampfstoffen nach internationalem Recht Kriegsverbrechen darstellen.[14])

V

Die Vietnam-Politik der USA ist aber nicht nur völkerrechtlich außerordentlich fragwürdig — sie verursacht auch extrem hohe Kosten: die über 41 Mrd. Mark Mehrkosten für das Haushaltsjahr 1966/67 stellen auch für amerikanische Verhältnisse eine große Summe dar. Schon deshalb vermag die These, die Amerikaner hätten nun einmal ihr Wort gegeben und könnten gar nicht mehr zurück, nicht zu überzeugen. Auch dürfte die ökonomische und strategische Bedeutung Südvietnams nicht so groß sein, um eine derartige Politik zu erklären.[5]) Größeres Gewicht kommt schon der Vermutung zu, daß es in Wirklichkeit darum gehe, „mit Hilfe des Vietnam-Krieges das kommunistische China zu provozieren und dann vernichtend zusammenzuschlagen, ehe die chinesische Atombombe einsatzbereit ist".[15]) Es ist kein Geheimnis, daß in den USA nicht nur der Rechtsextremist Goldwater einen plausiblen Grund für eine Bombardierung Chinas herbeisehnt. Ein großer Teil des militärischen establishment ist der gleichen Ansicht, und die Zielgebiete in China sind heute längst detailliert festgelegt. Daneben darf auch nicht übersehen werden, daß eine begrenzte Aufrüstung und Kriegführung für die amerikanische Volkswirtschaft die objektive Funktion hat, den krisenerzeugenden Mangel an effektiver Nachfrage zu mindern. Auf Grund der besonderen Wirtschaftsstruktur der USA gibt es kaum ein geeigneteres Mittel, eine gleichmäßige

---

13) W. Abendroth, Verletzung des Völkerrechts, in: express international, 1965, Nr. 18, S. 5

14) Vgl. etwa Haager Landkriegsordnung Art. 22, 23, 25 u. 27, sowie Genfer Protokoll wegen Verbot des Gaskrieges. Zum letzteren vgl. auch W. Morse, Amerikas Krieg in Vietnam, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1965, Nr. 5, S. 440 ff., hier bes.: S. 442 f.

15) Industriekurier v. 27. 11. 65

Konjunktur zu erzeugen, als die Rüstungsausgaben, die bewirken, daß über die erhöhten Lohn- und Investitionssummen die effektive Nachfrage steigt, ohne daß gleichzeitig die erzeugten Güter dann in Konkurrenz zu den bereits produzierten treten und den Markt noch mehr verstopfen.

Es wird aber — und hier liegt aller Wahrscheinlichkeit nach das Hauptmotiv der amerikanischen Vietnampolitik — der vietnamesische Bürgerkrieg als ein Modellfall des Emanzipationskampfes der ‚Dritten Welt' verstanden. So sagt etwa McNamara: „Es geht in Vietnam um mehr als um die Frage, ob ein kleines Land dem Kommunismus anheimfällt ... In diesem Falle (d. h. eines Sieges der Befreiungsfront) müßten wir uns darauf gefaßt machen, es mit der gleichen Form der Aggression auch in anderen Teilen der Welt aufzunehmen, und zwar überall dort, wo eine Regierung schwach und das Sozialgefüge nicht gefestigt ist." [16])

Dieser Text bedarf erst der Entschlüsselung, denn die hier konzipierte ‚Soziologie der Entwicklungsländer' ist von besonderer Art. Für Robert McNamara stellt sich die Lage folgendermaßen dar: erstens ist ein Sozialgefüge dann nicht gefestigt, wenn sich ein Volk nicht in alle Ewigkeit damit abfinden mag, daß z. B. Kindersterblichkeit und Analphabetenraten hoch sind, der Zuwachs des Sozialprodukts aber vom Zuwachs der Bevölkerung kompensiert wird; zweitens ist eine Regierung dann schwach, wenn hinter ihr nur eine schmale einheimische Oberschicht steht, die mit ausländischen Machtgruppen kollaboriert; drittens findet eine Aggression dann statt, wenn die Bevölkerung mit Gewalt gegen diese unerträglichen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse vorgeht. Das also bleibt als Bodensatz amerikanischer Vietnam-Ideologie zurück: der zweite Indochina-Krieg ist ein Exempel, wo in kleinem Maßstab die politische und sozialökonomische Emanzipation der Agrarländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zugleich mit dem Versuch, sie zu verhindern, vorweggenommen wird. Offensichtlich schätzen die Machteliten der USA den Verlust ihrer politischen und ökonomischen Privilegien dort so groß ein, daß ihnen jedes Mittel recht ist, um dieser Gefahr einer Verkleinerung des kapitalistischen Weltmarktes und einer Verschiebung der internationalen Machtverhältnisse — deren Folgen sie offensichtlich als systemgefährdend ansehen — zu entgehen.

Warum unterstützt gerade die Bundesregierung verbal und materiell [17]) eine derartige Politik, die doch völlig eindeutig allem entgegengesetzt ist, was von ihr selbst an ‚gesamtdeutschen' Parolen verbreitet wird? Zunächst einmal besteht — was das Problem der Systemgefährdung durch die Emanzipation der ‚Dritten Welt' angeht — eine sehr weitgehende Identität der Interessen der USA und der kleineren kapitalistischen Länder. Dessen sind sich die maßgeblichen Kommentatoren der großen Zeitungen in Westeuropa ebenso bewußt wie die führenden Politiker der meisten dieser Länder. So könnte etwa die Behauptung: wenn sich Amerika in Vietnam „in einem scheußlichen Krieg die Hände schmutzig macht, tut es das stellvertretend für die Völker des westlichen Lagers" [18]) eine durchaus zutreffende Kennzeichnung der Lage sein, wenn man ehrlich genug wäre, den Begriff ‚Volk' durch den Begriff ‚kapitalistische Gesellschaftsordnung' zu ersetzen. Sinngemäß die gleiche Korrektur wäre auch bei folgender Bemerkung anzubringen: die USA „verteidigen ... (in Südvietnam) nicht allein ihre nationalen Inter-

---

16) Rede v. 4. 8. 65 abgedr. in: Warum Vietnam?, hrsg. v. USIS (Bad Godesberg: 1965), S. 37 ff., hier: S. 39

17) Nach offiziellen Verlautbarungen wurde die Saigoner Regierung bisher mit rund 100 Mio DM durch die BRD unterstützt. Vgl. Frankfurter Rundschau v. 4. 1. 66

18) Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 26. 11. 65

essen. Sie treten . . . für die Idee einer freiheitlichen Ordnung ein, die in so hohem Maße auch unsere Sache ist". [19])

Diese Meinung wird von den Machteliten der Bundesrepublik geteilt. Dennoch würde sich sicherlich die Bundesregierung nicht ungerne den erheblichen ökonomischen und politisch-psychologischen Kosten der kolonialen Konterrevolution entziehen. Auch sind Stellungnahmen, die einen neuen Isolationismus der USA voraussagen, falls die BRD diesbezüglich keine Solidarität praktiziert, kaum wörtlich zu nehmen. Die USA werden es nie zulassen, daß Westberlin oder die Bundesrepublik in den Machtbereich der UdSSR gerät, denn zweifellos ist die Beibehaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in der drittstärksten Industriemacht der Welt für das kapitalistische Lager noch um einiges wichtiger als ganz Südostasien. Dieses Interesse der USA an der Beibehaltung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD besteht aber unabhängig davon, ob die Bundesregierung die amerikanische Vietnampolitik aktiv unterstützt oder nicht. Dagegen haben die Machteliten der BRD eine Reihe von Interessen in der internationalen Politik, die nicht oder nur z. T. mit denen der USA und denen anderer kapitalistischer Länder (Großbritannien, Frankreich) identisch sind. Dies betrifft vor allem die militärpolitischen Vorstellungen über Mittel- und Osteuropa.

Mit dem Offenbarwerden von gemeinsamen sicherheitspolitischen Interessen zwischen der UdSSR und den USA ist die Bundesregierung zunehmend in eine militär- und außenpolitische Isolierung geraten, die es als immer schwieriger erscheinen läßt, eine allgemeine Anerkennung des politischen und territorialen status quo in Europa zu verhindern und eine de facto-Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erhalten. Offensichtlich sind die USA ebenso wie Frankreich und Großbritannien nicht daran interessiert, der BRD einen Status der vollen politischen und militärischen Autonomie zu gewähren. Hier bietet die Unterstützung der amerikanischen Position in Vietnam gewisse politische Möglichkeiten. Die USA sind aus verschiedenen Gründen an einer möglichst weitgehenden Unterstützung ihrer Interventionen in Übersee durch andere kapitalistische Länder interessiert: aus militärischen Gründen, weil der Großteil ihrer strategischen Reserven in Vietnam festgelegt ist und bei weiteren weltpolitischen Krisen erhebliche Schwierigkeiten entstehen würden; aus wirtschaftlichen Gründen, weil die Steigerung des Engagements mittlerweile ein Ausmaß erreicht hat, wo bereits Abstriche an zivilen Sozial- und Infrastrukturprogrammen in den USA selbst vorgenommen werden müssen; aus politisch-psychologischen Gründen, weil sowohl im eigenen Lande als auch in der Weltöffentlichkeit die USA zunehmend ein imperialistisches Image erhalten. Von einer Internationalisierung der Intervention wäre also eine beträchtliche militärische, ökonomische und politisch-psychologische Entlastung zu erwarten.

Die hochindustrialisierte BRD wäre durchaus imstande, hier beträchtliche Mittel freizusetzen. Falls sich die bereits heute erhebliche Anspannung der USA (Rüstung, Raumfahrt, innergesellschaftliche Strukturreformen, Auslandshilfe etc.) durch den Druck der Kolonialrevolution und der Systemkonkurrenz weiter verschärft, kann auch mit verstärkten Forderungen nach einem effektiven westdeutschen Engagement in Übersee gerechnet werden. Die neuesten entsprechenden Stellungnahmen des amerikanischen Verteidigungsministers geben einen

[19]) Neue Zürcher Zeitung v. 25. 3. 66

guten Einblick in die Absichten der USA. So sagte Verteidigungsminister McNamara Ende Januar 1966 im amerikanischen Senat: „Wir können nach einer angemessenen Frist erwarten, daß ... besonders Deutschland außerhalb Westeuropas eine viel größere Rolle als bisher spielen ... (und) eine wichtigere militärische Rolle als bisher bei der Verteidigung der freien Welt übernehmen wird." Und auf die Frage des Senators Thurmond: „Ich nehme doch an, daß Sie Ihre Bemühungen fortsetzen werden, die Deutschen dazu zu bewegen, sich in genügender Stärke zu beteiligen und in Vietnam wirklich zu helfen?" antwortete er sehr präzise: „Das wird in der Tat geschehen." [20])

Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die zu erwartenden Strukturveränderungen der westlichen Paktsysteme den Wert des Bündnispartners Westdeutschland erhöhen und die erstrebte Angleichung des politisch-militärischen Einflusses an die ökonomischen Kapazitäten erleichtern. Die diesbezüglichen Erwartungen der Machteliten der BRD können über den Umweg einer mehr als verbalen und ökonomischen Unterstützung der USA in Übersee leicht neuen Auftrieb erhalten. Es sollte der US-Regierung klar sein, daß ein westdeutsches Engagement in Übersee zu erreichen sein dürfte, ohne daß die USA erstens auf die Anerkennung des europäischen status quo verzichten, zweitens eventuelle Pläne eines militärischen Disengagements in Europa aufgeben, drittens, daß sie einer verstärkten nuklearen Bewaffnung und/oder einem verstärkten nuklearen Mitspracherecht der Bundeswehr zustimmen.

Gerade auf dem Hintergrund in letzter Zeit immer offener propagierter Entdemokratisierungstendenzen in der BRD gewinnen diese Perspektiven erhöhte Bedeutung.[21]) Auch eine permanent durch Notstandsgesetze reglementierte ‚Formierte Gesellschaft' könnte lediglich mit ihren inneren sozialökonomischen Energien nicht eine derartige Macht konstituieren, wie sie zur Beibehaltung der alten Ziele westdeutscher Europapolitik notwendig wäre. Ohne eine internationale Zusammenarbeit mit den USA, d. h. ohne die Aufgabe der bisher weitgehend geübten weltpolitischen und -militärischen Enthaltsamkeit und damit den Nachweis der Unentbehrlichkeit als internationaler Nothelfer der USA sind aber diejenigen politischen und militärischen Konzessionen, die die BRD zur Beibehaltung ihrer Ziele bedarf, von den USA nicht zu erhalten. Die Schaffung allein einer „neue(n) innenpolitische(n) Qualität" [22]) reicht hier nicht aus. Die Gefahr, daß diese Einsicht dazu führt, durch eine aktive Beteiligung an Kriegen à la Vietnam machtpolitische „Voraussetzungen für eine Veränderung des mitteleuropäischen status quo" [22]) neu zu schaffen, ist nicht gering. Und die US-Regierung könnte bei einer weiteren Entfaltung der internationalen kolonialrevolutionären Bewegung in die Versuchung geraten, die Herausbildung auch einer ‚neuen außenpolitischen Qualität' in der BRD zuzulassen. Sollte die internationale Entwicklung dem entgegenkommen, wird der sicherlich z. Z. bei den Machteliten der BRD noch überwiegende Wunsch „Unser Beitrag in Vietnam sollte durchaus auf das Humanitäre konzentriert sein" [23]) der Vergangenheit angehören. Eine neue Legion Condor kann dann sehr leicht auf besondere Art die Kontinuität der deutschen Geschichte gewährleisten.

---

20) Protokollauszüge zit. n.: Der Spiegel, Nr. 9 v. 21. 2. 66

21) zum folg. vgl. R. Opitz, Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1965, Nr. 9, S. 750 ff.

22) A.a.O., S. 772 u. 750

23) Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 25. 2. 66

Schlußerklärung der Genfer Ostasienkonferenz über Indochina vom Jahre 1954

Die vom 21. Juli 1954 datierte Schlußerklärung des Indochina-Abschnitts der Genfer Ostasienkonferenz (Teilnehmer: Frankreich, Großbritannien, USA, Volksrepublik China, UdSSR, Demokratische Republik Vietnam (Vietminh), Laos, Kambodscha und der Staat Vietnam), die von allen Teilnehmern mit Ausnahme der USA abgegeben wurde, hat laut Schweizerischer Depeschen-Agentur folgenden Wortlaut:

1. Die Konferenz nimmt Kenntnis von den Abkommen, welche die Feindseligkeiten in Kambodscha, Laos und Vietnam beenden und die internationale Kontrolle und Überwachung der Ausführung der Bestimmungen dieser Abkommen organisieren.

2. Die Konferenz gibt ihrer Genugtuung über das Ende der Feindseligkeiten in Kambodscha, Laos und Vietnam Ausdruck. Sie ist überzeugt, daß die Ausführung der Bestimmungen der vorliegenden Erklärung und der Abkommen über das Ende der Feindseligkeiten es Kambodscha, Laos und Vietnam ermöglichen wird, ihre Rolle in der Gemeinschaft der friedlichen Nationen in voller Unabhängigkeit und Souveränität zu spielen.

3. Die Konferenz nimmt Kenntnis von den Erklärungen der Regierungen Kambodschas und von Laos betreffend deren Bereitschaft, Maßnahmen zu treffen, damit alle Bürger ihren Platz in der nationalen Gemeinschaft finden, namentlich hinsichtlich der Beteiligung an den bevorstehenden allgemeinen Wahlen, die — entsprechend der Verfassung jedes dieser Staaten — im Laufe des Jahres 1955 unter Wahrung des Stimmgeheimnisses und der grundsätzlichen Freiheiten stattfinden.

4. Die Konferenz nimmt Kenntnis von den Bestimmungen des Abkommens über die Einstellung der Feindseligkeiten in Vietnam, die den Transport von fremden Truppen und Militärpersonen sowie von Waffen und Munition nach Vietnam verbieten. Sie nimmt ebenfalls Kenntnis von den Erklärungen der Regierung Kambodschas und von Laos hinsichtlich deren Bereitschaft, ausländische Hilfe an Material, Personal oder Instruktoren nur im Interesse der Landesverteidigung und — was Laos betrifft — im Rahmen der vom Abkommen über das Ende der Feindseligkeiten in Laos gesteckten Grenzen anzufordern.

5. Die Konferenz nimmt Kenntnis vom Abkommen über das Ende der Feindseligkeiten in Vietnam, nach welchem in den Umgruppierungszonen der beiden Parteien keine militärischen Stützpunkte fremder Mächte errichtet werden dürfen. Die beiden Parteien müssen dafür sorgen, daß die ihnen unterstellten Zonen nicht zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten oder für eine aggressive Politik mißbraucht werden. Sie nimmt ebenfalls Kenntnis von den Erklärungen der Regierungen Kambodschas und von Laos, wonach diese sich an keinem Abkommen mit anderen Staaten beteiligen, wenn dieses die Verpflichtung enthält, an einem Militärbündnis teilzunehmen, das den Grundsätzen der Satzungen der Vereinten Nationen widerspricht oder — was Laos betrifft — mit den Grundsätzen des Abkommens über das Ende der Feindseligkeiten in Laos nicht vereinbar ist, und keine Militärstützpunkte fremder Mächte in Kambodscha oder Laos errichten lassen, solange ihre Sicherheit nicht bedroht ist.

6. Die Konferenz stellt fest, daß das Abkommen für Vietnam hauptsächlich dem Zwecke dient, die militärischen Fragen im Hinblick auf die Einstellung des Feuers zu regeln, und daß die militärische Demarkationslinie eine provisorische Linie ist und in keiner Weise als politische oder territoriale Trennung ausgelegt werden darf. Sie ist überzeugt, daß die Ausführung der Bestimmungen dieser Erklärung und des Abkommens über die Einstellung der Feindseligkeiten die notwendigen Voraussetzungen für die baldige Verwirklichung einer politischen Regelung schafft.

7. Die Konferenz erklärt, daß die in Vietnam auf der Grundlage der Achtung vor den Grundsätzen der Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Integrität zu treffende Regelung der politischen Fragen dem vietnamesischen Volk den Genuß der grundlegenden Freiheiten ermöglichen muß, die durch demokratische Institutionen garantiert werden, die

aus den allgemeinen Wahlen hervorgehen. Wenn die Wiederherstellung des Friedens genügend weit fortgeschritten ist und alle notwendigen Voraussetzungen zur freien Äußerung des nationalen Willens erfüllt sind, werden die allgemeinen Wahlen im Juli 1956 unter Kontrolle einer internationalen Kommission für die Überwachung durchgeführt, wie es im Abkommen über das Ende der Feindseligkeiten vorgesehen ist. Zwischen den zuständigen Behörden der beiden Zonen finden vom 20. Juli 1955 an diesbezügliche Besprechungen statt.

8. Die Bestimmungen der Abkommen über die Beendigung der Feindseligkeiten betreffend den Schutz von Personen und Eigentum müssen strikte befolgt werden. Namentlich ist jedermann in Vietnam zu gestatten, nach freiem Willen die Zone zu wählen, in der er leben will.

9. Die zuständigen Behörden der Zonen von Südvietnam und Nordvietnam sowie die Behörden von Laos und Kambodscha dürfen weder individuelle noch kollektive Repressalien gegenüber Personen oder Familienangehörigen von Personen ergreifen, die in irgendeiner Form während des Krieges mit einer der Parteien zusammengearbeitet haben.

10. Die Konferenz nimmt Kenntnis von der Erklärung der Regierung der Französischen Republik, wonach diese bereit ist, ihre Truppen in Kambodscha, Laos und Vietnam auf Ersuchen der interessierten Regierungen innerhalb der von beiden Parteien vereinbarten Frist zurückzuziehen. Ausgenommen ist der Fall, da im Einvernehmen mit beiden Parteien eine gewisse Anzahl französischer Truppen an bestimmten Punkten und für eine bestimmte Zeit belassen wird.

11. Die Konferenz nimmt Kenntnis von der Erklärung der französischen Regierung, wonach diese bei der Regelung aller mit der Wiederherstellung und Stärkung des Friedens in Kambodscha, Laos und Vietnam verbundenen Probleme die Unabhängigkeit und die Souveränität, die Einheit und territoriale Integrität von Kambodscha, Laos und Vietnam respektieren will.

12. In seinen Beziehungen mit Kambodscha, Laos und Vietnam verpflichtet sich jeder einzelne Teilnehmerstaat der Genfer Konferenz, die Souveränität und die Unabhängigkeit, die Einheit und territoriale Integrität von Kambodscha, Laos und Vietnam zu respektieren und sich jeder Einmischung in deren interne Angelegenheiten zu enthalten.

13. Die Teilnehmer an der Konferenz konsultieren sich in jeder Frage, die ihnen von den internationalen Kommissionen für die Überwachung und Kontrolle vorgelegt wird, um allfällig notwendige Maßnahmen zur Gewährleistung der Abkommen über das Ende der Feindseligkeiten in Kambodscha, Laos und Vietnam zu prüfen.

Einschränkende Sondererklärung der USA

Der amerikanische Delegierte und Unterstaatssekretär Walter Bedell Smith gab laut Herald Tribune in der Schlußsitzung folgende Sondererklärung ab:

„Wie ich bereits am 18. Juli feststellte, ist meine Regierung nicht bereit, einer Erklärung beizutreten, wie sie der Konferenz vorliegt. Die Vereinigten Staaten geben jedoch folgende einseitige Deklaration über die Stellungnahme in dieser Angelegenheit ab:

Die Regierung der Vereinigten Staaten, entschlossen, ihre Bemühungen der Stärkung des Friedens in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Zwecken der Vereinten Nationen zu widmen;

nimmt Kenntnis von den Abkommen, die in Genf am 20. und 21. Juli 1954 abgeschlossen wurden, und zwar a) zwischen dem französisch-laotischen Kommando und dem Kommando der Volksarmee von Vietnam (Vietminh), b) zwischen dem Kommando der Königlichen Khmer (Kambodscha)-Armee und dem Kommando der Volksarmee von Vietnam, c)

zwischen dem französisch-vietnamesischen Kommando und dem Kommando der Volksarmee von Vietnam, sowie von den §§ 1 bis 12 einschließlich der Erklärung der Genfer Konferenz vom 21. Juli 1954 (siehe Wortlaut vorstehender Absatz — die USA-Regierung nimmt somit von § 13 dieser Erklärung keine Kenntnis);

erklärt in Hinblick auf die vorgenannten Abkommen und Paragraphen, daß (1) sie sich jeder Drohung mit oder des Gebrauchs von Gewalt zu deren Störung enthalten wird, und zwar in Übereinstimmung mit Artikel 2, § 4 der Satzung der Vereinten Nationen (Wortlaut: 289 C), handelnd von der Verpflichtung der Mitglieder, sich bei ihren internationalen Beziehungen der Drohung mit oder des Gebrauchs von Gewalt zu enthalten, (2) daß sie jede Erneuerung der Aggression in Verletzung der vorgenannten Abkommen mit schwerer Besorgnis und als ernste Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit betrachten würde.

Im Zusammenhang mit der Feststellung der Erklärung bezüglich freier Wahlen in Vietnam wünscht meine Regierung ihre Stellungnahme klarzumachen, die sie in einer Deklaration zum Ausdruck brachte, die in Washington am 29. Juni 1954 wie folgt abgegeben wurde:

„In den Fällen, da Nationen gegenwärtig gegen ihren Willen geteilt sind, werden wir damit fortfahren, ihre Vereinigung zu erlangen zu suchen durch freie Wahlen unter der Aufsicht der UNO, um zu gewährleisten, daß sie fair abgehalten werden."

Mit Bezugnahme auf die Erklärung, die vom Vertreter des Staates Vietnam abgegeben wurde, wiederholen die Vereinigten Staaten ihre traditionelle Stellungnahme, daß Völker berechtigt sind, ihre eigene Zukunft zu bestimmen und daß die Vereinigten Staaten sich an keinem Arrangement beteiligen werden, das dies hindern würde. Nichts in der eben abgegebenen Erklärung der Vereinigten Staaten beabsichtigt oder deutet an, daß von dieser traditionellen Stellungnahme irgendwie abgegangen wird.

Sie teilen die Hoffnung, daß die Abkommen es Kambodscha, Laos und Vietnam ermöglichen werden, ihre Rolle in der friedlichen Gemeinschaft der Nationen bei voller Unabhängigkeit und Souveränität zu spielen und es den Völkern dieses Gebiets ermöglichen werden, ihre eigene Zukunft zu bestimmen."

Dr. Wilfried Daim

Fazit des Konzils

I

Wenn man die vielfältigen Wandlungsprozesse im Rahmen des Konzils verstehen will, muß man sich die fundamentalen Änderungen der Situation vor Augen führen, in der sich die Kirche nunmehr seit 1945 befindet.

Vor der Installierung der Kirche als Staatskirche unter Konstantin war die Macht der Kirche gering. Die Hierarchen waren keineswegs in besonderer Weise aus

der Gesellschaft herausgehoben. Konstantin hatte nun die Kirche zur Staatskirche gemacht, und die Kirche schloß ein Bündnis mit dem Staat. Der Staat förderte die Kirche, und die Kirche stellte die Rechtfertigungsideologie für den jeweiligen Staat. Dies ist der soziologische Inhalt der Formel „Thron und Altar".

Zwar ist die mittelalterliche Dialektik zwischen Papstum und Kaisertum ein Spannungsverhältnis im Rahmen des Feudalismus, doch trug diese Spannung, wie Friedrich Heer überzeugend darlegte, viel zur Konstituierung der europäischen Freiheit bei.

Die amerikanische Revolution entging, wegen der Distanz zwischen Rom und den USA, den Päpsten in ihrer Bedeutung weitgehend. Als jedoch die Französische Revolution siegte und damit ein ganz wesentlicher Thron zusammenstürzte, erschien dies für Rom als etwas ganz Furchtbares.

Es dauerte an die hundert Jahre, bis ein Papst — Leo XIII. — sich bereitfand, die Republik als etwas Endgültiges anzuerkennen. Bis dahin gab es ganz entschiedene Verurteilungen der liberalen demokratischen Freiheiten, so in der berüchtigten Enzyklika Gregor XVI. „Mirari vos" aus dem Jahre 1832.

Nun wurde die Kirche seit Konstantin ein hierarchisches Feudalsystem. Sowohl die Strukturprinzipien als auch der gesamte Emblemebestand als auch die Sozialideologie waren feudal. Die Relation Herr—Untertan, die den Feudalismus als solche charakterisiert, charakterisierte auch die inneren Relationen in der Kirche zwischen Über- und Untergeordneten.

Nun entzogen sich wiederholt christliche Gruppen den totalen Herrschaftsansprüchen des Papstes. So entstanden zunächst die orthodoxen Kirchen und später, nach offener Rebellion, die reformierten Kirchen. Auf Grund des feudalen Herrschaftsdenkens der Päpste konnte eine Lösung des Einheitsproblems nur in einer reumütigen Unterwerfung der „Schismatiker" und „Häretiker" gefunden werden. In diesem Sinne öffnete auch der spätfeudale Papst Pius XII. seine „Arme weit". Nicht nur die Herrschaftsstruktur, auch der gesamte Emblemebestand der Kirche atmete feudalen Geist. Von der dreifachen Krone des Papstes bis zu den (Fürst)-Erzbischöflichen Palais', den Wappen, Titeln, Uniformen, Orden etc.

Nachdem Leo XIII. die französische demokratische Republik anerkannt hatte, änderte sich zunächst innerhalb der Kirche weder strukturell noch in den Emblemen irgendetwas. Es hatte also ein in sich völlig intaktes Feudalsystem eine bürgerliche Demokratie außerhalb ihrer anerkannt. Dies blieb bis Johannes XXIII. so.

Der Zusammenbruch einer ganzen Reihe von Monarchien nach 1918 machte das Problem der Demokratie penetranter. Aber der Herrschaftsgeist der maßgeblichen Kirchenfürsten lehnte nicht nur die Demokratie ab, sondern fühlte sich in ihr denkbar unwohl. Damit erschien die Kirche in der Gesellschaft wie ein Relikt des Mittelalters.

Als nun der sekundäre Faschismus auftrat, erschien er znächst vielen Hierarchen wie ein Erlöser. Der Feudalismus — Herkunftswertung nach der Herr-Untertan-Relation, archaische Embleme etc. — schien sich nun in neuer Form wieder zu etablieren. Wenn es natürlich auch erhebliche Differenzen gegenüber dem Nazismus gab, so zeigte dieser doch eine verwandte Herrschaftsstruktur. So war natürlich — man mag ihn subjektiv entschuldigen, wie man will — Pius XII. ein durch und durch spätfeudaler Typ, der aller Probleme Lösung im Überherrschen und in Autoritätsentscheidungen sah. Ein mittelalterliches Relikt.

Als nun nach 1945 die faschistischen Systeme zusammenbrachen, wurde Europa zunächst zwischen dem amerikanischen Liberalismus und dem sowjetischen Kommunismus, dessen atheistischer Überbau unübersehbar war, aufgeteilt.

So wurde der US-Liberalismus zur Schutzmacht der Kirche. Dies schuf insofern eine neue Situation, als nun die feudale Struktur der Kirche erst recht als ein Überbleibsel in einer völlig veränderten Welt erscheinen mußte. Der bürgerliche Liberalismus mußte in einer ungleich intensiveren Weise ernstgenommen werden als bisher. Aber Pius XII. war natürlich zu einer entsprechenden Wendung völlig unfähig. Seine psychische Struktur bot hierzu keine Ansatzpunkte. Die entscheidende Wendung konnte nur ein neuer Papst vollziehen. Was nötig war, war eine „Revolution von oben".

Daß auf Pius XII. Johannes XXIII. folgte, war ein unerhörtes Glück. Er war als Typus genau das, was not tat, er war zu einer entscheidenden Wendung fähig. Diese wurde so grundlegend vollzogen, daß auch der auf ihn folgende Papst kaum mehr anders konnte, als im wesentlichen seinen Weg weiter zu gehen, ob er nun wollte oder nicht.

Johannes war einerseits im Besitz einer absolutistisch-monarchistischen Gewalt, ohne jedoch von ihr Gebrauch machen zu wollen. Im Gegenteil, er wollte nur von ihr Gebrauch machen, um die Umorientierung zu vollziehen.

II

Was war nun das Hauptanliegen des Konzils? Es war eben jene Entfeudalisierung der Kirche, die notwendig war, um einerseits sich an die bürgerlich-liberalen Staatsstrukturen anzupassen, andererseits, um wiederum hinter Konstantin zurückzugehen. Allerdings waren der monolithische Druck, die Erfahrung der Antiliberalität und der Unduldsamkeit so groß, daß man kaum erwartete, daß aus dem Konzil etwas werden könnte.

Nicht untypisch ist für diese Situation folgendes: Kardinal König, der im Konzil immerhin eine echte Chance sah, forderte 1961 auch die Laien auf, sich zu äußern: „Wenn Sie etwas zum Konzil zu sagen haben, dann warten Sie nicht auf den Bischof, nicht auf seine Nachricht aus Rom, mahnen Sie, wo Sie glauben mahnen zu müssen, drängen Sie, wo Sie glauben drängen zu müssen". Viele von uns glaubten dem Kardinal zwar den guten Willen, waren jedoch hinsichtlich der Möglichkeiten so skeptisch, daß sie der Aufforderung von „Wort und Wahrheit", Stellung zu nehmen, gar nicht nachkamen. Ich war auch skeptisch, doch ich schrieb dann doch — von der Redaktion später gekürzt — 20 Punkte zur Entfeudalisierung der Kirche nieder. Eine große Zahl anderer Punkte stellte ich gar nicht erst auf.

Schließlich veröffentlichten wir zu dritt (Daim, Heer, Knoll) unser Buch „Kirche und Zukunft", in welchem ich wiederum die Frage der Entfeudalisierung in den Mittelpunkt stellte. Nunmehr war es aber zuviel, die Liberalität zu Ende. Soviel Kritik sollte es nicht geben. Auch Kardinal König meinte schließlich zu unserem Buch, wir „wollten die Kirche ans Kreuz schlagen", „ihr die Dornenkrone aufsetzen". Dabei ist an letzterem Punkt insofern etwas Wahres, als ich ja bemerkte, daß Jesus nie eine Krone aufhatte, mit Ausnahme der Dornenkrone.

Und dann kam die Überraschung des Konzils: Die Progressiven erwiesen sich als ungleich stärker als die Reaktionäre und Konservativen. Und tatsächlich kam die

Liberalität zum Zuge. Letztlich ist das ein Verdienst Johannes' XXIII. Er hatte den entscheidenden Schritt insofern getan, als er zunächst die Bischöfe spüren ließ, daß sie ein Recht hätten, auch einem Kurienkardinal zu widersprechen. (Letztere waren demgegenüber oft der Auffassung, was sie sagten, wäre so unfehlbar wie der Papst, wenn er ex cathedra spricht.) So wurde zunächst Spielraum für eigene Meinungen geschaffen — die große Errungenschaft des Liberalismus. Es ging erstaunlich schnell.

Es gelang den Bischöfen, neue Kommissionen durchzusetzen (die Vorbereitungskommissionen waren zunächst fast vollständig von den Kurialen beherrscht worden) und damit den Zentralapparat zurückzudrängen. Als es schließlich mit Hilfe des Papstes gelang, das Schema „Über die Quellen der Offenbarung" zurückzuweisen, konnten die Progressiven einen ersten großen Sieg feiern.

Man könnte nun meinen, dieses Schema habe nichts mit der „Liberalisierung" zu tun. Dem ist jedoch keineswegs so, es ist primär durch die Entfeudalisierung bestimmt. Wir wollen dieses Beispiel für viele bringen: Die Relation des Papstes zu den „Häretikern" war bisher ähnlich wie die eines Feudalherren zu geflüchteten Untertanen. Eine andere Form der Verständigung als die reumütiger Unterwerfung konnte es nicht geben. Sollten sich nun die Beziehungen, z. B. zu den Evangelischen, ändern, müßte man ihre Lehren nicht einfach als freches und falsches Teufelswerk verdammen, sondern sie ernst nehmen. Sollten nun Schrift und Tradition als zwei Quellen gelten und andererseits die evangelische These der Schrift als alleiniger Quelle ernst genommen werden, dann ging dies nur, indem man erklärte, daß man auch aus der Schrift allein die Wahrheit erkennen könne, daß jedoch daneben die übrige Tradition ein gutes zusätzliches Mittel sei. (So im Prinzip die progressive These.) Die Modifikationen der theologischen Lehre hatte den Zweck, den Evangelischen auf gleicher Ebene zu begegnen. Insofern steigt auch mit diesem Schema die katholische Kirche vom hohen Roß des Herrenmenschen zu den Menschen nieder. Der Ökumenismus hat also als Basis die Revision der katholischen Sozialideologie.

Tatsächlich lassen sich bei der Entfeudalisierung drei grundlegende Aspekte unterscheiden:

1. Revision der Machtstruktur.

2. Revision des Emblembestandes und der Ausdrucksformen.

3. Revision der Sozialideologie.

Betrachtet man die Erfolge zu Punkt 1, so sind sie als sehr mager anzusehen, jedoch wurde ein produktiver Keim gelegt. Die Kurie ist bekanntlich als reaktionäres Zentrum anzusehen. Sie ist einerseits Kirchenregierung (ohne Gewaltenteilung) und andererseits Kopf der Zentralbürokratie, die natürlich eigene Institutionalinteressen besitzt. Sollte auf die Dauer Freiheit in der Kirche einkehren, müßte die Kurie entmachtet werden.

Die Bischöfe, die unter der Kurie oft viel zu leiden hatten, standen zu ihr in einem natürlichen Interessengegensatz. Sie drängten zu Dezentralisierung. Die Kurie bekämpfte zunächst das Kollegialitätsprinzip und dessen potentiellen Machtausdruck, das Bischofsparlament, oder, wie man sich vorsichtig ausdrückte, den „Bischofsrat". Dieser ist der Ausdruck des am Konzil vertretenen und heißumkämpften Prinzips der Kollegialität, das dazu diente, die Gewalt des Papstes

einzuschränken (trotz aller Beteuerungen des Gegenteils) und die Kurie zu entmachten. Nun ist ein solcher Bischofsrat natürlich noch keine komplette demokratische Einrichtung. Er ist eine Hocharistokratenrepräsentanz. Aber die Kurie machte es von ihrem Standpunkt aus sehr richtig, wenn sie versuchte, den Wurm gar nicht erst ins Gebälk zu lassen, denn es ist natürlich zu erwarten, daß mit dem Essen der Appetit kommt und der Wunsch nach weiterer Demokratisierung auftaucht.

Konsequent versuchten die Bischöfe, die Kurie in die Hand zu bekommen, indem man ihre Unterordnung unter einen Bischofsrat forderte. Konsequent ging Kardinal Frings mit seiner Forderung bis zum Ende, die Kurie mit „Laien" zu besetzen, da man zur kurialen Tätigkeit keine Bischöfe brauche. Wenn man das Achtungsgefälle im kirchlichen Rahmen zwischen Bischof und „Laien" beachtet, besonders zwischen Bischöfen und Laien, die innerhalb der Kirche angestellt — also finanziell abhängig — sind, dann erkennt man, daß eine Realisierung der Vorschläge Kardinal Frings' der Kurie das Rückgrat gebrochen hätte. Bekanntlich folgte diesem Vorschlag die schärfste Kontroverse auf dem Konzil, während der Kardinal Ottaviani größte Erregung zeigte, ohne daß deshalb seine Argumentation überzeugender geworden wäre.

Tatsache ist, daß auf dem Konzil die Progressiven ein außerordentliches Übergewicht hatten. Wenn jedoch nur Bischöfe, die einer wirklich existierenden Diözese vorstehen, Stimmrecht gehabt hätten und die kirchlichen Bürokraten, die gleichsam Ehrenbischöfe sind, keines, hätte es auf dem Konzil fast keine Konservativen und Reaktionäre gegeben.

Der Konflikt also zwischen der Zentralbürokratie und den Länderinteressen zeigte sich in der Auseinandersetzung zwischen Frings und Ottaviani am extremsten.

III

Es ist nun offenkundig, daß das am weitesten gesteckte Ziel der Progressisten, die völlige Entmachtung der Kurie und eine legislative Versammlung von Kirchenrepräsentanten als eigentliche Kirchenleitung, nicht erreicht wurde.

Paul VI. kam auch — es war dies eine seiner Taktiken gegenüber dem Konzil — einer weitergehenden Forderung der Bischöfe durch die Konstituierung eines „Bischofsrates" zuvor. Dieser Bischofsrat ist nun tatsächlich der eigentliche demokratische Keim, den das Konzil legte.

Nun hat der Papst bei dessen Konstituierung alle möglichen Bremsen eingebaut. Dies entspricht dem Charakter dieses Papstes, der die politischen Ziele Johannes' XXIII. mit den Mitteln eines Pius XII. zu erreichen sucht. Aber man muß trotz aller Einwände gegenüber seinem Stil, der ein Produkt aus menschlichen Hemmungen und gutem Willen darstellt, doch sagen, daß er fähig ist, Kritik zu ertragen, was ihn dem Grundtyp eines demokratischen Repräsentanten annähert. So hat Hans Küng den Papst in einer für einen in den Apparat eingeordneten Theologen außerordentlich scharfen Weise angegriffen. Trotzdem empfing ihn der Papst offenkundig recht freundlich. Das bedeutet, daß dieser Papst auch fähig ist, Kritik zu verarbeiten.

Trotzdem ist es unzweifelhaft, daß die Konstitution des Bischofsrates dessen Manipulierung durch den Papst möglich macht. Er kann zu willkürlichen Zeiten mit willkürlichen Themen befaßt werden, und der Papst kann ihm unangenehme Personen von ihm fernhalten. Aber des Papstes theoretische Möglichkeiten sind in der Praxis doch sehr beschränkt. Denn er muß, wiederum gemessen an seiner Interessenlage, Rücksicht nehmen auf die öffentliche Meinung. Es ist für seine Zielsetzungen keineswegs gleichgültig, was die „New York Times", der „Observer" oder die „Prawda" schreiben. Und alle „getrennten Brüder", wie auch die Katholiken selbst — die für ein imperialistisch-romanistisches Denken im Vatikan allerdings sekundäre Größen darstellen — werden den Papst genau beobachten. Sie würden es sehr übel vermerken, wenn er den Bischofsrat sehr selten einberufen und ihn mit sekundären Problemen befassen und dann von seinem Vetorecht Gebrauch machen würde.

Die Tatsache ferner, daß der Bischofsrat der Kurie nicht übergeordnet, sondern nebengeordnet ist, ist sicherlich ein Stein des Anstoßes.

Nun ging die Entwicklung von der absoluten Monarchie zur konstitutionellen in manchen Staaten eben jenen Weg, den voraussichtlich die Kirche gehen wird. Der absolute Monarch hat zunächst ein Vetorecht in allen Fragen und Entscheidungen des Hocharistokratenparlaments. Aber er steht auch unter dem Druck der öffentlichen Meinung, so daß er von seinem Vetorecht, wenn überhaupt, nur höchst selten Gebrauch macht. Insofern wäre jeder Gebrauch des Vetos durch Paul VI. schwerster, auch innerkatholischer Kritik ausgesetzt.

Es ist somit zu erwarten, daß der Bischofsrat eine Entwicklung nimmt, wahrscheinlich eine sehr rasche. Er ist der zarte Keim der Demokratisierung der Kirche, dessen endgültiges Ziel allerdings viel weiter gesteckt werden muß. Schließlich müßten die Bischöfe, bzw. die Kardinäle vom Volk gewählt werden, und der von den Kardinälen — aus praktischen Gründen — gewählte Papst hätte einer legislativen Versammlung Rechenschaft über seine Maßnahmen abzulegen. Der Weg dahin wird noch weit sein, obwohl die Bischöfe von einigem römischen Druck befreit heimkehrten. Zum Teil meinen sie allerdings nun in ihrem Land, in ihren Diözesen Papst spielen zu können.

Aber Kardinal König erklärte dazu schon, man müsse das Kollegialitätsprinzip nun auch in den Diözesen durchführen. Man sieht also, wie das einmal formulierte Prinzip sich nach unten durchzusetzen trachtet. Die Konzilsideen entwickeln ihre Dynamik, und es wird unmöglich sein, ihre Konsequenzen zu verhindern.

Schließlich ist es ein offenes Geheimnis, daß die Konzilstexte nicht die wahre Meinung der Konzilsmehrheit darstellen. Sie enthalten viel zu viele Zugeständnisse an die Reaktionäre, die aus dem Bestreben Paul VI. eingebaut wurden, einen monolithischen Eindruck zu machen: sicherlich ein psychisches Relikt des Pacellismus. Der Heilige Geist wirkt keineswegs dort in höherem Grade, wo „Einstimmigkeit" vorgetäuscht wird oder auch besteht. Dies sieht man an der Wahl Pius' XII., die einstimmig erfolgte im Gegensatz zu der Johannes XXIII., die nicht so glatt ablief.

Auch die sogenannte Dezentralisierung ist eine Strukturveränderung zum Besseren: die Bischofskonferenzen erhielten mehr Einfluß und Macht. Autorität wurde so nach unten verlagert, was konkret mehr Freiheit bedeutet.

Zuletzt scheint sogar der „Index", dieses totalitäre Machtinstrument, den verdienten Tod gefunden zu haben.

Zu Punkt 2 kann gesagt werden, daß hierzu wirklich viel geschehen ist. Das Wichtigste dabei ist die neue Liturgie, die, von der Patriarchalität weg, sich zur Fraternität hin bewegte. Der Abbau des Latein, das als Ausdruck des in die Kirche importierten römischen Imperialismus anzusehen ist, ist schon ein großer Fortschritt, obwohl dessen Krallen sich noch immer um das Herz der Messe legen. Nicht nur das Konzil, auch die Päpste entwickelten hier Sinn für die Realität. Johannes XXIII. hatte begonnen: Er aß wie normale Menschen mit anderen zu Mittag (sogar Blutwurst und Käse), er ging persönlich aus, ging zu Verbrechern, führte die Fußwaschung wieder ein und vieles mehr.

Paul VI. legte die Tiara weg, und obwohl er dies falsch motivierte — es handelt sich dabei um einen Akt der Demut, nicht des mitleidigen Almosengebens — ist dies ein Fortschritt.

Paul VI. ließ auch still und leise die pharaonischen Straußenwedel im vatikanischen Mobiliendepot ablegen und außer Funktion setzen. Er vereinfachte das Zeremoniell und die Empfangszimmer, er konnte sich jedoch bisher noch nicht entschließen, von dem umständlich schwulstigen Stil abzugehen. Nun führt der Papst den Titel, und Paul VI. gebrauchte ihn sogar, „Prophet der Gerechtigkeit". Wenn die Propheten und Jesus Christus so herumgeredet hätten, gäbe es kein Christentum.

Die Anreden Exzellenz und Eminenz werden von vielen Bischöfen nicht mehr verlangt, das Hände(Ring-)küssen, die untertänigsten Kniefälle oder gar der despotisch minderwertige Fußkuß verschwanden.

Neben dem Vatertitel dringt immer mehr der Brudertitel vor. Eine besonders eindrucksvolle Geste ist das Schuldbekenntnis des Papstes in Richtung auf die getrennten Brüder, das, wenn auch halbherzig ausgesprochen, doch ein Heruntersteigen vom Podest darstellt.

Johannes XXIII. war im übrigen nicht mehr „beleidigt" wegen des weggenommenen Kirchenstaates und schloß sich nicht mehr im Vatikan ein, er nahm die Hirtenpflicht — zu den Schafen gehen und nicht warten, bis diese kommen — im Gegensatz zu seinen Vorgängern wieder ernst und erfüllte seine Bischofspflichten in Rom wieder.

Paul VI. verließ nun Italien und begab sich zur UNO. Gerade dadurch, daß die beiden letzten Päpste nicht arrogant in Rom sitzen blieben, sondern das Apostelamt wieder ernst nahmen, kam es zu einer Aufwertung der Kirche.

IV

Was nun die sozialideologischen Änderungen (Punkt 3) betrifft, so haben wir eine neue Lehre von der Gewissensfreiheit, verwässert zwar, aber man schmeckt noch den ursprünglichen Wein. Dieser Punkt ist zentral für die ideologische Liberalisierung der Kirche.

Wir erhielten eine Lehre vom Dialog, was heißt, daß man dem Gegner auf gleicher humaner Ebene begegnen soll und ihm nicht die Wahrheit von hoch oben hinunterwirft und er diese „alleruntertänigst" zu empfangen hat.

Der Ökumenismus ist nur ein Spezialfall der Dialogbereitschaft. Die anderen Christen sollen in ihren Anliegen ernst genommen werden. Die meisten Bischöfe scheinen nunmehr begriffen zu haben, daß die Wiedervereinigung mit den „getrennten Brüdern" (um wie vieles anders klingt dies als „Schismatiker" und „Häretiker") nicht ein eindeutiger Akt der Unterwerfung sein kann, vielmehr eine wechselseitige Begegnung, bei der beide Seiten etwas zu empfangen haben. Wieviel Ächzen und Stöhnen das Aufgeben der Überheblichkeit kostete, darüber gibt ein kolportierter Ausspruch eines konservativen Kardinals Auskunft: „Ich wollte, ich wäre vor dem Konzil gestorben."

Auch die Erklärung über die Juden schmeckt trotz der konservativen Schalheit, die unter das christliche Salz gemischt wurde, noch salzig. Der Jude ist nun nicht mehr der böswillige Gottesmörder. Zwar wird die Erklärung, schon allein deshalb, weil sie in den Zusammenhang „nichtchristlicher Religionen" gestellt wurde, der Sonderstellung des Judentums nicht gerecht. Aber man bedenke, was es für Folgen gehabt hätte, hätte sich der Vatikan zu einer solchen Erklärung vor 1933 aufgerafft!

Auch was das Problem „Krieg und Frieden" betrifft, zeigten die Diskussionen einzelne kühne Vorstöße: Einzelne tapfere Männer, wie Maximos IV. Saigh, stellten sich bereits eindeutig hinter den Pazifismus — was natürlich christlicher wäre als die Lehre vom „gerechten Krieg", die noch irgendwie jeden Krieg sanktionierte — indem sie die Lehre vom „gerechten Krieg" als solchen ablehnten. Christus hat zwar Widerstand bis zum Tod geleistet, jedoch ohne Gewalt.

In kleinerem Kreise sagte Bischof Charriere von Fribourg: „Nun gut, man kann sagen, wir sind gegen jeden Krieg, aber dann soll man auch dazu sagen, daß wir kapitulieren." Abgesehen von der politischen Naivität, die in diesen Worten steckt (würde tatsächlich die Sowjetunion ein abgerüstetes Westeuropa besetzen, würde der Kommunismus ideologisch völlig auseinanderfallen), zeigt dies doch, welch ganz ernste Bestrebungen zu spüren waren.

Nun kam es wieder zu einem Kompromiß. Aber der ganze Text zeigt, daß die Kirche nunmehr gegen jeden Kreuzzug ist, daß sie wirklich den Frieden will, ja selbst bereit ist, Anstrengungen hierfür zu unternehmen. Ja, man verurteilte jenen Frieden, der auf der Basis des „Gleichgewichtes des Schreckens" aufgebaut ist. Das Konzil ist für eine weltweite Abrüstung und eine Art Weltpolizei.

Bei allen Vorbehalten kann nun zu dem Konzil als Ganzes gesagt werden: Es drang in die Kirche der Geist der Freiheit ein. Und die kurze Zeit seit Johannes XXIII. hat gezeigt, welche Kräfte die feudale Kirche, die meinte, alle Probleme durch Überherrschung lösen zu können, bisher blockiert hat.

Man darf letztlich das Konzil nicht nach den konservativ-verwässerten Schemata betrachten, man muß so manche bischöfliche Rede lesen, so etwa die von Kardinal Suenens zum Tod Papst Johannes XXIII. Hier fehlt auf einmal das klerikale Herumgerede, man spürt fast einen prophetischen Geist, ideenreich, männlich klar. Und oftmals begegnet man in den Aussagen mancher Bischöfe einem Geist der Selbstkritik und damit der Offenheit und Freiheit, den man in den dumpfgewissensquälerischen Zeiten eines Pius XII., die voller Ketzerriecher war, nicht für möglich gehalten hätte.

Sicherlich hatte die Kirche ihre Geburtshelfer. Ohne den Sieg der Demokratien — und der Sowjetunion — 1945 hätte es dieses Konzil nie gegeben, hätte sich

die strahlende Wärme Johannes XXIII. nicht gegen das Eis der Herren- und Untertanenkirche durchgesetzt. Ja, ohne den Druck der öffentlichen Meinung hätte es weder eine Aussage über die Religionsfreiheit noch über die Juden gegeben, vielmehr wären diese wohl dem konservativ-reaktionären Würgegriff zum Opfer gefallen.

Wenn wir es theologisch ausdrücken: Man kann sehen, welche Umwege der Heilige Geist einschlug, um in Rom zum Zug zu kommen. Die außerhalb der Kirche gelegten und gewachsenen christlichen Keime wirkten nunmehr ins Zentrum zurück. Aber ist nicht gerade der Umweg ein Zeichen von Größe, von der Größe des Geistes in der Geschichte?

Anmerkungen Glossen Zuschriften

Vom Werkschutz zur Betriebskampfgruppe?

Bei der Lektüre der in der letzten Zeit sich anhäufenden Denkschriften und Broschüren über Zivilverteidigung fällt auf, daß die in ihrer klassischen Form vertikal gestaffelte Verwaltungshierarchie auf jeder Instanzenhöhe mit entsprechenden Querverbindungen ausgestattet zur Darstellung gebracht wird. Die rein zivile Verwaltung der Kreise z. B. wird mit entsprechenden Verwaltungsstellen des Zivil- und Bevölkerungsschutzes — Selbstschutzbezirk —, der Zivilverteidigung bis hinüber zu den Verwaltungsstellen der Bundeswehr gekoppelt. Die „Naht" wird von den Kreiswehrersatzämtern gebildet: sie haben in gleicher Weise die Erfassung der Wehrpflichtigen zu Zivilschutzkorps und Bundeswehr vorzunehmen. Als neue Glieder kamen in letzter Zeit die Stäbe der territorialen Verteidigung, jetzt Heimatschutztruppe, hinzu.

Aus dem Dargestellten erhellt, daß die militärischen Planer ebenso wie die Notstandsexperten der Bundesregierung gemeinsam darauf bedacht sind, ein hierarchisches Verwaltungssystem zu organisieren. Theoretisch wird die kleinste Verwaltungsparzelle damit über kurze Zeit isoliert lebensfähig. Auf Grund des Vorrangs militärpolitischer Planung ist die Strukturierung aller öffentlichen Instanzen total. Die Trennung etwa der zivilen Verwaltung von der para- bzw. ganzmilitärischen ist völlig aufgehoben.

Der durch die geschilderte horizontale Begradigung militärischen Gesichtspunkten unterworfenen Bürokratie geht die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft parallel. Durch die Regulative der Selbstschutz- und Schutzbauideologie wird sie zunächst einmal verpflichtet, im Interesse der maximalen Mobilität der Streitkräfte auch dann zu Hause zu bleiben, wenn eine Flucht als wenigstens potentiell lebensrettend erscheint. Mittels der Selbstschutzwarte und -züge soll die Gesellschaft — im Rahmen des begrenzt Möglichen — zu ihrer eigenen Erhaltung beitragen.

Dem Zivilschutzkorps obliegen demgegenüber mehr die paramilitärischen Aufgaben der Etappe. Als zivile Wachpersonen sollen die Angehörigen des Korps, durch ein entsprechendes Gesetz mit Schießvollmachten reichlich ausgestattet, in der Bundeswehr Dienst tun, bei Brückenschlag und Bestattungsarbeit militärischen Küchendienst verrichten.

Das Bindeglied zur regulären kombattanten Truppe stellt die Heimatschutztruppe dar. Ihre Aufgaben sind die Abwehr eingesickerter bzw. einheimischer Sabotagetruppen, die Sicherung strategisch wichtiger Punkte im Hinterland und schließlich ganz allgemein der Werkschutz der Betriebe von außen. Der Werkschutz von innen ist durch die §§ 23 und 27 des Selbstschutzgesetzes geregelt.

Die der gesamten Planung zugrundegelegte Konzeption bliebe lückenhaft, gelänge es den mit ihr beschäftigten Instanzen nicht, aus diesem Werkschutz eine unter der Führung des Eigentümers zusammengefaßte Betriebskampfgruppe zu destillieren. Zwar weisen die Befürworter der Notstandsplanung dieses Vorhaben mit großer Entrüstung von sich. Aber es liegt auf der Hand, daß an einen wirksamen Werkschutz im Sinn der strategischen Planer nur zu denken ist, wenn Werkselbstschutz und Heimatschutztruppe sich in ihren Operationen ergänzen. Da beide Organisationen aber von allen bisher definierten Formen des Notstands unabhängig, jetzt und damit außerhalb der so intensiv beschworenen Krisen ins Leben gerufen worden sind — bzw. demnächst aufgestellt werden sollen — werden sie zu einem die Autonomie der Gewerkschaften bedrohenden Faktor.

Zunächst gibt das „Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwangs" der Heimatschutztruppe schon heute die legale Handhabe, gegen eine Menschenmenge mit Gewalt vorzugehen, „wenn... aus ihr heraus Straftaten gegen die Bundeswehr unter Gewaltanwendung begangen werden oder solche Straftaten unmittelbar bevorstehen und Zwangsmaßnahmen gegen einzelne nicht zum Ziel führen oder offensichtlich keinen Erfolg versprechen". (Bundesgesetzblatt, Nr. 38, p. 798 — § 15,2.) Es ist eine Frage der Dienstanweisung, wann Straftaten aus einer beispielsweise vor den Werktoren streikenden Menschenmenge als unmittelbar bevorstehend zu interpretieren sind und wann nicht. Aber auch der Streik im Betrieb selbst wird unmöglich, wenn der Eigentümer seine Belegschaft jederzeit zu einer Werkschutzübung heranzuziehen vermag. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß (bei vorzeitigem Inkrafttreten am 1. 1. 67) das Selbstschutzgesetz neben den anderen Notstandsgesetzen bei einer möglichen Zuspitzung der Tarifverhandlungen z. B. der IG Metall um den 30. 7. 1967 als ultima ratio gegen die Gewerkschaften angewandt werden kann. Abgesehen von der inzwischen institutionalisierten Rechtmäßigkeit der Gewaltanwendung muß immer wieder betont werden, daß die §§ 23 und 27 des Selbstschutzgesetzes als Versuche gedeutet werden müssen, die Arbeitnehmerseite im System der horizontal durchfunktionalisierten Zusammenschlüsse von Produktion und Konsumtion zu integrieren. Sie sind ein weiterer Teilbeitrag zur Unterhöhlung des Betriebsverfassungsgesetzes und damit aller Versuche, die Mitbestimmung auch in ihren bescheidensten Ansätzen zu desavouieren. Gelingt es dem Gesetzgeber, die Führer der Gewerkschaften darüber hinwegzutäuschen, dann wird er sein Bemühen, den Gewerkschaftsapparat seiner gesellschaftlichen Basis in den Betrieben weiter zu entfremden, auch erfolgreich zum Abschluß bringen. Dann wird es ihm auch nicht schwerfallen, den entmachteten Apparat seinerseits zu einem Organ der Öffentlichen Hand zu degradieren. Sein Ziel ist und bleibt es, die entscheidenden Antagonisten der geschlossenen Gesellschaft nebst Tarifautonomie und Streikrecht seinen Intentionen gleichzuschalten.

Karl Heinz Roth, stud. med., Köln

„Jedenfalls ist Berlin ein Prüfstein . . ."

Klaus Ehrlers informative Analyse „Vietnam, Berlin und die Studenten" (Blätter 3/66, S. 172) sollte vielleicht mit Überlegungen darüber ergänzt werden, welche Maßnahmen die demokratischen Studenten und ihre Organisationen treffen müssen, um künftig ihren Einfluß auf ASTA und Konvent der Freien Universität nicht gänzlich zu verlieren. Die Aktionen gegen Lefèvre und Damerow konnten nur deshalb erfolgreich sein, weil sich die Mehrheitsverhältnisse im Konvent zu Ungunsten der demokratischen Studentenvertreter zu verschieben beginnen. Selbst wenn der Vorschlag der „Welt" (Nr. 54 v. 5. März 1966) nicht verwirklicht wird, müssen die demokratischen Studentenverbände Anstrengun-

gen machen, um künftig aus den Wahlen gestärkt hervorzugehen. H.-D. Sander hat in der genannten Nummer der „Welt" als Remedium die Zulassung der Korporationen vorgeschlagen, die bislang an der Freien Universität nicht zugelassen sind. „So ist die Herrschaft einer Minorität etabliert, die z. B. im Gegenstz zu den als nicht förderungswürdig geltenden (schlagenden) Verbindungen (und Burschenschaften) ein stark entfremdetes Verhältnis zur Bundesregierung und ihrer parlamentarischen Opposition haben." Es ist bewiesen, daß dieser Vorschlag in den maßgeblichen Kreisen der FU auf Sympathie zählen kann, wenn mit seiner Verwirklichung auch noch nicht sofort zu rechnen ist.

Jedenfalls ist Berlin ein Prüfstein. Es wird sich hier zeigen, ob die demokratischen Studentenverbände in der Lage sind, dem Willen der Studenten Ausdruck zu verleihen, oder ob sie sich zersplittern und besiegt werden. Die letzten Wahlen waren eine Warnung. Jetzt sollten sich die Verbände zu einem Zweckbündnis zusammenschließen, eine gemeinsame Liste aufstellen und gemeinsam die Probleme lösen. Die Zustimmung der Studentenschaft wird nicht ausbleiben. Im Gegenteil: viele Kräfte, die sich heute resignierend zurückziehen, würden durch ein solches Bündnis ermutigt. Es wäre damit zu rechnen, daß mehr als eine bloße Addition der Stimmen erzielt würde.

Auf jeden Fall ist die Taktik des „Getrennt marschieren, getrennt geschlagen werden" revisionsbedürftig. Welche Lösung auch immer erreicht wird: Ein Gespräch zwischen den demokratischen Verbänden sollte eine einheitliche Stellungnahme zeitigen, wie dem Vorrücken restaurativer Kräfte in den kommenden Semestern wirksam begegnet werden kann.

Bernward Vesper-Triangel, stud. phil., Berlin

„Mitbestimmung am Arbeitsplatz"

In den „Blättern" 3/66 schrieb Herr Symanowski über die Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Im vorletzten Absatz sagt er: „Zu fragen ist, warum die im Eigentum der Gewerkschaften befindlichen Betriebe nicht viel klarer Formen zukünftiger kooperativer Arbeit unter der Selbstbestimmung aller in ihr Tätigen herausbilden . . .". Das ist eine Frage, die mich selbst brennend interessiert und beschäftigt. Ich bin Sekretär der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen im DGB, und zu meinem Arbeitsgebiet gehört die Betreuung unserer Mitglieder in der Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Berlin. Mir erscheint es deshalb wichtig, Herrn Symanowski auf einiges hinzuweisen.

Welche Betriebe sind es, die sich im Eigentum der Gewerkschaften befinden? Es sind: die Bank für Gemeinwirtschaft mit dem Tochterunternehmen Westdeutsche Teilzahlungsbank, das Wohnungsunternehmen Neue Heimat und — zur Hälfte mit den Konsumgenossenschaften — die Alte Volksfürsorge. Allen gemeinsam ist, daß es ausgesprochene Angestelltenbetriebe sind. Das muß betont werden, weil leider alle Untersuchungen und Feststellungen zur Mitbestimmung von den Verhältnissen der Arbeiter ausgehen, die sich zweifellos als Objekt auch begreifen und Selbstverständnis entwickeln. Nicht so der Angestellte, oder — genauer gesagt, nicht so der Angestellte in ausgesprochenen Angestelltenbetrieben. Mindestens bei dieser großen Gruppe — und die Zahl der Angestellten wächst laufend weiter — ist man eher entschieden gegen als für Mitbestimmung, begreift man sich weniger als Objekt, als vielmehr wenigstens als Mittelstand, und je weiter sich die Angestelltengruppen qualifizieren und in der Betriebshierarchie aufsteigen (stetiger, sich verstärkender Trend), je näher sind sie am Arbeitgeberdenken dran und in Denken und Handeln selbst schon halbe Manager.

Wenn ich weiter beobachte, daß diese Betriebe der Gewerkschaften einfach wegen der Arbeitsmarktlage außerstande sind, schon in der mittleren Führungsebene nur Menschen einzustellen, die von der Gesinnung und vom Können her wirkliche Gewerkschafter sind, dann sehe ich hier weitere erhebliche Schwierigkeiten. Würden wir dort nur auf Mitgliedschaft zu einer Gewerkschaft bestehen und im übrigen dafür freie Wahl geben, hätten wir sicherlich dort mehr DAG- als DBG-Mitglieder. Der gleiche Angestellte, dessen Denken

und Gesinnung nur um die Beförderung kreist, der die Mitbestimmung ablehnt, ist es auch, der darauf besteht, eine eigene Angestelltenorganisation außerhalb des DGB zu haben, und es ablehnt, mit Arbeitern unter einem Dach zu sein. Es scheint mir sehr die Frage zu sein, ob die Gewerkschaften in Betrieben vorbildlich sein können, in denen sie ausgerechnet die schlechtesten Ausgangsbedingungen — wenn überhaupt — vorfinden.

Herbert Weidlich, Berlin

Bücher

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Victor Klemperer, Die unbewältige Sprache — LTI —. Aus dem Notizbuch eines Philologen. Joseph Melzer Verlag, Düsseldorf, jetzt Darmstadt, 304 S., Ln. 19,80 DM. — „Sprache ist mehr als Blut", ein Wort von Franz Rosenzweig setzt der Romanist Victor Klemperer seinem „Notizbuch" voran, als er es vor fast 20 Jahren zum ersten Mal im Ostberliner Aufbau-Verlag erscheinen ließ. LTI: Lingua Tertii Imperii, Sprache des Dritten Reiches. Die Analyse dieser Sprache war für Klemperer eine Analyse des Systems, des nationalsozialistischen, des „entarteten" Systems, das sie hervorbrachte. Dankbar wird man die Neuauflage des dort fast vergessenen, hier völlig unbekannten Buches zur Kenntnis nehmen.

Ulrich Günther, ... über alles in der Welt? Studien zur Geschichte und Didaktik der deutschen Nationalhymne. Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied, 216 S., kart. 18,50 DM (Reihe „Aktuelle Pädagogik").

Karl Jaspers, Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen, Gefahren, Chancen. Piper Verlag, München, 320 S., br. 9,80 DM.

Ernst Niekisch, Politische Schriften. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 328 S. Ln. 19,80 DM.

Adam Schaff, Marx oder Sartre? Versuch einer Philosophie des Menschen. Aus dem Polnischen übersetzt von Erna Reifer. Fischer-Bücherei, Frankfurt, 166 S., kart. 2,80 DM (Fischer-Bücherei/Bücher des Wissens/Bd. 703).

Hans Mayer, Bertold Brecht und die Tradition. Deutscher Taschenbuch-Verlag, München, 124 S., kart. 2,80 DM (DTV/Sonderreihe/Bd. 45).

Fritz Naphtali, Wirtschaftsdemokratie. Mit einem Vorwort von Ludwig Rosenberg und einer Einführung von Otto Brenner. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 220 S., Paperback 12,80 DM (Sammlung „res novae", Bd. 42).

Geschichte und Zeitgeschichte

Fachbibliographie Geschichte III. Deutsche Geschichte/Weltgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit. Koehler & Volckmar, Köln / Koch, Neff & Oetinger, Stuttgart, 450 S., kart. 19, —DM, geb. 23,— DM (Koehler & Volckmar-Fachbibliographien). — Auf den ersten Band dieser vorzüglichen und für den Historiker geradezu unentbehr-

lichen Reihe haben wir hier schon früher hingewiesen („Blätter", Heft 1/1965, S. 87). Der nun vorliegende Teil III wurde nach dem gleichen Prinzip bearbeitet: Zunächst ist die gesamte Literatur des deutschen Sprachraums (beide Teile Deutschlands, Österreichs und der Schweiz in mehr als 170 Abschnitten thematisch zusammengestellt. Viele Titel (berücksichtigt sind auch Zeitschriften und sonst nur schwer zugängliche Sonderdrucke) finden sich in mehreren in Frage kommenden Abschnitten. Es folgen ein umfangreiches Personenregister (S. 358—425) und ein Sachindex (S. 426 bis 450). — Im Spätsommer soll folgen: Geschichte II. Vorgeschichte und Geschichte des Altertums.

Das Kaiserreich. Seine Geschichte in Texten, Bildern und Dokumenten. Herausgegeben von Hans Dollinger. Wissenschaftliche Beratung: Thilo Vogelsang. Verlag Kurt Desch, München, 400 S. mit 800 Abb. und Dokumenten, zahlr. Karten, Chroniken, Statistiken, Stichwort-Register, Biographien und Zeittafel, Großband mit Kassette, Ln., Subskriptionspreis bis 30. Juni 85,— DM; Späterer Ladenpreis 95,— DM.

Bernd-Jürgen Wendt, München 1938. England zwischen Hitler und Preußen. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 151 S., kart. 9,— DM (Hamburger Studien zur neueren Geschichte, Bd. 3).

Margret Boveri, Wir lügen alle. Eine Hauptstadtzeitung unter Hitler. Walter-Verlag, Olten/Freiburg i. Br., 750 S.,, Ln. 36,— DM, kart. 28,— DM (Texte und Dokumente zur Zeitgeschichte). — Redaktionsprotokolle, persönliche Niederschriften, „Sprachregelungen" und eine Auswahl wichtiger Artikel zur Geschichte des „Berliner Tageblattes" der Jahre 1933 bis 1937.

Ludwig Jedlicka, Der 20. Juli 1944 in Österreich. Verlag Herold, Wien/München, 188 S., 8 Tafeln, 3 Faks., lam. 14,80 DM (Sammlung „Das einsame Gewissen"/Beiträge zur Geschichte Österreichs 1938 bis 1945, Bd. II).

KZ-Verbrechen vor deutschen Gerichten. Bd. 2: Einsatzkommando Tilsit; Der Prozeß zu Ulm. Herausgegeben und eingeleitet von H. G. van Dam und Ralph Giordano. Europäische Verlagsanstalt, 514 S., Ln. 28,— DM.

Gustav W. Heinemann, Verfehlte Deutschlandpolitik, Irreführung und Selbsttäuschung. Stimme-Verlag, Frankfurt, 218 S., Paperback 12,80 DM (Reihe „antworten", Bd. 13). — Artikel und Reden aus den Jahren 1951 bis 1961 mit einem Nachwort vom September 1965. Der Verlag hat dem Buch eine umfangreiche Chronik zur Deutschland-Frage (1949—1959) beigegeben.

Aktuelle Themen

Lutz Lehmann, Legal & opportun. Politische Justiz in der Bundesrepublik. Nachwort von Prof. Dr. Otto Kirchheimer. Voltaire Verlag, Berlin, 370 S. mit Gesetzesanhang und ausführlichem Register, Ln. 24,80 DM.

Kriegsdienstverweigerung oder Gilt noch das Grundgesetz? Herausgegeben von Heinz Liepmann. Rowohlt Verlag, Reinbek, 137 S., br. 2,20 DM Rororo/Aktuell/Bd. 885). — Enthält Dokumente und Kommentare.

Gutachten über die Finanzreform in der Bundesrepublik Deutschland. Herausgegeben von den Mitgliedern der Kommission für die Finanzreform. Kohlhammer Verlag/ Deutscher Gemeindeverlag, Mainz, 285 S., Plastikbd. 19,80 DM.

Joachim Raschke, Wahlen und Wahlrecht. Colloquium-Verlag, Berlin, 125 S., br. 4,80 DM (Zur Politik und Zeitgeschichte, Heft 20/21). — Eine kurzgefaßte Orientierung über verschiedene Wahlsysteme mit einem besonderen Kapitel über Wahlsoziologie. Die in den vergangenen Jahren unternommenen Versuche, das geltende Wahlrecht in der Bundesrepublik zu ändern, werden ebenfalls ausführlich dargestellt. Der Anhang gibt sämtliche Wahlergebnisse, Regierungen und Koalitionen in Bund und Ländern für die Jahre 1945 bis 1965 wieder.

Der Krieg in Vietnam. Redaktion und Verlag der Heidelberger Blätter, E. & L. Wolfstetter (Heidelberg, Neckarstaden 18 a), 64 S., br., Schutzgebühr 2,— DM, für Studenten 1,— DM (Sonderheft der Heidelberger Blätter/Zeitschrift für Probleme der Arbeit und der Gesellschaft). — Eine Dokumentation mit Hinweisen auf die „Ursprünge des Konflikts" und dem Text der Abschlußerklärung der Genfer Ostasienkonferenz von 1954.

Fernseh-Spalte

UNTERSCHIEDLICHE GRENZEN DER ZUMUTBARKEIT

WDR-Intendant Klaus von Bismarck hat in der „Zeit" Nr. 6/66 mit bemerkenswerter Aufgeschlossenheit die Frage „Wie zersetzend darf eine Sendung sein?" zu beantworten versucht. Er gesteht dabei dem Begriff „Zersetzung" durchaus auch einen positiven Wert zu und befürwortet die intellektuell-kritische Methode im Fernsehen. Es gibt allerdings ein paar anfechtbare Thesen in seinen Darlegungen, von denen hier nur eine herausgegriffen werden soll: „Die Zumutbarkeit ist zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Programmsparten ganz verschieden. Was als intellektuell-kritische Äußerung in einem dritten Hörfunkprogramm sehr wohl angemessen ist, wird in einem Massenprogramm zu anderen Zeiten nicht ratsam sein." Dem gilt es zu widersprechen. In der Geschichte der Öffentlichkeit spielt der Begriff „Räsonnement" eine wesentliche Rolle. In Deutschland allerdings setzte er sich nie, wie in den traditionellen Demokratien, als Positivum durch. Kant hatte zwar versucht, die Funktion der kritischen Mitteilung, das Räsonieren, als pragmatischen Wert auch bei uns aufzubauen, aber bereits Hegel diffamierte wieder das Räsonnement. Die Einschränkung des Räsonnements auf einen quasi elitären Gebrauch wird sogar vom liberalen Flügel der bundesdeutschen Rundfunk-Hierarchie, wie der oben zitierte Satz des WDR-Intendanten beweist, zum Prinzip erhoben. Um dies zu legitimieren, wird die Unmündigkeit des „Massenpublikums" vorgeschoben. Wie aber soll dieses Publikum je mündig werden, wenn nicht gerade die publizistischen Massenmedien das Räsonnement pflegen und als politisch-moralischen Wert propagieren? Es steht zu befürchten, daß sich hinter solchen Einwänden, wie Klaus von Bismarck sie vorbringt, eine gewisse Unsicherheit dem Anspruch der Obrigkeit gegenüber verbirgt. Hält man denn das Räsonieren noch immer für eine Art Gnade, die man um Himmels willen nicht zu sehr beanspruchen darf, weil sonst die Obrigkeit ihren Gnadenerweis zurückziehen könnte? Das Wort von den „unterschiedlichen Grenzen der Zumutbarkeit" zersetzender Sendungen impliziert eine falsche Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber. „Es ist einer öffentlich-rechtlichen Institution nicht erlaubt, das Bestehende aus Grundsatz immer wieder in Frage zu stellen." Dies scheint mir doch ein Irrtum des WDR-Intendanten zu sein. Denn wenn das Bestehende fragwürdig ist, hat die öffentlich-rechtliche Institution sogar die Pflicht, es sichtbar zu machen. Diese Institution wird nämlich von der Öffentlichkeit finanziert und nicht von der Obrigkeit. Die Obrigkeit verteilt nur, was die „unmündige Masse" zu zahlen hat. Man wird mich nun vielleicht wegen der Verwendung des Wortes „Obrigkeit" rügen. Aber: Wiewohl ein historisch antiquierter Begriff, ist Obrigkeit bei uns leider eine machtpolitische Realität. Was nur Staat zu sein hätte, nämlich ein ausführendes Organ des gesellschaftlichen Willens, tritt hierzulande unentwegt als anmaßende Autorität auf. Haben Sie, verehrter Leser, anläßlich der Starfighter-Debatte beobachtet, mit welch selbstgefälliger Verachtung der Herr Bundesminister für Verteidigung die ihm entgegenschlagende Kritik höhnisch zurückwies, mit einer Verachtung, die besagt: Wie komme ich überhaupt dazu, dem parlamentarischen Fußvolk da drunten Rede und Antwort stehen zu müssen? Das nenne ich Zersetzung, aber im negativsten Sinne: Zerstörung nämlich eines demokratischen Grundrechtes, Zersetzung des Anspruches auf Kritik und Räsonnement. Warum machen sich die Programmverantwortlichen des Fernsehens nicht einmal Gedanken darüber, daß die ständigen Angriffe unduldsamer Partei- und Verbandsfunktionäre gegen kritische Sendungen den Tatbestand der Illoyalität in geradezu penetranter Weise erfüllen? Immerzu spricht man von der „verständlicherweise allergischen Reaktion" jener Kreise auf gerechtfertigte Kritik. In Wirklichkeit sind sie der Demokratie gegenüber illoyal eingestellt und nicht die „Intellektuellen", die — Gott sei's gedankt — endlich einmal auch in diesem Land die demokratischen Spielregeln erlernt haben.

E. H. Wahl

Brief der SED an die SPD vom 7. Februar 1966

An die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD und an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland

Werte Genossen!

Die deutschen Arbeiter in Ost und West — die stärkste Kraft der Gesellschaft — tragen in hohem Maße die Verantwortung dafür, daß nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. Da ein bedeutender Teil der Arbeiterschaft der westdeutschen Bundesrepublik in der SPD organisiert ist oder ihr nahesteht, wenden wir uns an Sie in diesem offenen Brief.

Die Atomrüstungspolitik, das Streben nach einer Notstandsverfassung und die Grenz- und Gebietsforderungen der herrschenden Kreise Westdeutschlands machen uns Sorge. Denn diese Politik blockiert jeden Schritt der Entspannung und Verständigung. Eine Änderung der Lage und die Sicherung des Friedens für unser Volk hängen offenkundig in hohem Maße von dem politisch bewußten gemeinsamen Handeln der Arbeiterschaft ab.

SED und SPD sind die bei weitem stärksten Parteien Deutschlands. Wenn die Beziehungen dieser beiden größten deutschen Parteien durch Feindseligkeit oder dadurch gekennzeichnet werden, daß man nicht miteinander spricht, dann bliebe die deutsche Frage auch in Zukunft blockiert. Denn die Politik der westdeutschen CDU/CSU-Regierung ist so festgelaufen und steckt so tief in der Sackgasse, daß von dieser Seite nur weitere Vertiefung und Versteinerung der deutschen Spaltung zu erwarten ist.

Die Politik der Annäherung der SPD an die CDU, die Politik der Anpassung und der Umarmung ist nun bis zu Ende ausprobiert. Es ist jetzt erwiesen: Diese Politik hat nicht die von manchen Sozialdemokraten erwarteten günstigen Ergebnisse gebracht. Das erhoffte Vertrauensvotum der Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands für die SPD blieb aus, weil sich die SPD-Politik freiwillig mit in die Sackgasse begeben hat, in der die verfehlte CDU-Politik festsitzt.

Die CDU konnte sich zwar an der Regierung halten. Das Mißtrauen großer Teile der Bevölkerung ihrer Politik gegenüber verhinderte aber, daß sie die absolute Mehrheit erhielt. Aber auch die SPD errang keine Mehrheit. Eben weil sie die Politik der Anpassung an die CDU betrieben hatte. Klar ist, dieser Weg führt nicht zum Erfolg. Das Ergebnis der Bundestagswahlen hat die Bonner Regierung ermutigt, ihren nach außen und innen aggressiven Kurs noch zu verschärfen. Soll die SPD auch diesen Kurs weiter mitmachen?

Leider ist bei einigen sozialdemokratischen Führern nicht zu erkennen, daß sie schon die notwendigen Lehren aus den Wahlen gezogen hätten. Das zeigt sich zum Beispiel im Stattfinden von Besprechungen über die Notstandsgesetzgebung und im Verzicht auf einen Protest gegen die USA-Aggression gegen Vietnam. Wenn Helmut Schmidt zum Beispiel sich mit dem schmutzigen Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk solidarisiert, so schadet er doch dem deutschen Volke und dem Ansehen der westdeutschen Sozialdemokratie.

Die SPD steht am Scheideweg. Die Fortführung der Politik der Anpassung an die CDU schadet ihrem Ansehen in weiten Kreisen der Bevölkerung. Mit der Politik der Gemeinsamkeit mit der CDU wird sie niemals eine Mehrheit gewinnen, ja nicht einmal entscheidenden Einfluß in einer Regierung der Bundesrepublik erreichen. Wenn die SPD die Füh-

rung in Westdeutschland übernehmen will, so muß sie doch offenbar eine solche eigene Politik entwickeln und glaubhaft machen, die die Mehrheit der Bevölkerung der westdeutschen Bundesrepublik veranlaßt zu sagen: Dieser Partei müssen wir die Macht im Staate geben, zur Politik dieser Partei können wir uns mit gutem Gewissen bekennen.

Die Regierung der CDU/CSU weiß natürlich genau, daß ihre Politik im Widerspruch zu den Interessen des Volkes steht. Deshalb bereitet sie die Notstandsdiktatur vor. Einflußreiche ultrarechte Kreise der CDU/CSU versuchen, die Erhard-Regierung nach rechts zur „starken Regierung" zu erweitern und diese gleichzeitig durch einige sozialdemokratische Konzessionsschulzen dem Volk gegenüber zu tarnen. Wie die Geschichte lehrt, wird der fällige Fußtritt für den Mohren, nachdem er seine Schuldigkeit getan hat, folgen. Offen erklärt die CDU-Führung, daß sie diesen Fußtritt schon eingeplant habe.

Nicht minder schädlich wäre natürlich die Politik einer SPD, die formal in „Opposition" steht, deren Abgeordnete im Bundestag hier und da recht forsch klingende Reden halten, die in Wirklichkeit aber in der Außenpolitik, in der Deutschlandpolitik, in der Rüstungspolitik und in der Wirtschaftspolitik die Linie der CDU/CSU unterstützt und auf eine Alternative verzichtet.

Die Wahlen haben bewiesen, daß die SPD die bürgerlichen Parteien auf dem Gebiete nationalistischer Propaganda nicht zu übertrumpfen vermag. Nicht wenige westdeutsche Sozialdemokraten sind davon überzeugt, daß das Auftreten von Wenzel Jaksch der SPD schadet, die Glaubwürdigkeit ihrer Politik im In- und Ausland herabmindert.

Auch auf dem Gebiete der Aufrüstung kann die SPD die bürgerlichen Parteien nie übertrumpfen. Das kann sie schon mit Rücksicht auf die Stimmung ihrer Mitglieder und potentiellen Wähler nicht tun. Die teilweise Unterstützung der Pläne der Erhard-Regierung für die Vorbereitung einer Notstandsdiktatur löst bei den Werktätigen Mißtrauen aus. Wir meinen auch, daß es der SPD keine Wähler wirbt, wenn ihre Führung in der Frage der erweiterten Mitbestimmung eine — vorsichtig ausgedrückt — unklare Haltung einnimmt. Wir sind der Ansicht, daß es für die SPD verhängnisvoll wäre, wenn sie sich von der Bourgeoisie gegen die Gewerkschaften ausnützen ließe.

Notwendig wäre in Abgrenzung von der CDU eine Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die den Interessen des Volkes entspricht. Nachdem Herr Erhard die formierte Gesellschaft des Großkapitals mit all ihrer Ausbeutung der Menschen, der Erhöhung der Rüstungslasten und mit den Preissteigerungen begründete, erwartet das werktätige Volk eine Alternative. Das um so mehr, als die technische Revolution und speziell die Automatisierung im Kapitalismus ungeheure Auswirkungen auf die Werktätigen haben. Das Eintreten der SPD für die „freie Marktwirtschaft" des Kapitalismus kann offensichtlich doch kein geeignetes Mittel sein, um bei den Werktätigen Westdeutschlands Stimmen zu gewinnen. Sie können sich doch gerade heute davon überzeugen, wie die kapitalistische „freie Marktwirtschaft" einer Regierung der Monopole die Möglichkeit gibt, mit Preis- und Tariferhöhungen und anderen Belastungen das Volk für die eigene verfehlte Politik zahlen zu lassen.

Die Politik einer deutschen Partei wird vor allem an ihrer Stellung zur Deutschlandfrage gemessen. Die Grundfrage lautet:

1. Bist Du für Verhandlungen und für die Verständigung der Regierungen der beiden deutschen Staaten mit dem Ziel der Entspannung und der Schaffung der Voraussetzungen für ihre Zusammenarbeit und schrittweise Vereinigung?

2. Wie stehst Du zum Friedensvertrag? Welche Vorstellung hat die SPD von der Vorbereitung und vom Inhalt des Friedensvertrages?

3. Wie soll das einige Deutschland aussehen, das Du erstrebst? Soll es ein Deutschland sein, in dem das Volk bestimmt, oder sollen in ihm die Multimillionäre und Hitlergenerale den Ton angeben? Soll es ein wirklich demokratisches Deutschland sein, in dem die braunen Beamten, die unserem Vaterland solchen furchtbaren Schaden zugefügt haben,

aus dem Staatsapparat entfernt werden? Soll es ein Deutschland ohne Militarismus und Neonazismus sein oder ein Deutschland, in dem das Volk unter der Todesdrohung der Atombombe und dem Diktat der Rüstungsmillionäre lebt? Soll es ein Deutschland der sozialen Gerechtigkeit sein oder ein Deutschland, in dem die Unternehmerverbände regieren? Soll es ein Deutschland sein, in dem das Volk das geistige Leben im Sinne des Humanismus gestaltet, oder soll es den kapitalistischen Meinungsfabriken gestattet sein, das geistige Leben zu deformieren und zu vergiften?

Sprechen wir offen über diese Lebensfragen unseres Volkes, über das demokratische Deutschland. Einst hatte die SPD einen Deutschlandplan. Sie gab ihn auf zugunsten der Gemeinsamkeit mit der Deutschlandpolitik der CDU. Wir denken, es ist die Zeit gekommen, daß SPD- und SED-Mitglieder offen und sachlich über die Frage sprechen: Was für ein Deutschland wollen wir, welchen Charakter soll es haben?

Was ist der Weg zur Wiedervereinigung? Daß Adenauers Deutschlandpolitik in der Sackgasse festsitzt, ist klar. Deshalb wird jetzt in Westdeutschland soviel darüber diskutiert, wie gewisse Positionen der Adenauerschen Revanchepolitik abgebaut und den Realitäten Rechnung getragen werden kann. Dabei gewinnt die Erkenntnis an Boden, daß die deutsche Frage ohne Anerkennung der DDR und Verständigung mit ihr, ohne Anerkennung der bestehenden Grenzen und ohne Bereitschaft zur Abrüstung in Deutschland nicht lösbar ist. Ebenso wie keine Frage des Friedens und der Sicherheit in Europa ohne gleichberechtigte Mitwirkung der DDR geregelt werden kann.

Wir wissen heute: Einige der sozialdemokratischen Führer haben Adenauer, Strauß und Gerstenmaier Glauben geschenkt, man könne nach Erreichung eines gewissen Standes der westdeutschen Aufrüstung die DDR, die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten erpressen und zunächst bis zur Oder-Neiße-Grenze vorstoßen. Sie hatten die Illusion, die SPD könnte im Zuge dieser Operationen im Troß der Bonner Regierung in ganz Deutschland zu einer führenden Rolle gelangen. Es gibt sogar einige SPD-Funktionäre, die meinen, eine solche Risikostrecke, das heißt die Politik mit dem Risiko des Krieges, müsse man einkalkulieren. Das hat Herr Thomas unmißverständlich ausgesprochen.

Nehmen wir an, manche Sozialdemokraten hätten diese nationalistische Eroberungspolitik in dem Glauben mitgemacht, dadurch die Mehrheit der Wähler gewinnen zu können. Die Bundestagswahlen haben bewiesen, daß auch dies ein Fehlschluß war. Sollte es übrigens wirklich viele Sozialdemokraten geben, die so töricht sind zu glauben, die westdeutschen Großkapitalisten wollten die DDR erobern, um die eigene Machtposition zu schwächen? Nur Toren können doch annehmen, eine solche Politik könnte zu einer Stärkung sozialdemokratischer Positionen führen. Eine Stärkung der Position der westdeutschen Monopolkapitalisten aber ist immer und in jedem Fall eine Schwächung der Positionen der SPD. Schon die Vorbereitung dieser „Risikostrecke" durch Militarisierung und Notstandsgesetzgebung ist gegen die westdeutschen Werktätigen gerichtet. Und der Krieg, der als Risiko einkalkuliert wird, wäre gewiß auch für die SPD das Schlimmste, was eintreten könnte. Wir sind der festen Überzeugung, daß wenigstens 95 Prozent aller westdeutschen Sozialdemokraten jeden Gedanken einer Eskalation des Kriegsrisikos und des Krieges auch in Deutschland mit Abscheu und Entrüstung ablehnen.

Die Politik der herrschenden Kräfte der westdeutschen Großbourgeoisie aber erhöht ständig die Risiken des Krieges. Wer dieses gefährliche Spiel mitmacht, macht sich schuldig am deutschen Volk. Er macht sich mitschuldig an der Versteinerung und Vertiefung der Spaltung Deutschlands.

Wir meinen: Es wäre tragisch für die Deutschen und für Deutschland, wenn die verfehlte Politik der CDU/CSU nochmals fünf oder zehn oder mehr Jahre fortgesetzt würde. Deshalb sind wir für eine Verständigung aller Gegner des deutschen Militarismus, der Atomrüstungspolitik und des Neonazismus.

Wie soll es in der deutschen Frage eigentlich weitergehen? Wäre es nicht gut, werte sozialdemokratische Genossen, wenn Sie einmal mit uns Gedanken darüber austauschen würden, wie es denn nun in Deutschland und in der deutschen Frage eigentlich weiter-

gehen soll? Wir wollen uns nicht in Ihre Angelegenheiten einmischen. Wer aber die Deutschlandfrage aus der Sackgasse herausholen will, in die sie durch die unselige Politik der Großbourgeoisie geraten ist, der muß sich auch fragen, ob seine eigene Kraft dazu ausreicht. Unbestreitbar scheint uns zu sein, daß die SPD die deutsche Frage allein nicht aus der Sackgasse herausholen kann. Und wenn die SPD weiter die Deutschlandpolitik der CDU/CSU betreibt, dann wird sogar jeder Ausweg aus der Sackgasse vermauert.

Wir geben offen zu, daß die SED allein die Deutschlandfrage auch nicht lösen kann. Aber die beiden größten Parteien Deutschlands könnten gemeinsam den entscheidenden Beitrag zur Lösung der Deutschlandfrage leisten, wenn sie wenigstens ein Mindestmaß an Annäherung und Übereinstimmung in den Fragen des Friedens und an Zusammenarbeit bei der Überwindung der Spaltung fänden.

Es sollte doch möglich sein, daß SED und SPD ihre Positionen auf der Grundlage solcher Vorschläge einander annähern, wie sie zum Beispiel im Januar 1966 vom Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik dem Bundestag der westdeutschen Bundesrepublik übermittelt worden sind. Sie lauten:

Beide deutsche Staaten verzichten auf Atomrüstung und Beteiligung an der Verfügungsgewalt über atomare Waffen in jeder Form;

beide deutsche Staaten anerkennen die bestehenden Grenzen in Europa;

die Deutsche Demokratische Republik und die westdeutsche Bundesrepublik nehmen — im Interesse des europäischen Friedens und der europäischen Sicherheit — diplomatische Beziehungen zu allen Staaten der NATO bzw. zu allen Staaten des Warschauer Vertrages auf;

beide deutsche Staaten erklären ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die Abrüstung in Deutschland;

beide deutsche Staaten leisten feierlich Verzicht auf solche Maßnahmen, Gesetze und Anordnungen, die den Weg zur Überwindung der Spaltung und zur Wiedervereinigung blockieren, wie zum Beispiel atomare Aufrüstung, Notstandsgesetzgebung und so weiter; die Regierungen beider deutscher Staaten treten in Verhandlungen mit dem Ziel ein, die Beziehungen zwischen den deutschen Staaten und ihren Bürgern zu normalisieren. Beginnen sollten wir mit der Abrüstung in Deutschland. Wir müssen klarsehen, daß die einseitige Bindung Westdeutschlands an die USA und deren Interessen mit unserem Anliegen der Wiedervereinigung nicht in Einklang zu bringen ist. Nur als unabhängiger, von der Bindung an außereuropäische Einflüsse freier Staat kann ein einiges Deutschland Zusammenarbeit nach allen Seiten entfalten und seine Rolle als den Frieden in Europa stabilisierender Faktor spielen. Unsere Vorschläge zielen auf die Schaffung der Voraussetzungen für ein solches vereinigtes Deutschland.

Im übrigen — so meinen wir — wird dieses vereinigte Deutschland nicht die Züge einer Partei tragen, sondern von den Gedanken und Vorstellungen der SED und der SPD und aller derjenigen Deutschen geprägt sein, die ehrlichen Herzens an dem großen Werk der Überwindung der Spaltung und der Neugestaltung Deutschlands mitarbeiten.

Wer soll im einen deutschen Staat der Zukunft die politische Macht ausüben? Wer — so fragen wir — ist dazu berufen, in Deutschland politische Macht auszuüben? Soll es die Arbeiterklasse als stärkste Klasse der Gesellschaft mit ihren Verbündeten, der Bauernschaft, der Intelligenz, den Gewerbetreibenden, aber auch demokratischer antiimperialistischer Kreise des Bürgertums sein? Oder aber sollen es die hundert Familien der Multimillionäre sein, die gegenwärtig in der westdeutschen Bundesrepublik über viele Hebel ihres mächtigen Monopolapparats alle entscheidenden Machtpositionen in Staat und Wirtschaft, Armee und Polizei, Justiz und Außenpolitik dirigieren und auch die sogenannte öffentliche Meinung beeinflussen? Das alles sind doch Fragen, die bei der Wiedervereinigung Deutschlands zur Beratung stehen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands verfolgt eine klare Politik im Interesse des ganzen deutschen Volkes. Wir sind dabei, die große geschichtliche Aufgabe zu erfüllen, die Marx, Engels, Bebel und Liebknecht der deutschen Arbeiterschaft gestellt haben. Das deutsche Volk hat in der DDR unter Führung der Arbeiterschaft sein Recht auf nationale und soziale Selbstbestimmung verwirklicht. Die Westdeutschen haben von diesem Recht auf Selbstbestimmung bisher noch unvollkommen Gebrauch gemacht.

Manche sozialdemokratische Genossen meinen, die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft auf der Grundlage eines großen wissenschaftlichen und technischen Fortschritts habe gegenüber früheren Zeiten vieles verändert und neue Probleme auf die Tagesordnung gestellt. Diese neuen Probleme müßten in erster Linie gemeistert werden. Das ist insoweit richtig, als die wissenschaftlich-technische Entwicklung sowohl die SPD im kapitalistischen Westdeutschland als auch die SED in der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik vor nicht wenig neue Probleme stellt. Zweifellos müssen auch diese neuen Probleme gemeistert werden.

In der DDR, wo die Werktätigen die Staatsmacht und die Produktionsmittel besitzen, ist die Lage grundsätzlich anders als in der westdeutschen Bundesrepublik, wo die großen kapitalistischen Monopole herrschen. Wir stimmen mit den sozialdemokratischen Genossen überein, daß die technische Revolution zu einer solchen ökonomischen Konzentration des Kapitals und der politischen Macht der Monopolherren geführt hat, daß die Erringung des Mitbestimmungsrechtes und die Erkämpfung realer Demokratie zu einer Lebensfrage der Werktätigen geworden ist. Gerade die wissenschaftlich-technische Umwälzung hat die gesellschaftliche Veränderung im demokratischen Sinn schärfer denn je auf die Tagesordnung gestellt.

Werte sozialdemokratische Genossen!

Was erscheint Ihnen wichtiger, auf verhärteten Gegensätzen und Vorurteilen der Vergangenheit zu beharren und damit die deutsche Frage in der Sackgasse zu lassen oder aber mit uns gemeinsam neue Wege zu suchen?

Ist es nicht unnatürlich und auf die Dauer unerträglich, daß zwei deutsche Arbeiterparteien, die beiden größten Parteien Deutschlands, nicht miteinander reden und keine guten Beziehungen zueinander haben sollen? Die westdeutschen Monopolherren fahren nach Leipzig und nach Berlin. Sie sprechen und verhandeln mit beliebigen Regierungsstellen und Organisationen der Deutschen Demokratischen Republik. Aber die deutschen Arbeiter in Ost und West sollen nicht miteinander reden dürfen? Wem nützt das? Gewiß ist: Es nützt weder den westdeutschen Werktätigen noch den Werktätigen in der DDR.

Auf unserer Seite, auf der Seite der SED, gibt es kein Hindernis für eine loyale Zusammenarbeit mit der SPD. Groß scheinen die Schwierigkeiten auf der Seite der SPD zu sein. Weil nämlich in der Führung der SPD noch eine Politik vorherrscht, die die Zusammenarbeit und Verständigung nicht nur der beiden größten Parteien Deutschlands, sondern auch der Regierungen der beiden deutschen Staaten ablehnt. Es wäre doch wirklich an der Zeit, eine Atmosphäre in den Beziehungen zwischen unseren Parteien zu schaffen, in der Annäherung und Verständigung über gemeinsame Interessen und bestimmte Grundfragen des nationalen Problems gedeihen und alte Vorurteile und Mißtrauen abgebaut werden können.

Manche Sozialdemokraten fürchten, bei einer entschiedenen Hinwendung auf den Weg zur Verständigung unserer Parteien könnte die Sozialdemokratie unter die Räder kommen. Wir sind der Überzeugung, daß sich diese Befürchtungen als unbegründet erweisen werden. Denn eine Partei wie die SPD, die über eine so große Basis im Volk und über eine feste Organisation verfügt, die von über 13 Millionen westdeutschen Bürgern gewählt wird, braucht nicht zu befürchten, unter die Räder zu kommen. Weder die SPD noch die SED brauchen eine „Risikostrecke" bei ihrer Zusammenarbeit einzukalkulieren. Wir fassen die historisch notwendig gewordene Zusammenarbeit nicht so auf, daß etwa jede dieser beiden größten Parteien Deutschlands versuchen sollte, den Partner zu übervortei-

len. Die Zusammenarbeit — so wie wir sie sehen — könnte nur in loyalen und gleichberechtigten Beziehungen gedeihen in einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens, der gegenseitigen Achtung und — wenn es von einem der Partner gewünscht wird — auch der gegenseitigen Unterstützung.

Mögen doch möglichst viele Sozialdemokraten in Westdeutschland sich dazu entschließen, sich auf Grund eigener Prüfung ein eigenes Urteil zu bilden. Mögen sie in die Deutsche Demokratische Republik kommen, sich hier die Resultate unserer Politik und unserer Arbeit ansehen. Sicherlich wird ihnen manches fremd sein. Mit manchem werden sie vielleicht auch nicht gleich einverstanden sein. Und manches werden sie ablehnen. Aber wenn sie mit offenen Augen und ohne Vorurteile die Dinge betrachten, dann werden sie zweifellos bald feststellen, daß hier bei uns vieles von dem verwirklicht ist, wofür Sozialdemokraten ein halbes Jahrhundert und länger gekämpft haben.

Dabei sollten die westdeutschen Sozialdemokraten sich auch dessen bewußt werden, daß unsere Erfolge auf verschiedenen Gebieten nicht zuletzt auch der Arbeit und dem Kampf von Sozialdemokraten zu verdanken sind. Denn die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat sowohl die wertvollen Erfahrungen Hunderttausender ehemaliger Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei wie auch der Kommunistischen Partei aufgenommen. Kommunisten und Sozialdemokraten haben sich ja gerade deshalb in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vereinigt, weil sie zur Erkenntnis gekommen waren, daß sie ihre Kräfte, Erfahrungen und Kenntnisse zusammentun müßten, um gemeinsam das große Werk zu vollbringen.

Kommunisten und Sozialdemokraten — in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vereint — haben in der DDR neben den großen und weithin sichtbaren Leistungen auf den Gebieten der Erziehung, des Schulwesens, der Jugendpolitik, des Rechts, der Gleichberechtigung der Frauen usw. einen fundamentalen Nachweis geführt: Sie haben durch die Tat bewiesen, daß in einem hochentwickelten Industriestaat die Werktätigen in der Lage sind, nicht nur den Staat, sondern auch die Wirtschaft, nicht nur Stadt- und Landgemeinden und kommunale Betriebe, sondern auch die industriellen Großbetriebe und die gesamte komplizierte Wirtschaft zu leiten.

Das heißt: In den 20 Jahren hat die Arbeiterschaft im Bündnis mit den Bauern, der Intelligenz und Gewerbetreibenden unter Führung der SED bewiesen, daß es in Deutschland auch ohne Großaktionäre geht. Wir haben bewiesen, daß die Werktätigen oder — wie es in Westdeutschland heißt — die Arbeitnehmer die Kraft und die Fähigkeit haben, den Staat und die Wirtschaft zu leiten und weiterzuentwickeln.

Gegenwärtig sind in Westdeutschland die Sozialdemokraten auf Teilnahme an der Regierung auf Länderebene und sonst vor allem auf die Leitung von Städten und Gemeinden beschränkt. Aber schon hier haben viele sozialdemokratische Genossen große Sachkenntnis und bedeutende Fähigkeiten entwickelt. Ihre Arbeit verdient Anerkennung. Aber dem Wirken dieser sozialdemokratischen Genossen im heutigen Westdeutschland sind durch die CDU/CSU-Politik der Bundesregierung allzu enge Grenzen gesetzt.

Wir sind der Überzeugung: In dieser großen Schar sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Politiker, Wirtschaftler und Verwaltungsfachleute sind genügend große Begabungen und Fähigkeiten versammelt, die jederzeit auch in Westdeutschland den Nachweis führen könnten, daß sie imstande sind, Staat und Wirtschaft zu leiten. Und so, daß es nicht nur einfach weitergeht, sondern besser geht als bisher. Doch wir wollen Ihnen, werte sozialdemokratische Genossen, keine Vorschriften machen, wie Sie am besten in Westdeutschland weiterkommen. Aber wir meinen, daß eine stärkere Betonung der Kraft der westdeutschen Werktätigen auch dazu beitragen könnte, die deutsche Frage endlich aus der Sackgasse der CDU/CSU-Politik zu befreien.

Um endlich eine Bresche in die Barrieren zu schlagen, die den Weg zur Überwindung der deutschen Spaltung blockieren, schlagen wir vor, noch im Jahre 1966 ein Gremium für die offene Aussprache der Deutschen aus Ost und West zu schaffen.

Es sollte die Möglichkeit bieten, die vielfach noch gegensätzlichen Standpunkte und Auffassungen offen darzulegen und gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Es könnte abwechselnd in der Deutschen Demokratischen Republik und in der westdeutschen Bundesrepublik beraten. Seine paritätische Zusammensetzung sollte möglichst alle Schichten des Volkes in der DDR und in Westdeutschland erfassen.

Als Teilnehmer an dieser großen gesamtdeutschen Beratung schlagen wir vor:

Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands;

Vertreter des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes aus der DDR und des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus Westdeutschland;

Vertreter der Christlich-Demokratischen Union aus der DDR und Vertreter der Christlich-Demokratischen Union aus Westdeutschland;

Vertreter der Liberal-Demokratischen Partei aus der DDR und Vertreter der Freien Demokratischen Partei aus Westdeutschland;

Vertreter der Demokratischen Bauernpartei aus der DDR und Vertreter der Bauernverbände aus Westdeutschland;

Vertreter der National-Demokratischen Partei aus der DDR und Vertreter der Christlich-Sozialen Union aus Westdeutschland;

Vertreter der Deutschen Friedensunion Westdeutschlands und des Friedenskomitees der DDR;

Vertreter des Demokratischen Frauenbundes aus der DDR und Vertreter der westdeutschen Frauenverbände;

Vertreter der Freien Deutschen Jugend aus der DDR und Vertreter der Jugendverbände aus Westdeutschland.

Wir sind uns darüber klar, daß das Zustandebringen einer solchen gesamtdeutschen Beratung, die das Eis in der Deutschlandfrage brechen könnte, nicht gewährleistet wäre, wenn sich nicht vorher SED und SPD über einige gemeinsame Vorschläge verständigen. Eine Zusammenkunft von Vertretern der SED und der SPD sollte zu diesem Zweck möglichst bald stattfinden. Themen für die ersten Beratungen dieses ersten gesamtdeutschen Gremiums werden sicherlich von verschiedenen Seiten vorgeschlagen werden.

Werte sozialdemokratische Genossen!

Wir bitten Sie, diesen unseren Beitrag zur Befreiung der deutschen Frage vom Eis des kalten Krieges aufmerksam zu lesen und mit Ihren Freunden zu diskutieren. Einmal müssen wir doch beginnen, gemeinsam den Weg zur Überwindung der deutschen Spaltung zu suchen.

Gelingt das Werk einer Verständigung zwischen SED und SPD nicht, dann müßten die Gefahren für den Frieden in Deutschland und Europa weiter wachsen. Und die Wiedervereinigung rückte in immer weitere Ferne. Käme es dagegen — ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten in mancher grundsätzlichen Frage — zum Verständigungfrieden, zur Versöhnung zwischen SED und SPD, zu ihrer Verständigung über die große Verantwortung der beiden stärksten deutschen Parteien für die Geschicke Deutschlands, dann wäre die weitere Entwicklung der deutschen Frage auf einen guten Weg gebracht.

In diesem Sinne wünschen wir dem bevorstehenden Parteitag der SPD Erfolg.

Antwort der SPD an die SED vom 18. März 1966

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat den politischen Aufruf zur Kenntnis genommen, den das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei in der Form eines „Offenen Briefes an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD und an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland" veröffentlicht hat.

Der Vorstand der SPD hat zunächst zwei grundsätzliche Feststellungen zu treffen:

1. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich im Sinne ihres Grundsatzprogramms dafür ein, daß die Demokratie die allgemeine Staats- und Lebensordnung wird, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist.

2. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Damit steht sie auch zum Artikel 146 dieses Grundgesetzes, der lautet: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist." Der „Offene Brief" zeigt, daß die kommunistische SED nach wie vor an ihrer Rolle als monopolistische Partei im sowjetisch kontrollierten Teil Deutschlands festhält. Sie verficht nach wie vor die Absicht, im Geltungsbereich des Grundgesetzes die Grundlagen einer freiheitlich demokratischen Ordnung im Sinne ihrer eigenen Vorstellungen zu beseitigen. Aus diesem Grunde geht der Vorstand der SPD nicht auf das in einem an den Vorsitzenden der SPD gerichteten Anschreiben enthaltene Ansinnen der SED ein, „in gemeinsamen Aussprachen von Vertretern unserer Parteien" die Meinung der SPD darzulegen. In den Grundfragen der Demokratie kann es zwischen Vertretern der SPD und der SED keine gemeinsamen Aussprachen geben, weil es die erklärte Politik der SED ist, die freiheitlich demokratische Grundordnung durch eine monopolistische Parteiherrschaft zu ersetzen.

Der Vorstand der SPD hat sich dennoch entschlossen, auf den „Offenen Brief" der SED eine offene Antwort zu geben, um vor den Menschen in ganz Deutschland den Austausch von Argumenten über die Kernfragen der deutschen Politik in Gang zu bringen. Der Vorstand der SPD verhehlt nicht, daß es ihm außerordentlich schwerfällt, den „Offenen Brief" zum Ausgangspunkt der öffentlichen Diskussion zu machen, der die Unterschrift desselben Mannes trägt, der bewirken könnte, daß der Schießbefehl aufgehoben wird. Diesem Schießbefehl fallen immer wieder Menschen zum Opfer, die in ihrer Verzweiflung einen Ausweg aus der Sackgasse und Versteinerung der deutschen Spaltung suchen.

Unsere erste Frage lautet deshalb: Wie soll denn in Deutschland offen und unbefangen diskutiert werden, wenn auf Menschen geschossen wird, weil sie aus dem durch Minenfelder, Mauer und Drahtverhaue abgetrennten Teil ihres deutschen Vaterlandes ausbrechen wollen? Oder weil sie einfach nur von Deutschland nach Deutschland wollen — zu ihren Angehörigen, ihren Freunden, ihren Landsleuten.

Trotz der fundamentalen Gegensätze, die im gespaltenen Deutschland über die Staatsform, die Menschenrechte und die staatlichen Ansprüche bestehen, muß es doch möglich sein, die Menschen nicht mit Blut, Leben und persönlicher Freiheit dafür bezahlen zu lassen, daß es bis jetzt noch keinen Weg zur Überwindung der deutschen Spaltung gibt. Selbst wenn die SED — mit der sowjetischen Macht, auf die sie sich stützt — weiter daran festhalten will, einen Teil des geschichtlich gewordenen deutschen Staates abgetrennt unter ihrer Herrschaft zu halten, um ihn als Faustpfand bei den früher oder später kommenden Verhandlungen über den Frieden in Europa zu verwenden, muß es aus Gründen der Humanität möglich sein, das Schießen auf Menschen an den Demarkationslinien einzustellen! Die SED hat in ihrem „Offenen Brief" den Wunsch ausgedrückt: „Mögen doch möglichst viele Sozialdemokraten in Westdeutschland sich dazu entschließen, sich auf Grund eigener Prüfung ein eigenes Urteil zu bilden. Mögen sie in die Deutsche Demokratische Republik kommen, sich hier die Resultate unserer Politik und unserer Arbeit ansehen." Dazu ist zu-

nächst zu sagen: Wir wollen keine Sonderrechte für die Mitglieder unserer Partei und würden eine Bevorzugung auch nicht in Anspruch nehmen.

Der „Offene Brief" wirft die Frage auf, ob die „Arbeiter aus Ost und West" nicht sollen miteinander reden dürfen. Seit Ende 1964 können — wenn auch nur einmal im Jahr — ältere, im Rentenalter stehende Menschen von Ost nach West reisen. Es müßte doch möglich sein, unserethalben schrittweise, solche Reisemöglichkeiten innerhalb Deutschlands auszudehnen! Unser unverrückbares Ziel ist die Wiederherstellung der vollen Freizügigkeit für alle Deutschen.

Unsere zweite Frage lautet: Ist die SED bereit, nicht nur ausgewählten Funktionären, sondern jedem Mitglied ihrer Partei und allen „Bürgern der DDR" — nicht nur Rentnern, sondern auch jüngeren Menschen — zu erlauben, die Bundesrepublik zu besuchen und sich hier ein eigenes Urteil über die tatsächliche Lage zu verschaffen?

Im „Offenen Brief" der SED heißt es: „Die Politik einer deutschen Partei wird vor allem an ihrer Stellung zur Deutschland-Frage gemessen." Wir wollen an diesem Satz nicht herumdeuteln. Nach dem, was im Text des „Offenen Briefes" diesem Satz vorausgeht, kann nicht übersehen werden, daß die SED ihre eigenen Vorstellungen über Deutschland schablonenhaft verallgemeinert. Um es ganz unumwunden zu sagen: Die SED möchte, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die vom ZK der SED konzipierte Politik macht. Eine Lösung der Deutschland-Frage — von der es abhängt, daß Europa zum Frieden kommt — wird aber erst dann und nur dann möglich werden, wenn keine politische Partei einer anderen politischen Partei unter Ausnützung von Gewalt ihre Auffassung aufzwingt, in allen Teilen Deutschlands jede Partei die Möglichkeit hat, offen und ungehindert ihre Vorstellungen zu vertreten, und das Volk frei entscheiden kann, wem jeder einzelne unbehindert seine Stimme geben will. Dies ist die Auffassung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Es wäre ein Fortschritt, wenn die Behörden im Geltungsbereich der Verfassung der „DDR" die Einhaltung des klaren Verfassungstextes gewährleisten würden. Die gegensätzlichen Auffassungen über die Staatlichkeit der Teile Deutschlands und die daraus hergeleiteten Ansprüche müssen kein Hindernis für Regelungen sein, durch die den Menschen in ganz Deutschland die Menschenrechte im Sinne der Charta der Vereinten Nationen gewährleistet würden.

Unsere dritte Frage lautet daher: Ist die SED bereit, im Bereich ihrer Verantwortung dazu beizutragen, daß den Menschen im gespaltenen Deutschland das Leben leichtgemacht wird? Der „Offene Brief" verschweigt die deutsche Hauptstadt Berlin. Warum? Die SED kann doch nicht an der Tatsache vorbei, daß es nur eine einzige Sozialdemokratische Partei Deutschlands gibt, zu der ein gleichberechtigter Berliner Landesverband gehört. Dessen Organisation in Ost-Berlin mußte 1961 nach dem Bau der Mauer aufgelöst werden, weil die Mitglieder dort von der Gesamtpartei getrennt und in der Ausübung ihrer legalen Tätigkeit unerträglich behindert wurden, obwohl die Vier-Mächte-Beschlüsse des Jahres 1946 die unbehinderte Tätigkeit von SPD und SED in ganz Berlin vorsahen. Darauf stützt sich bekanntlich die SED in West-Berlin.

Die SED weiß, daß der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gleichzeitig Regierender Bürgermeister von Berlin ist. Der besondere Status, der sich aus den Nachkriegsentscheidungen ergibt, gilt rechtlich gesehen weiterhin für ganz Berlin, also auch für den Ostsektor. Mit Zustimmung der drei Mächte und nach dem Willen der Bevölkerung ist West-Berlin im Laufe der Jahre — mit Duldung durch die Sowjetunion — in das Währungs- und Rechtssystem der Bundesrepublik einbezogen worden.

Die SED hat eine ernste Krise vorbereitet und angeheizt. Das Ultimatum des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow und der Bau der Mauer waren dabei negative Höhepunkte. Die SED versucht weiterhin, West-Berlin zu isolieren. Ein solcher Kurs gegen Berlin stößt auf den Widerstand der SPD.

Der rechtliche und politische Status von West-Berlin gilt bis zur Wiedervereinigung. Daran zu rütteln heißt eine neue internationale Krise vom Zaun zu brechen. Die SPD würde das für einen verhängnisvollen Weg halten. Wenn die SED auf diesem Gebiet sachlich

handeln wollte, dann könnte sie niemand daran hindern, von sich aus Verbesserungen zu schaffen, was beispielsweise die Verkehrsverbindungen von und nach West-Berlin sowie die Verbindung innerhalb Berlins angeht. Das gilt auch für Besuchsmöglichkeiten der West-Berliner in Ost-Berlin und in der Zone.

Unsere vierte Frage lautet demzufolge: Ist die SED bereit, ihre feindselige und schikanöse Haltung gegenüber Berlin aufzugeben?

Als „Grundfrage" betrachtet die Sozialistische Einheitspartei „Verhandlungen und die Verständigung der Regierungen der beiden deutschen Staaten mit dem Ziel der Entspannung und der Schaffung der Voraussetzungen für ihre Zusammenarbeit und schrittweise Vereinigung". Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist im Gegensatz zur Sozialistischen Einheitspartei der Auffassung, daß die Festlegung der deutschen Grenzen in den Potsdamer Vereinbarungen der damaligen Alliierten bis zu einer friedensvertraglichen Regelung aufgeschoben worden ist und daß Deutschland völkerrechtlich bis dahin als Ganzes in den Grenzen von 1937 fortbesteht.

Für das ganze deutsche Volk wäre es am besten, wenn über die grundlegenden Fragen einer anzustrebenden Friedensregelung für ein wiedervereinigtes Deutschland und die Beziehungen zu seinen Nachbarn offen und öffentlich diskutiert würde. Statt diese Diskussion weiter dadurch zu blockieren, daß die gegensätzlichen Auffassungen über die Staatlichkeit vorgeschoben werden, sollte ein Weg gefunden werden, der dazu führt, allen deutschen Parteien die Möglichkeit zu geben, in allen Teilen Deutschlands ungehindert ihre Meinung darzulegen.

Wenn es dazu besonderer vorheriger Vereinbarungen bedürfen sollte, so könnten sie getroffen werden bei ausdrücklicher Versicherung aller Parteien, daß mit einer solchen Vereinbarung nicht die Übernahme oder Anerkennung der Gebiets-, Amts- und Behördenbezeichnung der jeweils anderen Seite verbunden ist. Die gegensätzlichen Auffassungen über die staatlichen Ansprüche der Teile Deutschlands und über die in jedem Teile geltenden gesetzlichen Bestimmungen sollten die politischen Parteien nicht daran hindern dürfen, ihre Auffassungen über Deutschlands Platz und Rolle in Europa und über den Weg zu einer Friedensordnung von Gleichberechtigten freimütig auszutragen.

Unsere fünfte Frage: Ist die SED zu einer freimütigen Diskussion in beiden Teilen Deutschlands bereit?

Die SED hat in ihrem „Offenen Brief" den Vorschlägen breiten Raum eingeräumt, die „vom Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik dem Bundestag der westdeutschen Bundesrepublik übermittelt worden sind", wie sich der „Offene Brief" ausdrückt. Dazu sagen wir:

Die SPD ist für allgemeine, international kontrollierte Abrüstung. Sie unterstützt jeden Schritt in Richtung einer solchen Abrüstung. Deshalb ist sie auch bemüht, Vereinbarungen über die Rüstungsbegrenzung zustande zu bringen. Sie hat sich im Deutschen Bundestag für die Ratifikation des Vertrages über die Einstellung der Atomwaffenversuche über der Erde eingesetzt, obwohl sie es bedauert hat, daß dieses Abkommen nur eine sehr begrenzte Einschränkung der Atomrüstung bewirkt. Die SPD wird sich für weitere Schritte dieser Art einsetzen.

Dabei wird sie sich immer wieder darum bemühen, eine der wesentlichen Ursachen der internationalen Spannungen und Gegensätze aus der Welt zu schaffen, nämlich die Spaltung Deutschlands. Die SPD macht ihre Zustimmung zu Schritten der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung nicht davon abhängig, daß ausdrücklich die Lösung der Deutschland-Frage mit jedem Schritt verbunden wird. Umgekehrt kann sie nicht schweigen, wenn angebliche Schritte zu Rüstungsbegrenzungen in Wahrheit nur zu einer Besiegelung der staatlichen Spaltung ausgenutzt werden sollen.

Ungeachtet aller Gegensätzlichkeiten der Standpunkte in der Deutschland-Frage, sollten alle Seiten in Deutschland ihr Interesse beweisen, Deutschland nicht zu einem zusätzlichen Spannungsherd in unserer an Spannungen und Konflikten leider reichen Welt werden zu lassen. Nicht auf unserer Seite, sondern aus dem Munde des Unterzeichners des „Offenen

Briefes" ist 1960 jener Ausspruch getan worden, daß man — vor die Wahl gestellt, den gegenwärtigen Status Berlin beizubehalten oder im Falle seiner Änderung — den Konflikt vorziehen würde. Wir hoffen und erwarten, daß dieses Spielen mit dem Kriege der Vergangenheit angehört.

Unsere sechste Frage lautet: Ist die SED bereit, das Spielen mit dem Kriege aufzugeben? Die SED hätte darauf verzichten können, auf ihre Weise die zwangsweise Einverleibung der Sozialdemokraten in die Einheitspartei im Jahre 1946 in Erinnerung zu rufen. Die Unterdrückung in der Zone gehört zu den schmerzlichsten Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie. Die SED muß sich darüber im klaren sein, daß unser großes Mißtrauen gegen ihre Worte auf vielfacher bitterer Erfahrung beruht.

Worum es jetzt geht, ist jedoch die Frage, ob unserem Volk die Möglichkeit eröffnet werden kann, in freier Aussprache Schritte zur Erleichterung der Auswirkungen der staatlichen Spaltung für die Menschen und Ansätze zur allmählichen Überwindung der Spaltung zu diskutieren.

Nach der Entwicklung der letzten zwanzig Jahre betrachtet die SPD es nicht als nützlich, in eine Diskussion einzutreten, die so tut, als ob eine Lösung der deutschen Frage im wesentlichen nur von den in Deutschland wirkenden Faktoren abhängt. Die Vereinigung der Deutschen hängt von vielen Faktoren ab, die auf deutscher Seite nur mittelbar zu beeinflussen sind. Die großen Ziele dürfen jedoch nicht die Ausrede sein, praktisch mögliche Schritte zu unterlassen. Heute mögliche Schritte sind solche, die den Menschen im geteilten Deutschland das Leben erleichtern und das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit stärken. Auf diesem Gebiet wird sich erweisen, welchen Wert der „Offene Brief der SED" wirklich hat.

Die SPD ist gegen ein Verwischen von Gegensätzen und Meinungsverschiedenheiten. Für eine Zusammenarbeit der beiden Parteien SPD und SED fehlen die Voraussetzungen. Für Volksfrontmanöver sind die Sozialdemokraten nicht zu haben. Die Entwicklung muß zeigen, was die Parteien in ihren jeweiligen Einflußbereichen tun und ob es ihnen möglich ist, ungeachtet der nicht zu vereinbarenden Meinungsverschiedenheiten für die Lösung praktischer Fragen die Voraussetzungen zu schaffen. Durch die Lösung von praktischen Fragen im Interesse der Menschen in beiden Teilen Deutschlands könnten weiter reichende Entwicklungen positiv beeinflußt werden. Für die Menschen im geteilten Deutschland tätig sein, das heißt: Freizügigkeit in Berlin. Das heißt: Nachbarschaftsverkehr an der Zonengrenze. Das heißt: Austausch von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern. Das heißt: Von unnötigen Fesseln befreiter Austausch auf den Gebieten der Wirtschaft und der Kultur einschließlich der Erfahrungen mit den Problemen der technischen Revolution.

Unsere siebente Frage will also wissen: Will sich die SED für praktische Erleichterungen im geteilten Deutschland einsetzen?

Die SED hat in ihrem „Offenen Brief" vorgeschlagen, „noch im Jahre 1966 ein Gremium für die offene Aussprache der Deutschen aus Ost und West zu schaffen". Die SPD schlägt dagegen als nächstes vor, die offene Aussprache aller Parteien in allen Teilen Deutschlands einzuleiten. Das heißt: In allen Orten sollten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß Vertreter der im Deutschen Bundestag und in der Volkskammer vertretenen Parteien offen ihre Auffassungen über die Deutschland-Frage darlegen, vertreten und austragen können. Dies ist keine Frage, die in der Bundesrepublik die SPD allein angeht. Sie geht alle Parteien an. Und sie geht die Parteien stellvertretend für das ganze Volk an.

Aus der Art der Veröffentlichungen dieser unserer Stellungnahme in der Zone und aus der sonstigen Reaktion der SED werden sich Rückschlüsse darauf ergeben, ob Voraussetzungen für eine umfassende deutsche Aussprache gegeben sind. Wir werden den Lesern unserer offenen Antwort auch den Wortlaut des „Offenen Briefes" der SED zur Kenntnis bringen, obgleich dieser eine völlig verfälschte und verzerrte Darstellung der wirklichen Verhältnisse in der Bundesrepublik und der Politik der SPD enthält.

Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß unser Vorschlag nicht mehr als ein Hilfsmittel ist. Aber nach unserer Meinung sollte wenigstens mit diesem Hilfsmittel versucht werden,

ein offenes Gespräch in Gang zu bringen. Dabei muß gewährleistet sein, daß niemandem ein Nachteil daraus erwächst, der bei solchen Diskussionen freimütig seine Meinung äußert.

Zweiter Brief der SED an die SPD vom 26. März 1966

An die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD und an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland

Werte Genossen!

Am 7. Februar 1966 wurde der Offene Brief des Zentralkomitees der SED an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD und an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland dem Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, übermittelt. Am 11. Februar 1966 wurde dieser Offene Brief in der Presse der Deutschen Demokratischen Republik veröffentlicht.

Am 19. März 1966 erhielten wir vom Parteivorstand der SPD den Wortlaut seiner Antwort. Sie zeigt, daß trotz vieler Meinungsverschiedenheiten in prinzipiellen Fragen die Aussprache der deutschen Arbeiterparteien, die Aussprache zwischen SPD und SED begonnen hat.

Wir stimmen dem Parteivorstand der SPD zu, daß es notwendig ist, „vor den Menschen in ganz Deutschland den Austausch von Argumenten über die Kernfragen der deutschen Politik in Gang zu bringen". Und wir können andererseits feststellen, daß der Parteivorstand der SPD mit uns der Meinung ist, die Politik einer deutschen Partei müsse an ihrer Stellung zur Deutschlandfrage gemessen werden.

Das haben wir in unserem Offenen Brief festgestellt. Damit wir aber nicht allgemein bleiben, haben wir die heute in Deutschland zur Entscheidung stehenden Grundfragen beim Namen genannt. Es sind dies die Fragen:

1. Bist Du für Verhandlungen und für die Verständigung der Regierungen der beiden deutschen Staaten mit dem Ziel der Entspannung und der Schaffung der Voraussetzungen für ihre Zusammenarbeit und schrittweise Vereinigung?

2. Wie stehst Du zum Friedensvertrag? Welche Vorstellung hat die SPD von der Vorbereitung und vom Inhalt des Friedensvertrages?

3. Wie soll das einige Deutschland aussehen, das Du erstrebst? Soll es ein Deutschland sein, in dem das Volk bestimmt, oder sollen in ihm die Multimillionäre und Hitlergenerale den Ton angeben?

Die Antwort des Parteivorstandes enthält allerdings noch keine Antwort auf diese Kernfragen.

Offenbar ist der SPD-Vorstand deshalb auf die Deutschlandfrage kaum eingegangen, weil er mit der CDU und FDP eine gemeinsame Politik vertreten möchte. Eine Anpassung an die Deutschlandpolitik der CDU/CSU aber wäre eine Anpassung an eine gescheiterte Deutschlandpolitik, deren völlige Untauglichkeit in den vergangenen zwei Jahrzehnten hinlänglich bewiesen wurde. Das wäre zugleich der Verzicht auf eine eigenständige sozialdemokratische Konzeption der Lösung der deutschen Probleme. Das ist kein Weg zur Überwindung der Spaltung Deutschlands.

Es muß ein anderer Weg gesucht werden.

Die Nachkriegszeit ist beendet. Auch unter den Arbeitern und Bauern Westdeutschlands, in vielen Kreisen der Intelligenz und auch des Bürgertums wachsen Streben und Bereit-

schaft, mit dafür einzutreten, daß keine neue Vorkriegszeit anbricht. Wir sind der Überzeugung, auch die Mehrheit der Westdeutschen wünscht, daß alles getan werde, damit kein neuer Krieg von westdeutschem Boden ausgehe, daß die Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten nicht vertieft, sondern der Weg ihrer Annäherung beschritten werde. Sozialdemokratische Politiker haben die Vermutung geäußert, mit unserer Initiative für eine Annäherung und Zusammenarbeit der beiden Parteien wollten wir die SPD durcheinanderbringen oder gar bevormunden. Wir erklären ausdrücklich, daß unsere Initiative und unsere Vorschläge einzig und allein der Verständigung dienen sollen. Eben aus diesem Grunde sehen wir auch davon ab, auf gewisse Entgleisungen in der Richtung persönlicher Diffamierung und beleidigender Unterstellungen in der „Offenen Antwort" des SPD-Parteivorstandes zu reagieren. Wir sind der Ansicht, daß es unserem großen Anliegen dienlicher ist, sachlich die Meinungen auszutauschen — mögen sie vorerst auch noch so weit auseinandergehen — und nach einem guten Ergebnis zu streben.

Wir konzentrieren uns in unserer Antwort zunächst auf einige Hauptfragen und nehmen an, daß im Verlauf des Meinungsaustausches manche weitere Fragen erörtert und auch geklärt werden können.

Es kommt — unserer Meinung nach — vorrangig darauf an, daß die beiden größten deutschen Parteien, die SED und die SPD, ihre Auffassungen über jene Probleme austauschen, die Frieden und Krieg, Abrüstung und europäische Sicherheit, die Sicherung der Demokratie und die Bereitung des Weges für eine friedliche Lösung der deutschen Frage betreffen. Wenn hier eine Annäherung möglich wäre, könnten andere Fragen leichter gelöst werden. Wir haben der westdeutschen Sozialdemokratie weder eine Vereinigung unserer Parteien noch die Bildung einer Volksfront vorgeschlagen. Eines jedoch ist gewiß: Soll es zu einer Vereinigung der deutschen Staaten kommen, so ist dazu die Zusammenarbeit von SED und SPD und aller Arbeiterorganisationen hüben und drüben unumgänglich. Das Beharren auf der Nichtzusammenarbeit wäre Beharren auf der Fortsetzung und Versteinerung der Spaltung Deutschlands. Das käme nur jenen Kräften entgegen, die Deutschland gespalten haben und nicht daran interessiert sind, daß ein geeintes, friedliches und demokratisches Deutschland entsteht.

Werte Genossen!

Wir müssen gestehen, daß aus Ihrer „Offenen Antwort" der Unterschied zwischen Ihrer Deutschlandpolitik und der Deutschlandpolitik der CDU/CSU, von der jedermann weiß und sagt, daß sie hoffnungslos in der Sackgasse steckt, nicht hervorgeht. Früher einmal hatte die SPD einen eigenen Deutschlandplan. Sie gab ihn im Juni 1960 durch eine Erklärung im Bundestag zugunsten der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU auf. Das hat sich doch für die Sozialdemokratie nicht ausgezahlt. Aus welchem Grunde muß denn die SPD der CDU/CSU in der Sackgasse Gesellschaft leisten?

Die Deutschlandpolitik der CDU beruht bekanntlich darauf, die DDR als Niemandsland zu betrachten und sich auf deren Eroberung vorzubereiten. Aber jeder sollte wissen, das ist keine Deutschlandpolitik, sondern eine Deutschland-Vernichtungspolitik. Wer den Tag X propagiert und vorbereitet, propagiert und bereitet für Deutschland den Tag Null, die Zerstörung, vor.

In der „Offenen Antwort" heißt es sehr richtig, daß, ungeachtet aller Standpunkte in der Deutschlandfrage, Deutschland nicht zu einem zusätzlichen Spannungsherd werden dürfe. Aber gerade das völlig irreale Beharren auf den Grenzen von 1937 ist zum Beispiel ein gefährliches Element der Spannungen. Es entfacht Illusionen, ermuntert die Unbelehrbaren und erhöht die Kriegsgefahr.

Weder die deutschen Sozialdemokraten noch die deutschen Kommunisten sind für die Eroberungskriege der deutschen Großbourgeoisie verantwortlich. Immer ging es dabei darum, Grenzen zu verändern. Was aber ist herausgekommen?

Unerhörte Verluste an Gut und Blut kommen auf das Schuldkonto der deutschen Großfinanz, ihrer Ludendorffs und ihrer Hitlers. Sehen Sie sich doch die Karte Deutschlands von 1914, dann die nach 1918 und dann die von 1945 an! Die Grenzen von 1914, dann

die nach 1918 und 1937 — sie wurden von den deutschen Großkapitalisten und Großgrundbesitzern unwiderruflich verspielt. Sie wollten ihre Macht durch immer neue Raubkriege vergrößern und machten damit Deutschland immer kleiner und spalteten es schließlich. Und was würde von Deutschland nach einem dritten Krieg übrigbleiben? Wer Grenzen ändern will, die seit 20 Jahren bestehen, kalkuliert den Krieg als Mittel der Politik ein. Die CDU tut das bewußt. Und wo steht die Sozialdemokratie?

Die deutsche Arbeiterklasse vermochte leider nicht zu verhindern, daß zwei Weltkriege von deutschem Boden ausgingen und Unheil über so viele Völker brachten. Die deutsche Arbeiterklasse, ihre Parteien und Organisationen müssen und können heute verhindern, daß ein dritter Weltkrieg — ein Krieg, der mit Atomwaffen geführt würde — von deutschem Boden ausgeht.

In der „Offenen Antwort" wird erklärt, die Entwicklung der letzten 20 Jahre lasse es der SPD nicht als nützlich erscheinen, in eine Diskussion einzutreten, die so tut, als wenn eine Lösung der deutschen Frage im wesentlichen nur von den in Deutschland wirkenden Faktoren abhänge. Wir gestatten uns, hierzu folgendes zu sagen: Natürlich hängt die Lösung der deutschen Frage von verschiedenen Faktoren ab. Den Hauptfaktor aber, die deutsche Arbeiterklasse und ihre Organisationen und das deutsche Volk, bei diesen Faktoren nicht einzubeziehen, heißt auf jede Deutschlandpolitik verzichten.

Wir sind in dieser Frage der Meinung Willy Brandts: In der deutschen Frage wird sich ernsthaft nichts rühren, solange sich die Deutschen nicht selber rühren. Wir möchten nur ergänzen: In der deutschen Frage wird sich ernsthaft nichts rühren, solange sich die beiden deutschen Staaten nicht gemeinsam bemühen. Diese Aufgabe kann ihnen niemand abnehmen, auch nicht die Siegermächte des zweiten Weltkrieges.

Werte Genossen!

In der Antwort des Parteivorstandes der SPD wird uns vorgeworfen, wir wollten in Westdeutschland „die Grundlagen einer freiheitlichen demokratischen Ordnung beseitigen". Das ist natürlich nicht der Fall. Die Demokratie in Westdeutschland ist selbst nach Meinung vieler westdeutscher Gewerkschafter, Sozialdemokraten, bürgerlicher Politiker und Wissenschaftler ausgehöhlt worden, und zwar nicht von uns, sondern von den restaurativen Kräften in Westdeutschland.

Wir erinnern daran, daß es einmal eine Weimarer Verfassung gab, die auch viele demokratische Grundsätze enthielt. Aber sie wurden systematisch von den Großkapitalisten, Großgrundbesitzern, von den monarchistischen Offizieren und Generalen, von den monarchistischen Richtern, von einer reaktionären Presse und dann von Brüning, Papen und Schleicher immer mehr eingeschränkt und schließlich durch Hitler völlig vernichtet. Nicht wenige Westdeutsche sehen in der westdeutschen Gegenwart die Analogie des Weges, der zu Hitler und in den Krieg führte.

Was also macht uns so besorgt über die Entwicklung in Westdeutschland? Die SPD selbst hat im Godesberger Programm 1959 erklärt: „Wer in den Großorganisationen der Wirtschaft die Verfügung über Millionenwerte und über Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, er übt Herrschaftsmacht über Menschen aus; die Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten geht weit über das Ökonomisch-Materielle hinaus ... Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht."

Das wurde 1959 geschrieben. Hat sich seitdem etwas zum Besseren verändert? Im Gegenteil. Die Verbindung der wirtschaftlichen Macht der großen Monopole mit ihrer Herrschaft über Politik und Gesellschaft ist weiter vorangeschritten. Die westdeutsche Wirtschaft wird von einer kleinen Zahl von Großkapitalisten absolutistisch regiert. Eine Handbewegung von ihnen, und Zehntausende Bergarbeiter verlieren ihren Arbeitsplatz. Die Zechenherren erhalten dafür Millionen Prämien.

In den höchsten Spitzen des Staatsapparates sitzt die Reaktion, die personell zum großen Teil noch mit dem braunen Regime eng verknüpft ist. An die Stelle der monarchistischen

Richter der Weimarer Zeit sind die juristischen Handlanger Hitlers getreten. Sie haben entscheidende Positionen in der westdeutschen Justiz inne. An der Spitze der westdeutschen Bundeswehr stehen Offiziere Hitlers, die ihm bis fünf Minuten nach zwölf dienten. Nach dem ersten Weltkrieg hieß es: Der Kaiser ging, und die Generale blieben. Heute muß man für Westdeutschland feststellen: Hitler verschwand, aber seine Wehrwirtschaftsführer und seine Generale sind da. Die einfachen Soldaten waren und sind Söhne von Arbeitern und Bauern. Unter ihnen gibt es viele Sozialdemokraten. Aber sogar schon die jungen Offiziere, die Leutnants, stehen zu 75 Prozent auf der Seite der CDU/CSU. Sie sind im Geiste des Revanchismus erzogen und bereit, nicht nur auf die Deutschen in der DDR, sondern auch auf die westdeutschen Arbeiter, Sozialdemokraten und Gewerkschafter zu schießen. Ganz im Geiste und in der Tradition des deutschen Militarismus.

Der größte Teil der westdeutschen Presse ist in den Händen reaktionärer Großkapitalisten. Ein neuer Hugenberg, Herr Springer, herrscht über einen immer größeren Teil der Zeitungen und Zeitschriften. Ist es nicht erschreckend, daß eine Partei wie die SPD, die über 13 Millionen Wähler hat und mehr als 700 000 Mitglieder, bis heute nicht in der Lage ist, dieses kapitalistische Monopol der öffentlichen Meinungsbildung zu brechen? Der bekannte westdeutsche bürgerliche Journalist Paul Sethe ist für Westdeutschland zu der Überzeugung gekommen: „Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten. Frei ist, wer reich ist ..."

Und der Aushöhlungsprozeß der demokratischen Grundrechte schreitet fort. Neue Gefahren entstehen durch die Notstandsgesetzgebung, das Streben nach Mitverfügungsgewalt und Mitbesitz von Atomwaffen, durch die geplante Finanzreform, die die Rechte der Gemeinden und Länder weiter beschneiden soll. Und all das zusammengenommen wird den Westdeutschen als „Formierte Gesellschaft" serviert.

Die Tatsache, daß eine offensichtlich neofaschistische Partei in einigen westdeutschen Städten wachsenden Zulauf hat und bis zu 9 Prozent aller Wählerstimmen gewinnen konnte, sollte für alle Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die die Entwicklung in der Weimarer Republik bewußt miterlebten, ein Signal für Wachsamkeit sein. Bemerkenswerterweise hat diese neofaschistische Partei in den alten Traditionsstätten des deutschen Faschismus den stärksten Anhang.

Aber eine traditionsreiche deutsche Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei Deutschlands, die im Kampf gegen Faschismus und Krieg große Opfer gebracht hat, ist in Westdeutschland verboten. Ihre Mitglieder und Anhänger werden polizeilich verfolgt. So wird es dieser Partei unerhört erschwert, an der öffentlichen Diskussion der deutschen Frage teilzunehmen und ihren Beitrag zu leisten.

Von einer demokratischen Entwicklung haben wir andere Vorstellungen. Wenn tatsächlich die im Bonner Grundgesetz niedergelegten demokratischen Rechte in Westdeutschland die Entwicklung bestimmten, hätten wir weniger Sorgen. Wir können die Empfehlung nicht ganz verstehen, uns solche Art Demokratie zum Vorbild zu nehmen.

Je mehr in Westdeutschland die antidemokratischen Kräfte die Oberhand gewinnen, desto schwieriger wird eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten. In dieser Entwicklung, nicht im Bestehen einer Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten, liegt die akute Gefahr. Hinzu kommt die immer größere Teilnahme der westdeutschen Regierung am barbarischen USA-Krieg gegen die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des vietnamesischen Volkes. Sie könnte Westdeutschland in das Kriegsabenteuer verwickeln. Wenn die restaurativen Kräfte heute über ganz Deutschland herrschen könnten, dann wäre wahrscheinlich der Krieg in Europa schon da.

Werte Genossen!

In der „Offenen Antwort" werden wir aufgefordert, Schikanen gegen Westberlin einzustellen. Wir haben keine Politik der Schikanen gegenüber Westberlin. Wir wollen auch nicht alte Wunden aufreißen und ausdiskutieren, was uns mit dem Mißbrauch Westberlins als Werkzeug des kalten Krieges gegen die Deutsche Demokratische Republik angetan wurde. Das ist ein düsteres Kapitel.

Eine Annäherung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin kann sich sachlich vollziehen, wenn der Mißbrauch Westberlins aufhört. Westberlin ist kein Land der westdeutschen Bundesrepublik und wird nie zur westdeutschen Bundesrepublik gehören. Jeder Versuch, diesen Status quo zu ändern, birgt Gefahren und Konfliktstoffe. Westberlin ist ein besonderes Gebiet unter Besatzungsregime auf dem Territorium der DDR. Wer Westberlin als „Pfahl im Fleische der DDR", als „billigste Atombombe", als „Störenfried" ansieht, sollte sich nicht darüber beklagen, daß die Regierung der DDR die friedliche Arbeit und Sicherheit ihrer Bürger schützt.

Wir können und werden nicht zulassen, daß Westberlin von militaristischen Kreisen und Brandstiftern gegen die DDR ausgenutzt wird. Unsere Beziehungen zu Westberlin könnten — unter Berücksichtigung der Interessen der Westberliner — durchaus freundschaftlich sein. Das ist unser Wunsch. Aber dazu ist es nötig, den kalten Krieg aus Westberlin für immer zu verbannen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir daran erinnern, daß es unsere Partei und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik waren, deren Initiative und Geduld die Passierscheinabkommen gegen den Widerstand der regierenden Entspannungsfeinde in Bonn ermöglichten.

In der Antwort des Parteivorstandes der SPD ist viel von Menschlichkeit und menschlichen Beziehungen die Rede. Wir sind der Ansicht, daß es notwendig ist, auch über dieses Thema offen zu sprechen.

Der Sozialismus, den wir auf deutschem Boden aufbauen, beruht auf den Prinzipien der Menschlichkeit. Das unterscheidet den Sozialismus vom Kapitalismus. In der Geschichte des Sozialismus stand immer die Idee der Menschlichkeit im Vordergrund. Die Geschichte des Kapitalismus, einschließlich seiner abscheulichen Kriege, ist eine Kette von Unmenschlichkeiten. Gegen diese Unmenschlichkeiten muß die Menschlichkeit verteidigt werden. Und das tun wir.

Niemand kann verkennen, daß infolge der Spaltung Deutschlands durch die imperialistischen Westmächte und das westdeutsche Großkapital nicht wenige menschliche Beziehungen in Deutschland gestört sind. Und falls in Westdeutschland die Politik der Feindschaft gegenüber der DDR, die Politik der atomaren Aufrüstung, die Politik des kalten Krieges und der Revision der seit 20 Jahren bestehenden Grenzen fortgesetzt wird, besteht leider wenig Aussicht, diese Störungen in den menschlichen Beziehungen zu beseitigen.

Jawohl, die Beziehungen zwischen den Bürgern der beiden deutschen Staaten, einschließlich des Reiseverkehrs, sind in der Tat durch die Politik der Feindschaft gegen die DDR aufs schwerste belastet. Solche Probleme können nur zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten im Zuge einer Normalisierung der Beziehungen zwischen ihnen geklärt werden.

Sehr förderlich und zweckmäßig wäre es, wenn bis dahin die SPD sich für die Beseitigung aller Diskriminierungen von Bürgern der DDR bei Reisen in die westdeutsche Bundesrepublik und bei Reisen in andere NATO-Länder einsetzen würde.

Es vergiftet ständig von neuem die Atmosphäre, wenn Bürger der DDR auf Betreiben der westdeutschen Regierung entwürdigenden Prozeduren unterzogen werden, wenn Sportler an Wettkämpfen gehindert werden, weil ihre Sportkleidung der westdeutschen Polizei nicht gefällt, wenn Bürger der DDR willkürlich verhaftet und als „lästige Ausländer" über die Grenze abgeschoben werden. Das sind Polizeistaat-Methoden und keine Mittel zur Förderung der menschlichen Beziehungen.

Die Bürger der DDR sind sich dieser Lage bewußt. Sie haben nach der Gründung der beiden deutschen Staaten 13 Jahre lang unter schwierigen Bedingungen und bei offener Grenze den Sozialismus aufgebaut. Diese offene Grenze wurde unter Mißbrauch Westberlins dazu benutzt, der Deutschen Demokratischen Republik und ihren Bürgern Milliardenwerte zu rauben. Der bekannte westdeutsche Wissenschaftler und frühere Bundestagsabgeordnete der SPD Prof. Baade hat den auf diese Weise der DDR und ihren

Bürgern zugefügten Schaden auf 85 Milliarden Mark geschätzt. Unsere Berechnungen liegen weit höher.

Wir haben nicht vergessen und werden es nicht vergessen, wie — unterstützt und gelenkt von der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik — systematisch versucht wurde, zum Beispiel durch Abwerbung von Fachärzten, das Gesundheitswesen der DDR zu desorganisieren. Diese Störtätigkeit wurde systematisch auf einzelne Städte und Kreise konzentriert, und es wurde großer Schaden angerichtet. Letztlich traf es die ärztlicher Hilfe bedürftigen DDR-Bürger. Wir haben diese Angriffe auf unser Gesundheitswesen überstanden. Ähnliche Beispiele gibt es auf vielen Gebieten. Wir wollen hier nicht die Rolle untersuchen, die gewisse der SPD nahestehende Organisationen — nicht zuletzt auch in Westberlin — bei der systematischen Kampagne der Schädigung der DDR und ihrer Bürger gespielt haben und immer noch spielen.

Wir haben jedenfalls nicht die Absicht, neue Versuche der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik, sich auf Kosten der Bevölkerung der DDR zu bereichern, in irgendeiner Weise zu erleichtern. Der unfreiwillige Blutspender für die reiche westdeutsche Bundesrepublik hat sich spät, aber noch rechtzeitig darauf besonnen, daß er sein Blut selber braucht. Seit dem 13. August 1961 und dank der damals getroffenen Maßnahmen haben sich — das geben selbst unsere Gegner zu — Wirtschaft und Lebenshaltung wesentlich gefestigt und verbessert.

Die Bürger der DDR bringen bewußt auch persönliche Opfer, um die durch die Sicherung unserer Grenzen erzielte Stabilität der Entwicklung zu fördern und damit letztlich der Erhaltung des Friedens und auch der Verständigung der deutschen Staaten zu dienen.

Im übrigen: 13 Jahre gab es die offene Grenze, und dennoch gab es weder eine Annäherung noch eine Verständigung zwischen den Arbeiterparteien oder den deutschen Staaten. Die Grenze kann also nicht die Ursache der Spannungen sein.

Wenn es um die Beziehungen zwischen den Bürgern beider deutscher Staaten geht, so meinen wir: Es gibt kein Hindernis von unserer Seite für die offene Aussprache der deutschen Arbeiter der DDR wie der Bundesrepublik über alle bestehenden Grenzen hinweg. Es wäre auch gut, wenn unsere Annahme zuträfe, daß mit der „Offenen Antwort" des Parteivorstandes der SPD auf unseren Offenen Brief das Verbot von Beziehungen zwischen den Mitgliedern, den Organisationen und Leitungen von SPD und SED aufgehoben ist. Jedenfalls behindert nicht die Grenze, sondern die Mauer des kalten Krieges und des Antikommunismus das Zusammenfinden.

Wir haben Grenzen ebenso wie jeder andere Staat. Ebenso wie jeder andere Staat verlangen wir auch, daß unsere Grenzen und unsere Gesetze respektiert werden. Das setzen wir durch. Das ist in allen Ländern der Welt so. Keinem Menschen wird ein Haar gekrümmt, der die gesetzliche Ordnung der DDR achtet. Wer aber der verbrecherischen Aufforderung zur Verletzung unserer Grenzen und Gesetze folgt, wer der törichten Propaganda glaubt, ein Staat DDR existiere nicht, man brauche seine Grenzen nicht zu respektieren, der riskiert Kopf und Kragen. Daran kann nichts geändert werden.

Das Regime an einer Grenze aber richtet sich immer nach den Beziehungen zwischen den Staaten, die sie trennt. Sind diese Beziehungen freundschaftlicher Natur, dann kann auch das Regime an der Grenze freundschaftlich und großzügig sein. Wird dagegen, wie es von Westdeutschland und Westberlin aus geschieht, immer wieder der Versuch gemacht, unsere Grenzen zu negieren, sie und unsere Gesetzlichkeit zu mißachten, dann ist es selbstverständlich notwendig, daß die Deutsche Demokratische Republik entsprechende Maßnahmen trifft. Sie schützen unseren Staat, unser Volk und verhindern gefährliche Konflikte. Deshalb beabsichtigen wir nicht, unsere gesicherte in eine ungesicherte Grenze zu verwandeln.

Die westdeutsche Sozialdemokratie sollte interessiert daran sein und sich dafür einsetzen, daß niemand verleitet wird, Grenzzwischenfälle hervorzurufen, die leicht zu gefährlichen Konsequenzen führen könnten.

Werte Genossen!

In der Antwort des Parteivorstandes der SPD auf unseren Offenen Brief ist auch noch nichts darüber gesagt, wie Sie sich ein vereinigtes Deutschland vorstellen. Von der Beantwortung dieser Frage hängt sehr viel ab. In unserem Offenen Brief sagten wir folgendes: „Wer — so fragen wir — ist dazu berufen, in Deutschland politische Macht auszuüben? Soll es die Arbeiterklasse als stärkste Klasse der Gesellschaft mit ihren Verbündeten, der Bauernschaft, der Intelligenz, den Gewerbetreibenden, aber auch demokratischen antiimperialistischen Kreisen des Bürgertums sein? Oder aber sollen es die hundert Familien der Multimillionäre sein, die gegenwärtig in der westdeutschen Bundesrepublik über viele Hebel ihres mächtigen Monopolapparates alle entscheidenden Machtpositionen in Staat und Wirtschaft, Armee und Polizei, Justiz und Außenpolitik dirigieren und auch die sogenannte öffentliche Meinung beeinflussen? Das alles sind doch Fragen, die bei der Wiedervereinigung Deutschlands zur Beratung stehen."

Über diese Fragen herrscht bei uns völlige Klarheit. Die Vereinigung der deutschen Staaten soll der Sicherung des Friedens dienen, nicht aber dem Revanchismus und dem Krieg. Sie soll das Friedenspotential der deutschen Nation stärken, niemals aber das Kriegspotential. In einem künftigen vereinigten Deutschland soll nicht das große Besitzbürgertum die alleinige Macht ausüben und mit den Arbeitern nach Belieben umspringen können, wie es heute z. B. im Ruhrgebiet geschieht. Die Vereinigung der deutschen Staaten muß dem Wohlstand ihrer Bürger dienen und darf nicht zu einem Machtzuwachs der Monopole, der Reaktion, der Militaristen führen. Es wäre im Interesse einer fruchtbaren Diskussion über die Deutschlandfrage sehr nützlich, wenn die Sozialdemokratie der Öffentlichkeit auf diese Fragen antworten würde.

Worum geht es heute?

Der in der Antwort des Parteivorstandes der SPD noch vertretene Alleinvertretungsanspruch der westdeutschen Bundesrepublik ist ein Element der Versteinerung der deutschen Spaltung. Wohin es führt, wenn man nicht zur Kenntnis nehmen will, daß zwei deutsche Staaten existieren, die sich miteinander verständigen müssen, zeigen die letzten 17 Jahre. Mit Recht spricht man in Westdeutschland in Kreisen der Sozialdemokratie von einer neuen Bewährungsprobe, in der die Arbeiterklasse und ihre gesellschaftlichen Organisationen nicht versagen dürften. Aber wenn die Politik der westdeutschen Bundesrepublik gegenüber dem anderen deutschen Staat so bleibt, dann wird es auch in den nächsten 17 Jahren, auch nach vier oder fünf weiteren Bundestagswahlen, in der Deutschlandfrage nicht einen Schritt weitergehen.

Wie aber kann die Lage verändert werden, wenn nicht die Arbeiter und ihre politischen Parteien und Organisationen in Westdeutschland wie in der Deutschen Demokratischen Republik der unbestreitbaren Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten Rechnung tragen, um gemeinsam das Eis des kalten Krieges zum Schmelzen zu bringen?

Die westdeutschen Sozialdemokraten sollten verstehen, daß die Großunternehmer, ihre Verbände und ihre Regierung natürlich in keiner Weise an einer Lösung interessiert sind, die nicht die Vormachtstellung ihrer Klasse auch über die DDR einschließt. Das aber ist nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für das ganze Volk der Deutschen Demokratischen Republik untragbar. Das wäre auch die größte Gefahr für den Frieden.

Wenn es also zu einer Vereinigung der deutschen Staaten kommen soll, dann müssen die Arbeiterparteien und die Arbeiterorganisationen die Initiative ergreifen.

Wir in der Deutschen Demokratischen Republik haben durch die Kraft der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes eine demokratische Ordnung geschaffen und errichten jetzt den Sozialismus. Viele Forderungen, für die die deutsche Sozialdemokratie jahrzehntelang gekämpft hat, sind bei uns verwirklicht. Die Großbetriebe sind in Volkes Hand. Die Arbeiter nehmen an der Planung und Leitung der Wirtschaft teil. Der Boden der Großbrundbesitzer gehört denen, die ihn bebauen. Das Bildungsprivileg der Reichen ist gebrochen. Die Gleichberechtigung der Frauen ist hergestellt. Alle jungen Menschen haben gleiche Chancen. Wir betrachten es als wahrscheinlich, daß die Arbeiterklasse West-

deutschlands nicht den Weg der Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik wiederholen wird, denn schließlich sind heute andere Voraussetzungen als vor 20 Jahren und vor 17 Jahren. Die Existenz eines sozialistischen deutschen Staates ermöglicht es den Westdeutschen, manche Fragen der notwendigen demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft auf einem anderen, hoffentlich leichteren Weg zu lösen, als wir es unter den schwierigen Bedingungen unseres Anfangs tun mußten.

Wie immer auch der Weg der westdeutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten sein wird, klar erscheint jedenfalls, daß das Verhältnis der westdeutschen Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen zur Deutschen Demokratischen Republik nicht das Verhältnis der Feindschaft sein kann. Sicherlich wäre es förderlich, wenn die westdeutschen Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen unsere Entwicklung sorgfältig studieren würden. Vielleicht finden sie doch aus unseren Erfahrungen einiges, was auch für Westdeutschland nützlich sein kann.

Entscheiden kann natürlich nur die westdeutsche Arbeiterschaft. Wir denken jedenfalls nicht daran, daß etwa in einem vereinigten Deutschland nur eine Partei den Ton angeben wird. Deswegen haben wir in unserem Offenen Brief ausdrücklich gesagt, daß das zukünftige vereinigte Deutschland „von den Gedanken und Vorstellungen der SED und der SPD und aller derjenigen Deutschen geprägt sein soll, die ehrlichen Herzens an dem großen Werk der Überwindung der Spaltung und der Neugestaltung Deutschlands mitarbeiten". Wir können uns vorstellen, daß durch unsere Zusammenarbeit schließlich ein Programm darüber zur öffentlichen Diskussion gestellt wird, wie das spätere Deutschland aussehen soll, dem wir gemeinsam zustreben wollen.

Wenn in der „Offenen Antwort" der SPD-Vorstand der SED vorwirft, sie erstrebe eine Monopolstellung, so können wir dazu nur sagen: Die SED ist in der DDR die führende politische Partei, auch in der Regierung. Aber sie besitzt weder noch strebt sie nach einer Monopolstellung. Bekanntlich gibt es in der DDR fünf Parteien, die auf freiwilliger Basis zusammenarbeiten.

Wie immer auch die Zukunft sein mag, nichts wird erreicht werden können, wenn die Arbeiterparteien der beiden deutschen Staaten sich nicht zusammensetzen, in freier und offener Aussprache über alle Fragen und Probleme über Weg und Ziel sprechen.

Wir sind auch davon überzeugt, daß die große Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands es der SPD danken würde, wenn sie eine Initiative zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ergreifen würde. Das wäre zugleich der Weg, um viele Probleme zu lösen, die die Menschen bewegen, die jedoch unter den heutigen verhärteten Verhältnissen nicht zu lösen sind.

Mit Interesse haben wir den Vorschlag des Parteivorstandes der SPD zur Kenntnis genommen, gemeinsame Versammlungen in beiden deutschen Staaten durchzuführen, auf denen die beiderseitigen Standpunkte offen dargelegt werden können.

Das Zentralkomitee der SED schlägt vor, mit einem praktischen Beispiel den ersten Schritt bald zu tun und dabei gleichzeitig Erfahrungen zu sammeln.

Anknüpfend an die Gedanken der SPD schlagen wir vor, daß zunächst auf einer SED-Veranstaltung in Karl-Marx-Stadt Vertreter der SPD und der SED das Wort ergreifen.

Wir schlagen ferner vor, daß auf einer SPD-Veranstaltung in Essen ebenfalls Vertreter der SED und der SPD das Wort ergreifen.

Wir können die Zusage geben, daß die von der Sozialdemokratischen Partei delegierten Redner volle persönliche Sicherheit und Redefreiheit haben werden.

Wir schlagen vor, daß der Parteivorstand der SPD sich bei den zuständigen Innenministerien der westdeutschen Bundesrepublik vergewissert, daß eine solche Versammlung in Essen ungehindert stattfinden kann, und daß die von der SED delegierten Redner ebenfalls volle Sicherheit und Redefreiheit genießen.

Nach den Erfahrungen dieses ersten Versuchs könnten dann zwischen dem Parteivorstand der SPD und dem Zentralkomitee der SED weitere Schritte beraten und vereinbart werden. Wir erwarten auf unseren Vorschlag die Antwort der SPD.

Was ähnliche Veranstaltungen anderer Parteien betrifft, so fühlen wir uns nicht dazu berufen, für die CDU, die LDPD und die NDPD, die DBD und für die demokratischen Massenorganisationen der DDR zu sprechen. Falls also die westdeutsche CDU oder FDP oder andere Parteien oder Organisationen den Wunsch haben sollten, ähnliche gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen, müßten sie sich mit den entsprechenden Parteien oder Organisationen in der Deutschen Demokratischen Republik in Verbindung setzen, sich mit ihnen verständigen und die notwendigen Schritte bei den zuständigen Behörden hüben und drüben unternehmen.

Im übrigen möchten wir unsere Vorschläge, daß sich SED und SPD über gemeinsame Vorstellungen für die Einberufung einer großen gesamtdeutschen Beratung einigen, erneuern.

Es gibt natürlich noch viele Fragen, die wir miteinander besprechen müssen. Aller Anfang ist schwer. Aber alle Schwierigkeiten können Schritt um Schritt überwunden werden, wenn der Wille vorhanden ist, strittige Fragen zu klären und gemeinsam zu jenem Ufer zu kommen, auf dem des deutschen Volkes gute Zukunft liegt. Der Weg dorthin: Beendigung des feindseligen Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten, Aufschlagen eines neuen Blattes im Buch der deutschen Geschichte.

Wer sollte dabei größere Verantwortung haben als wir selbst, die größten Parteien der beiden deutschen Staaten? Sie können versichert sein — werte sozialdemokratische Genossen —, daß trotz aller noch vorhandenen Gegensätzlichkeiten wir auch weiterhin in jenem Geiste wirken werden, der unseren Offenen Brief durchdringt. Es kann zwischen SED und SPD nicht darum gehen, daß einer über den anderen obsiegt, sondern beide müssen wir gewinnen, zum Wohle der deutschen Arbeiterklasse und der glücklichen Zukunft des deutschen Volkes.

Professoren appellieren erneut an die Gewerkschaften

Am 10. März 1966 übergaben die Professoren Heinz Maus, Helmut Ridder und Eugen Kogon in einer Pressekonferenz den folgenden, am 8. März 1966 an den Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Vorstände der Einzelgewerkschaften gerichteten und von einer Anzahl Professoren mitunterzeichneten Brief der Öffentlichkeit.

Meine Damen und Herren,

vor einem Jahr sandte ich Ihnen die Petition der 265 Professoren zur Verteidigung des Grundgesetzes gegen seine Durchbrechung durch eine Notstandsgesetzgebung. Wir konnten damals von den Beschlüssen der DGB-Kongresse von Hannover und Düsseldorf ausgehen, in denen sich die Gewerkschaftsbewegung als der sicherste Schutz der demokratischen Rechtsstaatlichkeit erwiesen hatte.

Verschiedene Pressemeldungen der letzten Tage, die zu den Besprechungen zwischen führenden Vertretern der Gewerkschaften und dem Herrn Bundesinnenminister Lücke Stellung genommen haben, sind der Anlaß, uns erneut an Sie zu wenden. Diese Pressemeldungen lassen eine, zwar äußerst geschickte, aber darum nicht weniger undemokratische Taktik erkennen, die Ihnen die Dringlichkeit unseres abermaligen Appells deutlich machen dürfte.

Wir halten uns für verpflichtet, Sie daran zu erinnern, daß die Gefahren einer Notstandsgesetzgebung, wie sie einst die Weimarer Republik aufzulösen half, inzwischen durch das Bekenntnis führender Politiker und Vertreter der „Wirtschaft" zur „Formierten Gesellschaft" noch klarer hervorgetreten sind. An der Gefährdung des Streikrechts der Arbeitnehmer durch Dienstleistungsverpflichtungen würde sich auch durch eine formelle Verbeugung der Verfassungsänderungsgesetze vor dem Streikrecht nichts ändern.

Die Beeinträchtigung der Informations- und Meinungsfreiheit würde auch bei obligatorischer „Selbstkontrolle" der Presse nur die Form, nicht aber den Inhalt wechseln. Für die Ausschaltung des Parlaments ist es prinzipiell belanglos, ob sie unmittelbar durch das bestehende Kabinett oder durch die Zwangskoalition eines Notparlaments erfolgt, die jede echte Machtkontrolle durch den vom Grundgesetz gewünschten Widerstreit von Regierung und Opposition ausschaltet; die pluralistische Struktur der öffentlichen Ordnung wäre aufgehoben.

Auch wenn nur der sogenannte „äußere Notstand" zur Legitimation von Ausnahmerechten herangezogen werden sollte, würde sich die Gefahr nicht grundsätzlich mindern. In einer Periode, in der es keinerlei wirkliche Bedrohung des europäischen Friedens gibt, müßte vielmehr die Vorbereitung der Rechtslage der Bundesrepublik auf einen Krieg auch außenpolitisch als beunruhigend wirken und überdies jede diktaturlüsterne Politiker-Gruppe in die Versuchung bringen, aus innenpolitischen Gründen mit dem Mittel der Verschärfung der außenpolitischen Lage zu hantieren, sobald ihr dies als opportun erscheint.

Wir machen Sie außerdem darauf aufmerksam, daß zur Aufhebung der alliierten Vorbehaltsrechte — wie Professor Dr. Helmut Ridder gezeigt hat — keine Verfassungsänderung notwendig ist!

Allerdings hat sich die politische Situation seit 1962 materiell verändert, nämlich dadurch, daß die Proklamation des Ziels der „Formierten Gesellschaft" inzwischen unverhüllt erfolgt ist. Dem gegenüber sind die bloß formellen Konzessionen, zu denen sich, wegen des Widerstands der Gewerkschaften, diejenigen Kräfte bequemen mußten, die die Grundgesetzänderung so hartnäckig betreiben, wahrhaft zweit-, ja drittrangig.

Deshalb appellieren wir nochmals an den DGB und die Gewerkschaften, bei ihren früheren Beschlüssen zu bleiben, sie nicht aufzuweichen und auch künftig mit den kritischen Vertretern der Wissenschaft und des Geistes die Verfassung zu schützen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Marburg, den 8. März 1966

Prof. Dr. Heinz Maus, Marburg — Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen — Prof. Dr. rer. pol. Eugen Kogon, Darmstadt — Prof. Dr. rer. pol. Hans Albert, Mannheim — Prof. Dr. med. phil. Hans Anger, Köln — Prof. Dr. phil. Jürgen Habermas, Frankfurt — Prof. Dr. phil. Dieter Claessens, Münster — Prof. Dr. phil. Heinrich Düker, Marburg — Prof. Dr. phil Friedrich Edding, Berlin — Prof. Dr. jur. Wolfgang Abendroth, Marburg — Prof. Dr. rer. pol. Erich Reigrotzki, Marburg — Prof. Dr. phil. Hans-Paul Bahrdt, Göttingen — Prof. Dr. phil. Franz Rauhut, Würzburg — Prof. Dr. med. Hans Schäfer, Heidelberg — Prof. Dr. theol. Hans-Werner Bartsch, Frankfurt — Prof. Dr. phil. Ernst Fränkel, Frankfurt — Prof. Dr. phil. Franz-Paul Schneider, Würzburg — Prof. Dr. Ing. Fritz Straßmann, Mainz — Prof. Dr. phil. Georg Hoeltje, Hannover — Prof. Dr. theol. Hans Conzelmann, Göttingen — Prof. Dr. phil. Richard Hamann-Mc.Lean, Marburg — Prof. D. Walter Kreck, Bonn — Prof. D. Dr. phil. Dr. jur. h. c. Luise Berthold, Marburg — Prof. Dr. phil. Dr. med. Dr. phil. h. c. Karl Saller, München — Prof. Dr. phil. Eduard Baumgarten, Freiburg — Prof. Dr. phil. Hans-Joachim Heydorn, Frankfurt — Prof. Dr. jur. Dr. phil. Dr. oec. h. c. Alfred von Martin, München — Prof. Dr. phil. Dr. h. c. Helmut Plessner, Göttingen — Prof. Dr. jur. Dr. phil. MA Friedrich Lenz, Gießen — Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen — Prof. Dr. oec. publ. Werner Hofmann, Göttingen — Prof. Dr. phil. Eduard Brenner, Erlangen.

Bemerkungen

Kurt Steinhaus, geboren 1938 in Stettin, studierte in Kiel, Hamburg und Marburg und ist heute Wissenschaftlicher Hilfsassistent am Institut für Wissenschaftliche Politik in Marburg. Zeitschriftenveröffentlichungen.

Dr. Wilfried Daim, geboren 1923 in Wien, studierte Psychologie und Anthropologie und promovierte 1948 zum Dr. phil. Zur Zeit arbeitet er am Institut für Höhere Studien in Wien. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a. (gemeinsam mit F. Heer und A. N. Knoll) Kirche und Zukunft, Wien 1963; Zur Strategie des Friedens — Ein neutralistisches Konzept, Wien 1962; in Vorbereitung: Christentum und Revolution, erscheint noch in diesem Jahr in Wien.

Aus Raummangel kann die Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 erst in unserem Mai-Heft abgedruckt werden.

Die Aufsätze von Prof. Ernst Wolf und Hans Heinz Holz sind zum Preis von je DM 1,50 auch als Sonderdrucke lieferbar.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,50 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,20 Porto.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Dr. Achim v. Borries
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Lucie Beyer, MdB, III/5 *)
Gertrud Bienko
Carl Bloice
Heinrich Böll
Bogislav v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis
Kanonikus John Collins
Prof. Dr. Hans Conzelmann
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. †
Ragnar Forbech
Dr. Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Wilfried Gottschalch
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Max von der Grün
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Johannes Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto v. Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Dr. Emil Hoffmann
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. D. Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Oswald A. Kohut
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Sidney Lens
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Lily E. Marx
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Ernst May
Prof. Seymour Melman
Prof. Dr. Daniil Melnikow
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2 *)
Herbert Mochalski
Senator Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning S. J.
Peter Nellen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. D. Dr. Laszlo Márton Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen (Dänemark)
Ulrich K. Preuß
Prof. Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Marcel Reding
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Dr. Anton Reithinger
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin
Rudolf Rolfs
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rudolf Schottlaender
Prof. Dr. Levin Schücking †
Hermann Schwann
Prof. Dr. Dr. Hans-Adalbert Schweigart
Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann, M. P.
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg †
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Hermann Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephen Swingler, M. P.
Horst Symanowski
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann
Prof. Dr. Imre Vajda
Prof. Dr. Todor Vladigerov
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke
Hans Wirtz
Konni Zilliacus, M. P.
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen

Kurt Steinhaus, geboren 1938 in Stettin, studierte in Kiel, Hamburg und Marburg und ist heute Wissenschaftlicher Hilfsassistent am Institut für Wissenschaftliche Politik in Marburg. Zeitschriftenveröffentlichungen.

Dr. Wilfried Daim, geboren 1923 in Wien, studierte Psychologie und Anthropologie und promovierte 1948 zum Dr. phil. Zur Zeit arbeitet er am Institut für Höhere Studien in Wien. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a. (gemeinsam mit F. Heer und A. N. Knoll) Kirche und Zukunft, Wien 1963; Zur Strategie des Friedens — Ein neutralistisches Konzept, Wien 1962; in Vorbereitung: Christentum und Revolution, erscheint noch in diesem Jahr in Wien.

Aus Raummangel kann die Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 erst in unserem Mai-Heft abgedruckt werden.

Die Aufsätze von Prof. Ernst Wolf und Hans Heinz Holz sind zum Preis von je DM 1,50 auch als Sonderdrucke lieferbar.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,50 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,20 Porto.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.